DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
198 | März/April 2010 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft
Die Sklaverei unserer Zeit 3
Leiharbeit im Gesundheitswesen nimmt dramatisch zu
Big Sister is watching you 5
ELENA sammelt die Daten der abhängig Beschäftigten
Zeitlupe
Ruhrgebiet 1920: Die Märzrevolution. 7
Über eine der größten proletarische Erhebungen der deutschen Geschichte
Globales
Sind wir nicht alle ein bisschen Tabak? 8
Der Arbeitskampf einiger Tausend in der türkischen Tabakindustrie Beschäftigter weitet sich zu einem landesweiten Politikum aus – mit globalen Auswirkungen

100 Jahre in den Archiven 9
Ein Interview mit dem Vorsitzenden der CNT-Stiftung
Gewerkschaftsfreiheit
Ein Dorn im Auge 10
Unerwünscht, aber hartnäckig: FAU Berlin mitten im Kampf für Gewerkschaftsfreiheit

Andere Länder, andere Sitten. 11
Gewerkschaftsfreiheit im europäischen Vergleich
Hintergrund
Union Dynamite 12
Ohne Kontrollverluste keine starke Gewerkschaftsbewegung. Zum Mythos der zentralen Einheitsgewerkschaft
Ohne Substanz 13
Ver.dis Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst als Beispiel für gewerkschaftliche Statik
Kultur
„Sich fügen heißt lügen". 14
Verschiedene Perspektiven auf den anarchistischen Klassiker: Erich Mühsam (1878–1934)

Pessimistische Texte in der Revolte 15
Ein Interview mit Jojo Gallardo, Mitglied der französichen Band Les Herlments d'Leo

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Der „Sturm" der Karlsruher Richter

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV lässt Illusionen platzen

Wie waren sie doch alle gespannt. Hartz IV stand zur Debatte, v.a. die Regelsätze für Kinder. Familien hatten geklagt und das Bundesverfassungsgericht sollte nun entscheiden. Mir stellte sich schon im Vorfeld die Frage, ob sich ein Verfassungsrichter überhaupt vorstellen kann, von 359 Euro im Monat zu leben. Denn das ist der Hartz IV-Regelsatz für einen Erwachsenen; Partner in Bedarfsgemeinschaften erhalten nur 323, Kinder von 14–17 Jahren 287 Euro. Eine „normale" Bundesverfassungsrichterin in der Besoldungsgruppe R 10 dagegen erhält 11.070 Euro monatlich. Hinzu kommt dann noch eine Amtszulage, wie sie auch die Präsidenten der obersten Bundesgerichtshöfe erhalten. Diese beträgt 12,5 % des Grundgehaltes. Damit bekommt eine Hartz IV-Bezieherin ca. 2,88 % von dem, was ein Bundesverfassungsrichter bezieht.

Als dann der als politischer Aktivist geltende Politikwissenschaftler Peter Grottian am Vortag der Urteilsverkündung posaunte: „Die Karlsruher Richter laden die Bevölkerung nachdrücklich zum gesellschaftspolitischen Konflikt ein" (jW), stellten sich bei mir erhebliche Zweifel ein. Am 9. Februar traten die RichterInnen dann auf die Bühne.

Elendskonkurrenz

Den RichterInnen war natürlich nicht aufgefallen, dass die Regelsätze zu niedrig sind: *„Da nicht festgestellt werden kann, dass die gesetzlich festgesetzten Regelleistungsbeträge evident unzureichend sind, ist der Gesetzgeber nicht unmittelbar von Verfassungs wegen verpflichtet, höhere Leistungen festzusetzen"* (Pressemitteilung des BVerfG). Und der Höhepunkt: „Es kann ebenfalls nicht festgestellt werden, dass der für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich geltende Betrag von 207 Euro zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums offensichtlich unzureichend ist" (Rd.Nr. 155 BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Absatz-Nr. 155).

Von einer Anhebung der Regelsätze steht also nichts im Urteil. Das Gericht war nur zur Methodenkritik fähig. Die RichterInnen kamen zu dem Schluss, dass der Gesetzgeber ein anderes Berechnungsverfahren beschließen solle. Ihre Phraseologie aus den Leitsätzen zum Urteil lautete dann so: „Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen." Sie faselten dann noch ein wenig von Menschenwürde.

Für diese „phänomenale" Feststellung wurden die hochbezahlten RichterInnen von den autoritätsfixierten „ExpertInnen" im Lande bejubelt. Der DGB beeilte sich auch gleich, das Urteil zu begrüßen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte dazu: „Dies ist ein guter Tag für die Kinder und Familien in Deutschland" (DGB-Pressemitteilung, 9.2.2010).

CDU und FDP stellten jedoch fest, dass die Höhe der Regelsätze nicht per se in Frage gestellt worden sei, es könne sogar zu Reduzierungen kommen. Man könne gar über die Reform des Sozialtransfersystems als Ganzes sprechen. Das „Lohnabstandsgebot" dient dabei als Totschlagargument. Demnach sollen Hartz IV-Familien mit Kindern nicht mehr bekommen als Erwerbstätige mit Kindern. Von der Erhöhung der niedrigen Löhne ist natürlich keine Rede. „Arbeit sollte sich wieder lohnen", meint Herr Westerwelle. Für ihn hat die Debatte um Hartz IV gar „sozialistische" Züge.

Diskriminierung und Illusion

Für Kinder ab dem Schulalter und Jugendliche von 14 bis 17 Jahren ist momentan weder der Wachstumsbedarf noch der Schulbedarf (also Schulmaterialien) berücksichtigt. Wie menschenverachtend sind da Äußerungen von Westerwelle und Konsorten? Oder wie sozialistisch ist die Reparatur einer Waschmaschine, die man aus dem pauschalierten Regelsatz nicht zahlen kann, weil man bei 359 Euro nichts ansparen kann? Deshalb muss zumindest wieder die Beantragung einmaliger Beihilfen möglich sein. Diskutiert werden aber Gutscheine, die eine weitere Diskriminierung von Armen bedeuten, weil sie sich damit „outen" müssen und noch mehr unter Kontrolle geraten. Das zeigt die Erfahrung der Gutscheine, die schon ausgiebig bei AsylbewerberInnen ausprobiert wurden, deren Regelsätze gar noch fragwürdiger sind. Fest steht: Je größer die Armut, desto mehr boomt die Armutsindustrie (Sozialkaufhäuser, Lebensmitteltafeln, Kleiderkammern, Beschäftigungsträger etc.).

Der Sozialwissenschaftler Rainer Roth, dessen Analyse lesenswert ist, resümiert: „Die hauptsächliche Wirkung des Urteils besteht darin, der Kritik an Hartz IV das Wasser abzugraben, ohne dass es etwas kostet. ... Angesichts der eigenen Schwäche erträumen sich viele, dass die ... bestellten Professoren des BVerfG es für sie richten würden ... Medienkonzerne und Hartz-IV-Parteien haben diese Hoffnungen geschürt, indem sie die Milliarden Euro an die Wand malten, die möglicherweise aufgrund des Urteils auf sie zukämen. Die allseits geschürten Hoffnungen auf das Bundesverfassungsgericht erschweren das selbständige Auftreten der LohnarbeiterInnen, seien sie erwerbslos oder beschäftigt. Sie bekommen hier nicht das Recht, das ihnen nützen würde" (zu finden auf: www.tacheles-sozialhilfe.de).

Wir können weder auf Bundesverfassungsrichter, Politikerinnen, Gewerkschaftsfunktionäre und Armutsverwalterinnen hoffen. „Wenn die Republik nicht vollkommen verrottet ist, wird dieses Urteil zu einem Sturmzeichen", so die Ankündigung Grottians im Vorfeld. Möge er Recht behalten. Denn der Klassenkampf von oben geht weiter und wir müssen uns gemeinsam von unten dagegen wehren.

Anne Seeck

Chefverseucht

Schlagabtausch im Kino Babylon Mitte geht weiter. Zur Situation im Betrieb

Seitdem der Arbeitskampf von Beschäftigten und der FAU Berlin im Berliner Kino Babylon Mitte von ver.di unterlaufen worden war und die Dienstleistungsgewerkschaft mit der Geschäftsführung einen Gefälligkeitstarifvertrag abgeschlossen hatte, eskalierte die Situation im Betrieb immer weiter. Da es den Chefs in einem Musterbeispiel von Klassenjustiz gelungen war, die gewerkschaftliche Betätigung der FAU Berlin zu verbieten, womit die Arbeit der Betriebsgruppe erheblich erschwert wurde, witterten sie Rückenwind und schlugen weiter munter um sich.

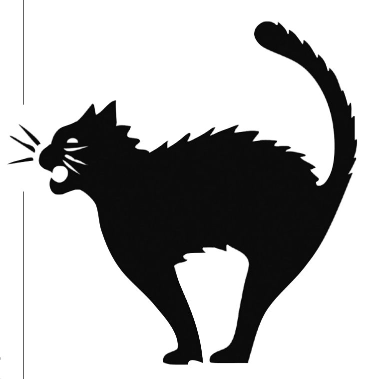
Aushebelung des Tarifvertrages

Als erstes versuchten sie, den Tarifvertrag zur Lohnkostenminderung zu nutzen, ganz getreu dem Credo ihrer Anwaltskanzlei, die schon Veranstaltungen zum Thema „Tarifverträge als Chance zur Kostensenkung" abhielt. Da die Mehrzahl der Beschäftigten Teilzeitkräfte ohne schriftliche Arbeitsverträge sind, womit seit Jahren gegen das Nachweisgesetz verstoßen wird, kündigte die Geschäftsleitung an, dass der Tarifvertrag nur für diejenigen MitarbeiterInnen gelten solle, die entweder eine Mitteilung zum bestehenden Arbeitsvertrag erhalten (Chefetage und loyale Vollzeitkräfte) – oder einen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben (die verbliebenen elf TeilzeitlerInnen).

Beim Betrachten der neuen Verträge klappte den Teilzeitkräften die Kinnlade runter. In den Arbeitsverträgen stand, dass sie an den Tarifvertrag gekoppelt seien, der wiederum an die Senatszuschüsse gekoppelt ist. Mache nun der Arbeitgeber von seinem Sonderkündigungsrecht des Tarifvertrages Gebrauch – der dann ohne Nachfrist endet –, bekäme man selbstverständlich auch keine Tariflöhne mehr bezahlt. Mit der Unterschrift verpflichte man sich, „entsprechende Anpassungen" quasi blanko in Kauf zu nehmen, da diese nicht benannt wurden. Weiter war die Rede von nur noch zehn Arbeitsstunden pro Woche in einem Ausgleichszeitraum von 24 Wochen. Viele der Teilzeitkräfte hatten bisher aber weit mehr gearbeitet. Wie es bei dieser Arbeitsmenge auf Hobby-

Fortsetzung auf Seite 3

Catwalk



Aktionstag am 9. April: Leiharbeit abschaffen!

Im Rahmen der Kampagne „3... 2... 1... Uns! Kapitalismus abschaffen!", die vom sozialrevolutionären Krisenbündnis Frankfurt/M. in der ersten Hälfte des Jahres 2010 durchgeführt wird, findet am 9. April ein Aktionstag gegen Leiharbeit und Hartz IV statt. Für NRW sind ebenfalls Aktionen angekündigt. Auch die FAU-Syndikate, die sich mit der Leiharbeitsbranche herumschlagen, werden sich mit Aktionen beteiligen. Weitere Informationen unter krise.blogsport.de und www.fau.org/frankfurt

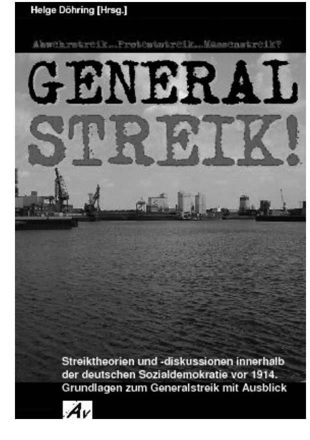
Migrantische Streiks im Süden

In Italien ruft eine Koordination alle migrantischen ArbeiterInnen für den 1. März zum Streik auf. Der Streikaufruf bezieht sich auch auf einen Aufstand migrantischer ArbeiterInnen Anfang 2010 im süditalienischen Rosarno. In Frankreich ruft ein Kollektiv für denselben Tag im Rahmen eines „Tags ohne MigrantInnen" zu Konsum- und Arbeitsboykott auf. Aktionen sind auch für Spanien und Griechenland angekündigt. Ausführlicher Beitrag zum Thema bei „Wildcat" (suche „wildcat" und „rosarno" im Netz); Kampagnen-Sites im Original: www.primomarzo2010.it & www.la-journee-sans-immigres.org

Kauf dich glücklich!

Unser „Haushistoriker" Helge Döhring hat sich intensiv mit der Massen- und Generalstreikdebatte um 1900 beschäftigt – herausgekommen ist das Buch „Generalstreik", das die sozialdemokratischen Diskussionen zu diesem Thema beleuchtet. Die Differenzen zum Thema waren einer der wesentlichen Gründe, die zur Herausbildung einer eigenen syndikalistischen Arbeiterbewegung führten.

Helge Döhring (Hrsg.): Generalstreik! Streiktheorien und -diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor 1914.



Grundlagen zum Generalstreik mit Ausblick. Verlag Edition AV, 156 Seiten, 14 Euro, ISBN: 978-3-86841-019-8. Zu bestellen unter www.edition-av.de

FAU-Ticker

In den vergangenen Monaten sammelte die FAU Spenden in Höhe von über 800 Euro für die in Belgrad des internationalen Terrorismus angeklagten GenossInnen der Anarchosyndikalistischen Initiative. Die FAU schickte zudem einen Beobachter zum Prozessbeginn. +++ Vom 3. bis 5. September 2010 wird eine libertäre Medienmesse im Zentrum „Druckluft" in Oberhausen stattfinden. Verschiedene FAU-Gruppen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet beteiligen sich an der Organisation. +++ Die Regionalföderation West hat im Januar ein neues Syndikat in Essen aufgenommen. +++ Ende Januar gründete sich in Plauen/Vogtland eine FAU-Initiative. Interessierte aus der Region können sich an die Kontaktadresse der FAU Südwestsachsen wenden: fau-sws@fau.org +++ Auch in Marburg ist eine Gruppengründung geplant. Interessierte, auch aus den umliegenden Landkreisen, können über die FAU Münsterland Kontakt aufnehmen. +++ Im März wird eine Delegation der FAU auf Einladung der Schwesterorganisation CNT eine Rundreise durch Spanien unternehmen und unter anderem über den Konflikt im Kino Babylon und die jüngere Entwicklung der FAU informieren. +++ Ein Mitglied der FAU Münsterland stellte Strafanzeige gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber, den Call-Center-Konzern buw, aufgrund der klimatischen Bedingungen im Call Center in Münster. +++ Am 8. Februar besuchten ca. 20 Personen einen Vortrag der ASJ-Berlin in Schwarzenberg (Südwestsachsen). +++ Die FAU Braunschweig ist jetzt auch bei Facebook und Twitter zu erreichen.

Wunderliche Dinge geschehen in letzter Zeit. Christliche Gewerkschaften übertreffen den DGB in Tarifverhandlungsergebnissen, der LIDL-Konzern fordert einen Mindestlohn und ein deutscher Pilotenklüngel setzt Akzente in Sachen internationaler Gewerkschaftsarbeit. Gleichzeitig erklärt der Rockstar unter den Staatschefs im Namen Libyens der Schweiz den heiligen Krieg, während Man-spricht-Deutsch-Guido gegen Sozialschmarotzer und „römische Dekadenz" ins Feld zieht. Allerdings: Nur vier Prozent aller Deutschen sollen wie die FDP der Meinung sein, dass die Hartz IV-Regelsätze zu hoch seien. Weshalb die Debatte dennoch alle aufscheucht, als würde die Gesellschaft aus den Fugen geraten, bleibt rätselhaft. Aber das haben wunderliche Dinge nun mal so an sich.



In der Hand haltet ihr die neue DA, die über all diese Kuriositäten zu berichten weiß. Sie wurde, zugegeben, ein wenig mit der heißen Nadel gestrickt, zumindest was die in Berlin angesiedelten Teilredaktionen betrifft. Viel gibt es zu tun in diesen Tagen. Und wir freuen uns, euch mitteilen zu können, dass der Fall der FAU Berlin und das faktische Verbot ihrer gewerkschaftlichen Betätigung immer weitere Kreise ziehen. Die internationale Solidarität ist ermutigend, und kleine Siege an den Flüssen von Babylon gibt es auch zu vermelden. Unser kleines Special zum Thema Gewerkschaftsfreiheit sei euch hiermit wärmstens empfohlen.

Mit diesen Zeilen ist die redaktionelle Arbeit an dieser Ausgabe abgeschlossen. Und schon stürzt sich euer kleiner Stoßtrupp in Sachen Gewerkschaftsfreiheit in die nächsten Aufgaben. Alles gar nicht so einfach als Ehrenamtliche. Denn während Gewerkschaftsvorsitzende von DGB-Einzelgewerkschaften zwischen 7.800 und 13.000 Euro monatlich kassieren, arbeitet z.B. unser FAU-Sekretariat (siehe Bild) zum Nulltarif. Ob das nicht ein Fall für unsere Rubrik „Keine Arbeit ohne Lohn!" ist?

Auf dem Weg,
eure BuG-Redaktion Berlin

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich............ Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck........... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel
Lich.............. FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg.......... <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken .... FAU Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org> |
Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Die Sklaverei unserer Zeit

Leiharbeit im Gesundheitswesen nimmt dramatisch zu



Sie sind die ewigen LückenbüßerInnen: Immer auf Durchreise, mitten hineingestoßen in hektisch-routinierte Abläufe, in der Regel uneingearbeitet, unintegriert, nie andockend, KollegInnen auf Zeit – LeiharbeiterInnen eben. Sie sind der Notnagel, die Gesundheitsfeuerwehr. Sie werden geholt, wenn es „brennt", alles zusammenzubrechen droht. „Brandherde" löschen sie nie. Dafür werden sie auch nicht geordert. LeiharbeiterInnen sorgen nur dafür, den Rauch klein zu halten. Denn der könnte schließlich gesehen werden ...

Keine Frage der Sympathie

Leiharbeit ist unsozial. Von der viel beschworenen Flexibilität profitiert nur der Arbeitgeber. Einsatzorte und -abfolge werden schließlich nicht von den LeiharbeiterInnen bestimmt. Oft wechseln sie Einrichtungen schneller als andere ihr Hemd. Keine Seltenheit: Zur Stoßzeit noch für einige Stunden im Pflegeheim gerakkert, um im Anschluss noch einige Stunden im Krankenhaus zu schrubben. Einarbeitung, Patientenanamnese? – Fehlanzeige! Übergabe auf Zuruf, Pflege auf Knopfdruck. Gefährlich! Wirkliche Arbeitsbeziehungen werden so nie entstehen. Von einer kollegialen Ebene ganz zu schweigen. LeiharbeiterInnen bleiben auf ewig fünftes Rad am Wagen. Das ist nichts Persönliches. Stammbelegschaften sind sogar froh, bringen die KollegInnen auf Zeit doch zumindest vorübergehend die lang ersehnte Entlastung. Helfende Hände sind vor allem in der chronisch unterbesetzten Pflege stets willkommen.

Innovativ ist das nicht

In der Gesundheitsbranche ist Leiharbeit kein neues Phänomen. Sprunghaft gestiegen ist allein die Nachfrage, gerade in den letzten Jahren. Die Verleiher (Leiharbeitsfirmen) stoßen zunehmend in eine Lücke, die die Entleiher (Gesundheitsbetriebe) selbst geschaffen haben – dank Kosteneinsparungsdrucks und aktiv betriebenen Stellenabbaus. Bei wachsenden Arbeitsanforderungen, wohlgemerkt. Die Personaldecke ist dünn, die Möglichkeiten, den Beschäftigten immer weitergehende Belastungen und Verantwortung aufzubürden, hat Grenzen. Immer mehr Gesundheitseinrichtungen gehen deshalb dazu über, auf Leiharbeit zurückzugreifen – vom Krankenhaus, über Pflegeheime bis hin zu ambulanten Pflegediensten. Vor allem in Bereichen, in denen es an qualifiziertem Personal mangelt. Längst werden nicht nur Pflegekräfte geliehen, sondern auch andere Berufsgruppen, im klinischen Bereich vor allem auch ÄrztInnen. Die Verleiher sorgen demnach mit dafür, die Misere im Gesundheitssystem am Laufen zu halten.

Längst haben sich einige auf die lukrative Gesundheitsbranche spezialisiert, darunter kleinere lokale Anbieter, aber auch die ganz großen wie die Adecco-Tochter „time & more Personaldienstleistungen GmbH". Faktisch mischen jedoch alle Leiharbeitsfirmen mit, kleine genauso wie Randstad oder Manpower. Geheuert und gefeuert wird, was zu leasen ist, darunter eben auch Gesundheitsberufe. LeiharbeiterInnen leisten Schwerstarbeit zu Dumpinglöhnen, immer in der Hoffnung auf Festanstellung. Doch die wenigsten bekommen sie.

Das Motto, nur vorübergehend Personalengpässe auffangen zu wollen, hat sich längst überlebt. In vielen Einrichtungen ist Leiharbeit zur fest eingeplanten Größe geworden. Kirchliche, kommunale, private und wohlfahrtsverbandliche Träger greifen gleichermaßen auf die externen Dienstleister zurück. Es gibt Pflegeheime, in denen bis zu einem Drittel LeiharbeiterInnen beschäftigt werden. Das hat Auswirkungen auf die Qualität. Doch darüber will niemand reden. Zumindest solange nicht, bis Missstände eklatant werden. Die wenigsten verzichten deshalb bewusst darauf.

Perfide Profite – eine Kampfansage

Scheinbar haben Arbeitgeber in der Leiharbeit aber noch ganz andere Potenziale entdeckt. Denn um Personalkosten zu sparen, werden heutzutage auch pflegerische Fachkräfte in sogenannte Servicegesellschaften „ausgelagert". Eine Methode, die bei Küchen, Wäschereien und Reinigungen schon lange erprobt ist. Große Kliniken und Heim-Ketten leihen sich dann quasi ihr eigenes Personal aus. Die verrichten die gleiche Arbeit, oft sogar am alten Arbeitsplatz. Allerdings zu drastisch schlechteren Konditionen: Für 30 bis 40 Prozent weniger Gehalt bei längeren Arbeitszeiten, weniger Urlaub, abgekoppelt von betrieblicher Altersvorsorge. So manche/r ist plötzlich auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen.

Zwar unterschreiben die KollegInnen Verträge, mit denen sie sich verpflichten, auf Weisung auch an anderen Orten eingesetzt zu werden. Aber darum geht es gar nicht. Vielmehr geht es darum, Druck auf den Rest der Belegschaft aufzubauen, um ihre Spaltung, die Schwächung ihrer Kampfkraft und um das Unterlaufen von Mitbestimmung und Kündigungsschutz.

Leiharbeit ist eine klare Kampfansage an alle Beschäftigten. Stammbelegschaften müssen sich deshalb gemeinsam mit LeiharbeiterInnen für die Abschaffung dieser Beschäftigungsform einsetzen. Auch, aber nicht nur im Gesundheitswesen.

Nandor Pouget (GGB Hannover)



Fortsetzung von Seite 1

Niveau dem Arbeitgeber auf Dauer "zumutbar" sein sollte, die Beschäftigung als sozialversicherungspflichtig zu erhalten – auf die abschbare Antwort der Chefs hätte man warten können, und zwar nicht sehr lange.

Doch damit nicht genug. Obwohl man sich mit dieser geringfügigen Wochenstundenzahl einverstanden erklären sollte, wurde im selben Vertrag verlangt, dass man für jede Nebenbeschäftigung um Erlaubnis bitten solle. Die Gnade, im Babylon arbeiten zu dürfen, soll mehr wert sein als eine Beschäftigung, von der man leben kann.

Kleine Siege

Eine sichere Möglichkeit, den Tariflohn allen zukommen zu lassen, gab es allerdings: Man hätte – unter Protest gegen den Gefälligkeitstarifvertrag und die hundertprozentig demokratiefreie Art seiner Herbeiführung – bei ver.di eintreten können. Auf einem von der FAU-Betriebsgruppe einberufenen Treffen der betroffenen Teilzeitkräfte entschieden sich jedoch alle gegen einen ver.di-Beitritt. Stattdessen sollte die Unterschrift unter den Knebelvertrag geschlossen verweigert und der neuerliche Skandal öffentlich gemacht werden. Der Betriebsrat brachte einer Pressemitteilung heraus, die FAU Berlin machte abermals auf den Zustand aufmerksam.

Gleichzeitig versuchten die Chefs, die Teilzeitkräfte einzeln zu bearbeiten und unter Druck zu setzen: „Du wärst nicht der Erste, der unterschreibt" und „wir sagen es den anderen nicht". Ohne Erfolg, keiner gab nach. Schließlich mussten sie einlenken und nach und nach allen (bis auf einem) Mitteilungen zum bestehenden mündlichen Vertrag überreichen, dass der Tarifvertrag gilt. Diese Mitteilungen mussten nicht einmal unterschrieben werden. Noch einmal hatten wir gezeigt, was durch Einigkeit erreicht werden kann. Unter der Hand erzählten Zeugen, wie Geschäftsführer Timothy Grossman nach dieser Niederlage vor Wut tobte.

Betriebsrat im Visier

Inzwischen gehen die Repressionen jedoch weiter. Sie konzentrieren sich jetzt, mangels Greifbarkeit der Betriebsgruppe der FAU Berlin, auf den Betriebsrat. Das Unwort des Jahres 2009 „betriebsratsverseucht" hätte auch im Kino Babylon Mitte aus der Taufe gehoben werden können. Schon als der Betriebsrat mit öffentlichem Druck (u.a. durch die FAU verstärkt) die Einführung von Lohnfortzahlung und bezahltem Urlaub für alle MitarbeiterInnen, also auch die Teilzeitkräfte erzwang, sah er sich mit wütenden Vorwürfen der Geschäftsführung konfrontiert, er würde dem Unternehmen Schaden zufügen. „Wisst ihr überhaupt, was das kostet?!", herrschte Grossman die Betriebsräte in einem Treffen mit der Geschäftsleitung an.

In letzter Zeit war der Betriebsrat vor allem damit beschäftigt, sich gegen die Arbeitszeitverkürzung bei den Teilzeitkräften und generell die willkürliche Dienstplanung zur Wehr zu setzen. Da die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung immer scheiterten, wurde beschlossen, eine Einigungsstelle anzurufen. Das ist der Geschäftsleitung doppelt unangenehm: Erstens kostet es viel Geld, weil ein Richter in den Betrieb kommen muss; zweitens muss sie befürchten, dass noch mehr des unter den Teppich gekehrten Schmutzes aufgewirbelt wird. Die Antwort erfolgte prompt: Einer der Betriebsräte wird nur noch etwa einmal alle zwei Wochen zum Dienst eingeteilt, die beiden anderen tauchen im gesamten Monat März nur noch vier Mal im Dienstplan auf. Die Chefs wissen ganz genau, dass sie von der Gnade, im Babylon arbeiten zu dürfen, auch leben müssen. Der Betriebsrat ist also akut von der berüchtigten „kalten Kündigung" bedroht.

Das aber wird sich niemand gefallen lassen. Nach wie vor steht das Babylon wegen seiner Arbeitsbedingungen im Rampenlicht. Wir werden dabei auch die Linke und den Senat an ihre soziale und politische Verantwortung für die Zustände im einzigen halbkommunalen Kino der Stadt erinnern. Und: Die Beschäftigten halten zusammen. Solange sie noch da sind.

FAU-Betriebsgruppe Babylon Mitte

Kolumne Durruti



Gar nicht so weit entfernt, aber zwischen hohen Bergen gut versteckt, liegt ein kleines Land, in dem putzige Gesellen wohnen: die Schwümpfe. Normalerweise sind die Schwümpfe freundliche und hilfsbereite Wesen, weswegen man ihnen auch erlaubt, auf den Papst aufzupassen. Nun ist das Schwumpfland nicht gerade reich gesegnet mit Bodenschätzen oder auch nur flachen Böden, auf denen man Schwumpfbeeren anbauen könnte. Und so mussten sich die Schwümpfe immer wieder etwas neues einfallen lassen, um ihren Lebensunterhalt zu beschwumpfen.

Früher, als gegenseitiges Schädeleinschlagen noch zum allgemeinen diplomatischen Repertoire gehörte, vermieteten die Schwümpfe sich selbst mit großem Erfolg als professionelle Schädeleinschläger (wahrscheinlich ist, entgegen der öffentlichen Meinung, dies das älteste Gewerbe der Welt). Später erkannten die possierlichen Kerlchen, dass Berge zwischen zwei Ländern Passstraßen notwendig machen, und verschrieben sich der gemäßigten Wegelagerei. Als auch dies aus der Mode kam, verlegte sich der moderne Schwumpf auf eine moderne Tätigkeit: Schwumpfen.

Wie man schwumpft, fragt ihr? Ganz einfach. Man wartet, bis jemand anderes eine Menge Schwumpfbeeren gesammelt, ersöldnert oder erwegelagert hat, und verspricht ihm, darauf aufzupassen. Dann stellt man ihm eine Quittung aus, wirft die Schwumpfbeeren in einen Schwumpfbeerentresor und, ganz wichtig: verrät niemandem, aber wirklich absolut niemandem – psst, das ist unser Geheimnis! –, wie viele Beeren in dem Tresor sind und wem sie gehören. Das machen die Schwümpfe so gut, dass mittlerweile allerlei nichtschwümpfiges Gezücht mit Säcken voller Schwumpfbeeren ins Schwumpfland kommt, um die Schwümpfe darauf aufpassen zu lassen. Schwumpfbeeren schwumpfende Schwümpfe sind ein globaler Gassenfeger. Außer in Libyen. Aber da will ja auch kein Schwumpf hin.

Seit einiger Zeit herrscht jedoch im Schwumpfland ganz und gar unschwumpfige Aufregung. Es trug sich nämlich zu, dass ein Schwumpf – und viele Schwümpfe hatten das bislang für unmöglich gehalten – die alleroberste und schwumpfigste Regel des Schwumpfbeerenschwumpfens gebrochen hatte. Für eine Handvoll Schwumpfbeeren wollte er dem Erstbesten verraten, wer in welchem Tresor wie viele Beeren eingelagert hatte. Eine Ungeheuerlichkeit! Es ist nämlich so: Wer ein ordentlicher Schwumpf ist, fragt normalerweise nicht, woher die Schwumpfbeeren kommen, die er eingeschwumpft hat. Auf diese Weise wird sich wohl niemand wundern, wenn ein Gutteil davon andernorts vermisst wird. Denn wer etwas vermisst, will es meist gerne wieder haben.

So ist es nun der Fall, dass man rings ums Schwumpfenland auf ganz und gar unschwumpfige Dokumente verweist, die den Aufenthaltsort einer Menge schwer vermisster Schwumpfbeeren verraten sollen. Mehr noch, man verlangt vom Polizeischwumpf dringend Unterstützung. „Ganz und gar unschwumpfig", meint die Justizschwumpfine Widmer-Schlumpf, „das geht gar keinen Nichtschwumpf nichts an." Und die gelben Liberaloschwümpfe sehen das so: „Wenn einer aus Versehen irgendwie vergisst, dass die Schwumpfbeeren gar nicht ihm gehören, kann das wohl kaum ein schwumpfiger Fall für die Schwumpfpolizei sein. Schon gar nicht, wenn so ein Unschwumpf die oberste Schwumpfenregel bricht!"

Da wiederum ist sich die Justizschwumpfine nicht mehr ganz so sicher und meint, das versehentliche Besitzen vermisster Schwumpfbeeren könnte schon ein Fall für die Schwumpfpolizei sein. Nur, dass die Nichtschwümpfe versehentlich höchstschwumpfige Schwumpfinformation besitzen, kann ja nun auch wieder kein Grund sein, dass die Schwumpfpolizei versehentliche oder sogar vorsätzliche Besitzer vermisster Schwumpfbeeren einschwumpft. Schwumpfige Situation, oder was meint ihr?

Christian Schmidt

TERMINE

Berlin

Mi, 03. März, 20.00 Uhr
Stadtteilladen Zielona Gora, Grünberger Str. 73
Arbeitskämpfe und betriebliche Organisierung – Juristische Repressalien gegen die FAU Berlin
Roter Abend der Internationalen KommunistInnen

Sa, 13. März, 17.00 Uhr
Lichtblick-Kino, Kastanien-Allee 77
Die Strategie der Strohhalme
Dokumentarfilm über proletarische Unruhe im Industriegürtel von Dehli (Wdh. am 14.3. um 17.00 Uhr in Anwesenheit der FilmemacherInnen)

Sa, 13. März, 17.00 Uhr
New Yorck im Bethanien, Mariannenplatz 2
Tanz den Durruti VI
Soli-Party mit Konzert

Sa, 27. März, 19.15 Uhr
Lichtblick-Kino, Kastanien-Allee 77
Dalle Alpi Apuane
Widerständige Geschichten aus den Apuanischen Alpen

Hamburg

Di, 09. März, 19.00 Uhr
Centro Sociale, Sternstr. 2
Gewerkschaftsfreiheit verteidigen!
Babylon und die Folgen

Hannover

Di, 30. März, 20.00 Uhr
UJZ, Kornstr. 28–30
Redestruktur und Entscheidungsfindung
Methoden gleichberechtigten Redeverhaltens und basisdemokratischer Entscheidungsfindung

Lich

Sa, 06. bis So, 28. März, (jew. Fr. – So.) 15.00 – 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Schäfergasse 9
Ausstellung zu B. Traven
Der geheimnisumwitterte Schriftsteller. Von Ziegelbrenner bis Totenschiff

Moers

Fr, 05. März, 20.00 Uhr
Barrikade, Bismarckstr. 41a (Zugang über Barbarastr.)
Vorstellung der Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ)

Do, 25. März, 20.00 Uhr
Barrikade, Bismarckstr. 41a (Zugang über Barbarastr.)
Konzert: März 1920
Frank Baier und die Grenzgänger laden zu einer musikalischen Geschichtsstunde

weitere Termine auf S. 4

TERMINE

Fortsetzung von S. 3

Münster

Mi, 24. März, 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Die Strategie der Strohhalme
Dokumentarfilm über proletarische Unruhe im Industriegürtel von Dehli (voraussichtlich)

Mi, 28. April, 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Was ist eigentlich Anarchosyndikalismus?
Die ASJ Münster stellt sich vor

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und weitere Termine auf www.direkteaktion.org


Anzeige



Anzeige



Prekarisierung im Namen der Selbstbestimmung

Das „Persönliche Budget" in der Behindertenassistenz



Protest gegen Lohnkürzungen bei den Berliner ambulanten diensten e.V. im Sommer 2008

Der ambulante Behindertenpflege und -assistenzbereich[1] war aufgrund der dort herrschenden Dumpinglöhne und prekären Arbeitsbedingungen bereits mehrmals Thema dieser Zeitung. Zuletzt berichteten wir über den Arbeitsgerichtsprozess gegen einen Assistenzanbieter wegen Verdachts auf Sittenwidrigkeit der dort gezahlten Löhne[2]. Zuvor hatte die Direkte Aktion über die Lage bei den Berliner ambulanten diensten e.V.[3] berichtet, bei deren Beschäftigten sich nach einer Lohnkürzung Widerstand regte. Von dieser Ausgabe an wird sich eine Artikelserie mit Missständen und Tendenzen in der Branche auseinandersetzen. (d. Red.)

Selbstbestimmung war von Anfang an die zentrale Forderung der emanzipatorischen Krüppelbewegung in den 80er Jahren. Heutzutage scheint diese Autonomie in einigen Städten mit der Einführung der Persönlichen Assistenz durchaus gegeben, nicht zuletzt dank der zahlreichen Assistenzdienste, die engagierte Behinderte und ihre FreundInnen im Lauf der Jahre gegründet haben. Während diese Errungenschaften anfangs mit dem Ziel antraten, den Behinderten ein menschenwürdiges Leben und den AssistentInnen ein menschenwürdiges Auskommen zu ermöglichen, erfüllen die Assistenzdienste heutzutage vor allem das erste dieser Ziele auf Kosten des zweiten. Strikt betriebswirtschaftliche Kostensenkung, die in prekären Arbeitsbedingungen und Dumpinglöhnen mündet, hat den früher propagierten Anspruch abgelöst.

Das sogenannte Persönliche Budget stellt einen weiteren Schritt in der Neoliberalisierung der persönlichen Assistenz dar. Nach diesem – auch als Arbeitgebermodell bezeichnetem – Prinzip erhalten die Behinderten einen Pauschalbetrag von den Kostenträgern und organisieren ihre Assistenz damit komplett selbst. Dieses Modell wird inzwischen von zahlreichen Behindertenorganisationen mit der Begründung propagiert, dass es Behinderten maximale Autonomie gewähre. Für Behinderte bedeutet es die Emanzipation von Pflegediensten, die einen Einblick in ihr Privatleben erhalten. Zudem obliegt die Einstellung der AssistentInnen im Arbeitgebermodell allein dem/der Behinderten. Allerdings werden auch heute schon einige von den Behinderten selbst ausgewählte AssistentInnen über die Assistenzdienste eingestellt.

Das Arbeitgebermodell wird allerdings nicht nur von Behindertenorganisationen, sondern auch von Bezirksämtern und Pflegekassen favorisiert, da es Potenzial für Einsparungen bietet. Unmittelbar fällt der gesamte Verwaltungsbereich der Assistenzanbieter weg, da die Behinderten die Planung ihrer Assistenz selbst durchführen. Längerfristig bietet auch das fehlende politische Gewicht unorganisierter Behinderter Einsparmöglichkeiten, da diese den Sparvorgaben der Politik noch wehrloser als die Assistenzbetriebe gegenüberstehen. Insofern dürfte es darauf hinauslaufen, dass Sparzwänge einfach an die Beschäftigten „weitergegeben" werden, weil die Gewährleistung der Assistenz für die frischgebackenen ArbeitgeberInnen zweifellos Vorrang vor Lohnforderungen hat.

So hat das Arbeitgebermodell durchaus das Potenzial, den Widerspruch zwischen den Interessen von AssistentInnen und AssistenznehmerInnen auf die Spitze zu treiben. Im Fall von Problemen, die aus diesem Widerspruch resultieren, ist zudem die Position der AssistentInnen geschwächt, da sie finanziell und moralisch viel abhängiger von einzelnen Behinderten sind. Bei Konflikten oder Widerstand gegen schlechte Behandlung am Arbeitsplatz sitzt man direkt auf der Straße, während größere Betriebe einen anderweitig einsetzen können. Zudem werden Organisierung und Arbeitskämpfe erschwert. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit bis zu zehn Angestellten sind gegenüber denen in größeren Assistenzbetrieben stark eingeschränkt. Außerdem ist es fraglich, ob viele der AssistentInnen bereit sind, das menschliche Verhältnis zu ihren ArbeitgeberInnen durch einen Arbeitskampf nachhaltig zu beschädigen.

Die so zu erwartende Verschlechterung von Arbeitsbedingungen in der Assistenz kann auch nicht im Interesse derjenigen Behinderten liegen, die das Arbeitgebermodell momentan voranbringen. Bereits heutzutage häufen sich Klagen über Dienstplanlücken und mangelnde Qualifikation der AssistentInnen, da immer weniger Leute zu den herrschenden Bedingungen in der Branche arbeiten wollen. Insofern sollten Behinderte und AssistentInnen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und stattdessen versuchen, die Bedingungen in der persönlichen Assistenz gemeinsam zu verbessern. Dazu müssten sich allerdings viele AssistentInnen erst einmal organisieren und die AssistenznehmerInnen ihnen eine größere Mitbestimmung zugestehen, anstatt die AssistentInnen noch stärker von sich abhängig zu machen.

Daniel Colm

Anmerkungen

[1] Im Gegensatz zur Pflege bezeichnet die Assistenz die Unterstützung von Behinderten bei allen alltäglichen Tätigkeiten, zu denen sie selbst aufgrund ihrer Behinderung nicht (mehr) in der Lage sind. Dadurch grenzt sich die Assistenz des Behinderten vom – als krank oder hilflos stigmatisierenden – Begriff der Pflege ab.

[2] „Der Lohn wuchert nicht gerade", siehe *Direkte Aktion* Nr. 197 (online)

[3] „Zurück zu den Wurzeln", siehe *Direkte Aktion* Nr. 188 (auch online)

§§§-Dschungel

Kündigung – leider immer aktuell

Teil I: Kündigungsformen und Abfindung

Wer in einem Betrieb mit zehn oder weniger Beschäftigten arbeitet oder erst weniger als sechs Monate beschäftigt ist, kann getrost diesen Teil des Kündigungsthemas überspringen. Denn für ihn oder sie trifft das Kündigungsschutzgesetz (KSchG) nicht zu. Nachzulesen in § 1 Abs. 1 und § 23 Abs. 1 KSchG.

Damit sind wir schon mittendrin im Thema. In § 1 Abs. 2 KSchG heißt es dann:
„Sozial ungerechtfertigt ist die Kündigung, wenn sie nicht durch Gründe, die in der Person oder in dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen, oder durch dringende betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers in diesem Betrieb entgegenstehen, bedingt ist."

Daraus ergeben sich sprachgebräuchlich folgende Kündigungsformen: nämlich die personen-, verhaltens- und betriebsbedingten Kündigungen.

- Eine personenbedingte Kündigung liegt beispielsweise vor, wenn sie krankheitsbedingt ist oder wenn z.B. eine Busfahrerin ihren Führerschein, etwa wegen eines privaten Verkehrsdeliktes, abgeben muss. Aber auch mangelnde Kenntnisse und unzureichende Fähigkeiten im Job können eine personenbedingte Kündigung nach sich ziehen.
- Eine verhaltensbedingte Kündigung liegt vor, wenn arbeitsvertragliche Pflichten verletzt wurden. Die Klassiker sind häufiges Zuspätkommen oder die Bagatellkündigungen.
- Eine betriebsbedingte Kündigung liegt etwa bei Rationalisierungsmaßnahmen, Einstellung oder Einschränkung der Produktion, Auftragsmangel und Umsatzrückgang vor.

Wichtig für uns

Bei der krankheitsbedingten Kündigung gehört es zu den größten Fehlern, zu glauben, dass sie nicht während einer Krankheit ausgesprochen werden dürfe. Ebenso falsch ist die Annahme, der Chef müssen jemandem einen anderen Job im Unternehmen suchen, wenn dieser vom Arzt ein Attest bekommt, er dürfe nur bestimmte Arbeiten (wie z.B. Heben) nicht mehr verrichten. Wenn er einen hat, liegt die Sache anders.

Bei der verhaltensbedingten Kündigung muss zwar grundsätzlich vorher eine Abmahnung ausgesprochen worden sein. „Grundsätzlich" heißt aber, das es eine Reihe von Ausnahmen gibt, zum Beispiel bei Diebstahl.

Bei der betriebsbedingten Kündigung ist trotz Vorliegens dringender betrieblicher Gründe eine Kündigung sozial ungerechtfertigt, wenn der Arbeitgeber bei der Auswahl der ArbeitnehmerInnen die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltspflichten und die ggf. vorhandene Schwerbehinderung des/der Betroffenen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt hat (§ 1 Abs. 3 KSchG).
Diese Auswahl muss nur zwischen ArbeitnehmerInnen mit vergleichbaren Arbeitsplätzen durchgeführt werden. Hinzu kommt noch, dass gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 KSchG in die soziale Auswahl die ArbeitnehmerInnen nicht unbedingt einzubeziehen sind, deren Weiterbeschäftigung im berechtigten betrieblichen Interesse liegt.

Resümee an dieser Stelle

Alles in allem wird hier schon klar, dass es sich nicht um ein wirkliches Kündigungsschutzgesetz handelt. Daher spricht man eher von einem Abfindungsgesetz. Allerdings sollte man sich auch hier nicht täuschen. Ein Recht auf Abfindung besteht nur sehr begrenzt.

Abfindung

§1a KSchG – Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung:
Kündigt der Arbeitgeber wegen dringender betrieblicher Erfordernisse nach § 1 Abs. 2 Satz 1 und erhebt der Arbeitnehmer bis zum Ablauf der Frist des § 4 Satz 1 keine Klage auf Feststellung, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist, hat der Arbeitnehmer mit dem Ablauf der Kündigungsfrist Anspruch auf eine Abfindung.

Aber auch hier ist die Höhe nicht so gigantisch wie vermutet: ein halbes Monatsgehalt pro Jahr der Betriebszugehörigkeit. Nach Abzug der Steuer und den Sozialversicherungsbeiträgen bleibt da nicht so viel.

§ 9 KSchG –Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers:
Stellt das Gericht fest, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist, ist jedoch dem Arbeitnehmer die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht zuzumuten, so hat das Gericht auf Antrag des Arbeitnehmers das Arbeitsverhältnis aufzulösen und den Arbeitgeber zur Zahlung einer angemessenen Abfindung zu verurteilen.

Dies gilt aber auch umgekehrt für den Arbeitgeber. Als Abfindung ist dann ein Betrag bis zu zwölf Monatsverdiensten festzusetzen. Man muss somit erst einmal den Prozess gewinnen, ansonsten gibt es nichts. Oft versuchen Arbeitgeber, Beschäftigte mit einem Aufhebungsvertrag zu ködern, um sich den Gerichtsärger zu ersparen. Hier ist äußerste Vorsicht geboten, denn der Ärger mit der Agentur für Arbeit ist vorprogrammiert (Stichwort Sperrfristen).

In der nächsten Ausgabe beschäftige ich mich an dieser Stelle mit den verschiedenen Kündigungsarten (ordentlich, fristlose und Änderungskündigung).

Thersites



Anzeige

Big Sister is watching you

ELENA sammelt die Daten der abhängig Beschäftigten

Seit dem 1. Januar 2010 ist das elektronische Entgeltnachweis-Verfahren mit dem harmlos klingenden Namen ELENA in Kraft. Die rot-grüne Regierung initiierte 2003 dieses „Aktionsprogramm Informationsgesellschaft 2006" unter der Mitarbeit von Peter Hartz und in Zusammenarbeit mit dem Bund der Arbeitgeber (BdA); offiziell, um Bürokratie abzubauen und die Papierflut zwischen Ämtern und Unternehmen zu verringern. Der Starttermin wurde mehrmals verschoben, bis man sich auf 2012 einigen konnte. Damit dann auch genügend Daten zur Verfügung stehen, hat im Januar diesen Jahres die Datenerfassung begonnen. Was vorher getrennt verwaltet wurde, soll nun eins werden.

Von ELENA sind alle abhängig Beschäftigten betroffen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, insgesamt ca. 40 Millionen Menschen. Erfasst werden alle relevanten Daten, nämlich Name, Geburtsdatum, Adresse, Versicherungsnummer, Steuerklasse, Einkommenshöhe, vermögenswirksame Leistungen, Religionszugehörigkeit, Anzahl der Kinder, ledig, verheiratet, geschieden, Urlaubstage, Krankenzeiten, Einstellungsbeginn, Ende der Beschäftigung, Entlassungsgründe, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Fahrtkostenzuschüsse, Höhe der Lohn- und Kirchensteuer, Krankenkassen-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Diese werden in einer Zentralen Speicherstelle (ZSS) in der Deutschen Rentenanstalt in Würzburg zusammengeführt. Zugriff auf die Daten haben die jeweiligen Behörden, z.B. die Justizbehörden bei Scheidungen, um den Unterhalt zu berechnen, oder die Arbeitsagentur bei Arbeitslosigkeit. Angeblich würden Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger damit auch schneller Leistungen ausgezahlt bekommen.

Für den Anfang wird ELENA für Arbeitsbescheinigungen (§312 SGB III), Nebeneinkommensbescheinigungen (§ 313 SGB III), Auskünfte über Beschäftigungen (§ 315 ABS. 3 SGB III), Auskünfte über den Arbeitsverdienst zum Wohngeldantrag (§23 Abs. 2 Wohngeldgesetz) und Einkommensnachweise zum Elterngeld (§ 2 Abs. 7 Satz 4 und § 9 BEEG) verwendet. In Zukunft sollen dann alle Bescheinigungen der Sozialgesetzbücher (SGB I bis XIII) erfasst werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Bescheinigungen für die Justizbehörden mit aufzunehmen. Die Daten werden für eine eventuelle Inanspruchnahme von Sozialleistungen für einen Zeitraum von fünf Jahren gespeichert.

Viele dieser Daten werden auch schon länger erhoben, da sie z.B. die Rentenversicherung zur Berechnung der Renten nutzt. Neu daran ist, dass nicht wie vorher verschiedene Stellen angefragt werden, sondern eine einzige Abfrage ausreicht. Zur Verknüpfung der Daten dient die lebenslange, mit der Geburt zugewiesene Steueridentifikationsnummer. Zu diesem Komplex gehören auch der elektronische Personalausweis sowie die elektronische Gesundheitskarte.

Die transparenten BürgerInnen stehen damit in Begriff, Wirklichkeit zu werden. In Zukunft kann über die Zentrale Speicherstelle schnell auf monatlich aktualisierte Einkommensverhältnisse zugegriffen werden. Und dies ist sicher noch ausbaufähig. Ob Big Sister dem Orwellschen „Großen Bruder" den Rang abläuft, wird auch daran liegen, inwiefern wir die nächsten beiden Jahre nutzen um einzugreifen. Der Countdown läuft!

Andrea Weiß



Wir werden in dieser Zeitung über die weitere Entwicklung berichten. Mehr Informationen bereits in dieser Ausgabe unter der Rubrik „Der große Bruder".

Eine Menge Holz

Zur Privatisierung der Forstwirtschaft in Thüringen

Wie viele andere Forstämter der BRD, soll nun auch das Forstamt in Thüringen privatisiert werden. 2011 soll die Umsetzung erfolgen. Dies beschloss die derzeitige schwarzrote Landesregierung, bestehend aus CDU und SPD. Ideengeber für die Privatisierung ist der thüringische Agrarsekretär Roland Richwein, welcher auch schon für die „erfolgreiche Privatisierung" der thüringischen Straßenmeistereien verantwortlich ist.

Damals wie heute gilt als Grund die angeblich notwendige Kostensenkung für das Land. Doch schon die Privatisierung des Straßenamtes, bei der ca. 300 ArbeiterInnen entlassen wurden, konnte die Kosten des Landes nicht senken. Der Landesrechnungshof kommentierte hierzu richtigerweise: „Das mit der Privatisierung verfolgte Ziel einer nachhaltigen Kostensenkung wurde bisher verfehlt." Dass die Privatisierung der Forstämter, im sozialen und fiskalischen Sinne, ein Schuss in den Ofen wird, ist vorprogrammiert.

Eine weitere Folge der Privatisierung wäre die Zerstörung der Umwelt. Denn ein privater Betrieb zielt immer auf so viel wie möglich Profit ab, und die Pflege des Waldes bring diesen nicht ein.

Beim thüringischen Forstamt sollen ca. 800 WaldarbeiterInnen, Ingenieure und TechnikerInnen entlassen werden. Die Landesregierung bezeichnet diesen Prozess, der drei Jahre dauern soll, als „Umstrukturierung", in Zuge derer ArbeiterInnen „ausgegliedert" werden müssen. BeamtInnen, die für das Forstamt arbeiten, sind natürlich durch den Staat geschützt und werden nicht gekündigt.

Als der Hauptpersonalrat am 26. Januar von der Privatisierung erfuhr, rief er spontan mit der IG BAU zu einer Hauptversammlung auf. Das Ergebnis dieser Vollversammlung war eine Kundgebung am Folgetag vor dem Landtag in Erfurt, an der ca. 700 ArbeiterInnen teilnahmen. Den ArbeiterInnen war es verboten, sowohl mit Arbeitskleidung als auch mit dem Dienstfahrzeug zu der Kundgebung zu erscheinen. Die Krönung war aber, dass sie sich für diesen Tag Urlaub nehmen mussten. Viele der ArbeiterInnen hielten sich jedoch nicht an die gestellten Regelungen. Sanktionen für diese Missachtung gab es bisher glücklicherweise noch keine.

Auf der Kundgebung angekommen, begrüßte sie ein Sprecher der IG BAU mit den Worten: „Willkommen ... dies ist kein Streik!" Dies war wieder mal ein vielsagendes Beispiel für die verfolgte Strategie der DGB-Gewerkschaften, die der Prämisse folgt: Am besten nichts machen. Gewerkschafter und SPD-Landtagsabgeordneter Frank Weber beteuerte zwar: „Mit SPD wird es keinen Stellenabbau und keine Privatisierung geben!" So recht glauben wollte das jedoch niemand.

Wahrscheinlich wären einige der ArbeiterInnen, die mit laufenden Motorsägen (natürlich ohne Kette) auf der Kundgebung erschienen waren, damit am liebsten auf das Podest gerannt, um den ständigen Lügen der Politiker ein Ende zu bereiten.

Toni Rachholz

DGB und CGB kämpfen um Leiharbeit

Am 26.1. einigten sich der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und der DGB auf einen neuen Tarifvertrag. Schrittweise sollen die Entgelte zum 1. Mai 2010 sowie zwölf Monate später um je 2,5 Prozent erhöht, sowie eine Einmalzahlung von 80 Euro gewährt werden. Die Empörung war groß. „Lieber keine solche Erhöhung, als so eine Erniedrigung", hieß es im IG Metall-Forum „ZOOM". Weiterhin sollten der Verpflegungsmehraufwand und das Fahrtgeld mit bis zu 25 % des Bruttoentgelts verrechenbar bleiben. Die Tarifkommissionen von IGM und ver.di lehnten den Abschluss Anfang Februar ab.

Kurz darauf meldeten sich die Christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) zu Wort und verkündeten die Einigung mit dem Verband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP). Der Tarifvertrag solle zum 1.7. die Entgelte um 3,4 % (West) bzw. 4,1% (Ost) erhöhen, sowie die Verrechnungsmöglichkeiten abschaffen. Außerdem solle es einen Branchenzuschlag für die Metall- und Elektroindustrie geben. Abfällig wird in der Presseerklärung der CGZP vom „Billigheimer-Tarif" des DGB gesprochen. Die Schadenfreude darüber, als erster einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen zu haben, und dazu noch über dem Verhandlungsergebnis des DGB, ist unverkennbar.

Was ist das für ein Land, wo sich zwei Gewerkschaften um den Titel der Dumpinggewerkschaft streiten? Vom „Equal Pay"-Prinzip sind beide weit entfernt. Bleibt dem CGB die Tariffähigkeit aberkannt, hätte der DGB die historische Chance, durch das Nicht-Abschließen eines Tarifvertrags sein erklärtes Ziel zu erreichen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"! Das wäre ein erster Schritt in Richtung „Leiharbeit abzuschaffen!" wie es die FAU fordert. Aber ob es in der Nachverhandlung für diesen Weitblick reicht?

Thomas Winzer

Infos:

- zum CGB/DGB-Tarifwettlauf auf www.labournet.de
- der FAU zur Leiharbeit auf www.leiharbeit-abschaffen.de & www.fau.org/leiharbeit



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Mitarbeiterüberwachung bei „Ihr Platz"

Ende Januar wurde ein weiterer Fall von Videoüberwachung im Einzelhandel bekannt. Die Drogeriekette „Ihr Platz", die bundesweit rund 700 Filialen betreibt, hatte Kameras in den Läden nicht nur zur Überwachung der Kundschaft eingesetzt, sondern damit auch Beschäftigte kontrolliert. Nach Aussage des Sprechers des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten wurden Kameras in den Filialen unrechtmäßig installiert. Es hätten nicht nur die notwendigen Verfahrensbeschreibungen gefehlt, es seien auch verbotenerweise Angestellte beobachtet worden. Der Kette drohe deshalb nun ein Bußgeld. „Ihr Platz" war im Herbst 2007 vom Konkurrenten Schlecker geschluckt worden. In Berlin tritt die Kette unter dem Namen „Drospa" auf.

Land Berlin durchleuchtet BewerberInnen

Rund 58.000 Angestellte hat das Land Berlin, das von einer Koalition aus SPD und Linkspartei regiert wird. Und diese Angestellten möchte man offensichtlich besonders genau kennen. So mussten BewerberInnen noch Ende 2009 vor der Einstellung einen Fragebogen ausfüllen, in dem sie detaillierte Angaben zu psychischen Krankheiten, Drogenkonsum, Alkoholgenuss und sogar Verhütungsmitteln machen sollten. Darüber hinaus mussen BewerberInnen alle behandelnden Ärzte, HeilpraktikerInnen und PsychologInnen nennen. Über alle psychischen Erkrankungen nebst Zeitangabe möchte der Senat als Arbeitgeber informiert sein. Und auch darüber, seit wann eine Bewerberin in Bezug auf Alkohol „abstinent" ist. Der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte, Thilo Weichert, bezeichnete solche Fragen auf Nachfrage als „absolut illegal". Holger Dehring von der Gewerkschaft GEW teilte der *Frankfurter Rundschau* mit, man habe den Senat aufgefordert „das zu unterlassen", der Senat habe jedoch geschlagene zwei Jahre lang nicht reagiert. Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) ließ auf Nachfrage mitteilen, es gäbe nun einen neuen Fragebogen, der das Problem behebe. *Die Frankfurter Rundschau* teilte jedoch mit, ihr läge dieser überarbeitete Fragebogen vor und er enthalte weiterhin Fragen nach psychischen Krankheiten, Vorerkrankungen, Ärzten und Psychotherapie.

Großbritannien: Mit Drohnen gegen „antisoziales Verhalten"

Als Drohnen bezeichnet man unbemannte Flugzeuge, die zur Aufklärung oder auch für Luftangriffe benutzt werden können. Die Technologie ist erst seit wenigen Jahren einsatzfähig. Seitdem das US-Militär in größerem Umfang Drohnen verwendet, um vermeintliche Terroristen und deren Familien in Pakistan umzubringen, erfreut sich die Technik bei Militär und Polizei zunehmender Beliebtheit. Die britische Regierung, die seit Jahren der Pionier in Sachen hemmungsloser Überwachung und Kontrolle der eigenen Bevölkerung ist, hat jetzt einen zusätzlichen Einsatzzweck für Drohnen gefunden. Ab 2012 möchte man in Großbritannien Drohnen nicht nur zur Überwachung von Feinden im Ausland oder zur Grenzkontrolle einsetzen, sondern auch zur Beobachtung von „antisozialem Verhalten". Zunächst will die Polizei in Kent und Essex die unbemannten Fluggeräte dazu nutzen, um DemonstrantInnen, BetrügerInnen an Bankautomaten, Dieben von landwirtschaftlichem Gerät oder landwirtschaftlichen Erzeugnissen und illegalen Müllentsorgungen auf die Schliche zu kommen. Die vom BAE-Konzern hergestellten Drohnen können bis zu 15 Stunden in der Luft bleiben und aus der Ferne gestartet oder gelandet werden.

ELENA: Ein Nachtrag zur betrieblichen Vorratsdatenspeicherung

In der letzten und dieser Ausgabe (siehe diese Seite) berichteten wir über die Einführung der Datenkrake ELENA, in der künftig zentral die Daten von mehr als 40 Millionen Beschäftigten in der BRD gespeichert werden sollen. Dort sollen u.a. Streiktage und Abmahnungen zentral erfasst werden. Nachdem es Ende 2009 Proteste und eine massive öffentliche Diskussion über das betriebliche Vorratsdatenmonster gab, sah sich die Politik zu einigen Lippenbekenntnissen genötigt. „Prüfen" wolle man, „ob wirklich alle vorgesehenen Daten benötigt" würden. Egal, wie diese „Prüfung" ausgehen mag, im Kern wird das von der SPD und der Hartz-Kommission im Jahr 2002 angeschobene Projekt nicht angetastet werden. Zu groß dürften dafür die Begehrlichkeiten von Politik, Behörden und Polizei auf den neuen zentralen Datenpool sein. Wer einen Sinn in Petitionen sieht, mag sich vielleicht an einer beteiligen, die die Abschaffung von ELENA zum Ziel hat. Sie findet sich bei https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=8926

Anzeige



GWR Nr. 346, Februar 2010: Wundervolles Cop-Enhagen. Klimakonferenz gerät zur Repressionsorgie; Gewalt & Herrschaft im Südlichen Afrika; Kampf ums Babylon; Die türkische Demokratur; „Studis raus aus der Uni!" Räumungen und der Diskurs über bessere Bildungsbedingungen; Anti-Atom? Ja bitte!; Die „Kommune von Oaxaca", u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.), Probeheft kostenlos bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -351, www.graswurzel.net**

graswurzel revolution

Kampflos zum Tarifabschluss

2008 forderte IG Metall-Chef Huber noch acht Prozent Lohnerhöhung. In diesem Jahr ging er ganz ohne Lohnforderung und Streikandrohung in die Verhandlungen. Man wolle damit in Zeiten der Krise Jobs sichern, so Huber.

Der entstandene Pilotabschluss in NRW sieht in diesem Jahr eine Einmalzahlung von 320 Euro und ab dem 1. April 2011 eine Steigerung der Entgelte um 2,7 Prozent vor, bei einer Vertragslaufzeit von 23 Monaten. Das bedeutet real keine Lohnsteigerung für die Beschäftigten in den kommenden zwei Jahren.

Weitere Informationen: www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif08/igm

Mindestlohn-Debatte: Eile mit Weile

Zumindest die Überraschung ist Lidl-Chef Gehrig gelungen: Mitte Februar spricht er sich in einem Offenen Brief für einen Mindestlohn im Einzelhandel aus. Über dessen Höhe schweigt Gehrig aber vorsorglich. Der Einzelhandelsverband HDE, mit dem ver.di 2007/2008 anderthalb Jahre um einen Flächentarif gerungen hatte, zeigte sich „aufgeschlossen". Der Lebensmitteldiscounter Lidl, nach einer Fusion nun Branchen-Zweiter, will sich anscheinend weißwaschen, nachdem das Unternehmen wegen des Umgangs mit seinen Mitarbeitern jahrelang in der Kritik gestanden hatte; den Auftakt hatte ver.di 2004 mit dem „Schwarzbuch Lidl" gemacht. Die Gunst der Stunde nutzte auch der DGB-Vorstand und kündigte an, nicht ohne Verweis auf die ab 2011 geltende EU-Freizügigkeit für Lohnabhängige, die Mindestlohnforderung des DGB von 7,50 auf 8,50 Euro erhöhen zu wollen. Derweil verhandeln ver.di und HDE einen Folgetarif, der auch einen Branchenmindestlohn vorsehen soll. Eine Einigung wird für das Frühjahr erwartet – und zwar 2011! (AE)



Denkmal für die Asbest-Opfer in dem Werften-Städtchen La Ciotat (Frankreich), seit dem 28. April 2007

Vier Kreuze pro Minute

Der internationale Kampftag für sichere Arbeitsbedingungen steht wieder vor der Tür. Aktionen auch in der BRD geplant

Alle 15 Sekunden stirbt auf der Welt ein Mensch an den Folgen der Ausbeutung durch Arbeit, sei es aufgrund von schlechten Sicherheitsbedingungen, giftigen Werkstoffen oder Folgeschäden verursachenden Tätigkeiten. Weltweit sterben somit pro Jahr über 2,2 Millionen ArbeiterInnen durch die Folgen von Arbeit. Weitere 160 Mio. tragen jährlich Verstümmelungen, Verletzungen und Krankheiten davon (siehe dazu „Alltag ist Krieg", *DA* Nr. 194). Gerade durch die weltweite Prekarisierung, durch die Ausweitung der Arbeitszeiten, durch Rationalisierung und Einsparungen ist die Tendenz zu mehr Unfällen steigend. Hinzu kommt, dass eine nachholende Industrialisierung unter Vernachlässigung des Arbeitsschutzes in den Schwellenländern die Anzahl der Arbeitsunfälle massiv ansteigen lässt. Nun hat sich auch die IAA auf dem letzten Kongress des Themas angenommen und begrüßt für dieses Jahr Beteiligungen am internationalen Workers' Memorial Day (WMD), der jährlich am 28. April begangen wird.

Der WMD findet seit 1984 statt. Er wurde von der kanadischen Gewerkschaft CUPE initiiert, zunächst als reiner Gedenktag für die (Todes-)Opfer von Arbeitsunfällen. Relativ schnell wurde er auch von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO aufgegriffen; in derzeit über 25 Ländern ist er ein offizieller Gedenktag. Ging es den Initiatoren schlicht um ein „Remember the Dead!", erfolgte in den 1990ern die Politisierung des WMD, was sich in der Erweiterung des Slogans um „Fight for the Living!" ausdrückte. Spätestens seit 1996 werden im Kontext des WMD auch konkrete Forderungen aufgestellt, so z.B. nach sicheren Arbeitsplätzen oder nach Abschaffung giftiger Arbeitsstoffe in der Produktion. Zur Durchsetzung solcher Forderungen finden am WMD immer wieder auch Betriebsaktionen, bis hin zu Streiks, statt. Allgemeine Aktivitäten gab es zuletzt in 45 Ländern. In Deutschland tut sich am 28. April traditionell nichts. Der WMD ist hier gänzlich unbekannt.

Das soll sich nun ändern. Sowohl die FAU Berlin als auch die FAU Leipzig planen für dieses Jahr Aktionen am WMD. Der Tag bietet viele Ansatzpunkte für syndikalistische Gewerkschaften. Dabei können angrenzende Themen, wie z.B. Arbeitszeitverkürzung als klassischer Gegenstand des zeitnahen 1. Mai angesprochen werden, schließlich besteht zwischen Arbeitshetze und Arbeitsunfällen allzu oft ein direkter Zusammenhang. Auch die psychologischen und suizidalen Folgen von Lohnarbeit, welche die FAU schon thematisiert hat, dürften keinesfalls deplatziert sein. Möglichkeiten der Aktivität gibt es viele. So kann zum Beispiel vor Ort auf besonders schwarze Schafe hingewiesen werden, können arbeitsrelevante Institutionen in die Verantwortung genommen oder Gedenkveranstaltungen an befleckten Orten durchgeführt werden.

Es erscheint geradezu überfällig, das Thema des blutigen betrieblichen Alltags in Deutschland präsent zu machen. In anderen europäischen Ländern ist es dies bereits geschehen, so z.B. in Italien, Spanien oder Griechenland, wo die Diskussion um tödliche Arbeitsunfälle unter den ArbeiterInnen viel Raum einnimmt. Hierzulande dagegen Schweigen: Und das, obwohl auch in der Bundesrepublik im Durchschnitt täglich 3.400 ArbeiterInnen verletzt werden und jeden Tag vier Menschen bei der Arbeit oder an deren Folgen sterben.

Gregor May & Leon Bauer



Anzeige

Wunsch- und Alptraum nah beieinander

Wie weit geht das Bundesarbeitsgericht? Ein Kommentar zur geplanten Tarifpluralität

Gemessen an den medialen Schockwellen, schlug die Nachricht Ende Januar nicht gerade ein wie eine Bombe. Dennoch könnte sie langfristig umwälzende Auswirkungen auf die hiesige Gewerkschaftslandschaft haben: Der 4. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Erfurt hat seine Absicht bekundet, den „Grundsatz der Tarifeinheit" aufzugeben. Nun steht die Frage im Raum, ob der 10. Senat des BAG mitzieht oder sich querstellt.

Besagter Grundsatz bestimmt seit 1957, dass in einem Unternehmen grundsätzlich nur ein Tarifvertrag gelten könne. In Verbindung mit dem hierarchischen Aufbau der bestehenden Einheitsgewerkschaften bildet der „Grundsatz der Tarifeinheit" mit seinem Platzhirsch-Effekt einen der wesentlichen Stützpfeiler des konservativen deutschen Arbeitsrechts.

Die sprichwörtliche deutsche Unerfahrenheit in Sachen Arbeitskampf ist sicherlich auch zurückzuführen auf diese Situation der Rechtsunsicherheit, mit der sich KollegInnen konfrontiert sehen, wenn die Gewerkschaft nicht mitspielt. Aber das BSH-Szenario von 2006 – in dem der Apparat die kampffreudige Mehrheit der Belegschaft satzungskonform im Regen stehen ließ – könnte bald der Vergangenheit angehören, wenn die KollegInnen einer anderen Gewerkschaft beitreten und mit ihr kämpfen können. Denn die Friedenspflicht-Klausel würde nur noch der unterzeichnenden Gewerkschaft und nicht mehr der Belegschaft die Hände binden.

Daher beschwört das Unternehmerlager schon jetzt eine dräuende Rechtsunsicherheit, die „den Standort" in Dauerstreiks und Unübersichtlichkeit stürzen werde. In der Lage bei Lufthansa erkennen sie ihren fleischgewordenen Alptraum, standen dem Unternehmen im Februar doch die Streikdrohungen dreier Gewerkschaften ins Haus. Es sieht fast so aus, als hätten die abenteuerlichen Auslagerungsstrategien der Chef-Etagen hier ihren gewerkschaftlichen Wiedergänger gefunden: Keine Gewerkschaft kann es sich mehr leisten, mit dürftigen Abschlüssen die Basis zu verprellen.

Aber Achtung, ganz so weit ist es noch nicht! Kehren wir auf den Boden der Tatsachen zurück: Bisher war und ist es so, führt das Gericht in seiner Mitteilung aus, dass Fragen der „Tarifpluralität ... dahin aufgelöst werden, dass der speziellere Tarifvertrag den anderen Tarifvertrag im Betrieb verdrängt." Eben hierauf stützen sich die sog. Spartengewerkschaften. Das Gericht beabsichtigt nun, dass ein Tarifvertrag „aufgrund der beiderseitigen Mitgliedschaft in den tarifschließenden Koalitionen unmittelbar und zwingend" gelten soll. Der 4. Senat schränkt jedoch ein, dass sich diese Frage nur bei der „Verdrängung eines *geltenden* Tarifvertrages" stelle.

Tür und Tor wären für kämpferische Basisgewerkschaften also nicht gerade sperrangelweit geöffnet, wenn der 10. Senat im Juni dieser Grundsatzänderung zustimmen sollte. Das belegt sehr anschaulich auch das Skandalurteil des Arbeitsgerichts gegen die FAU Berlin (siehe Special zur Gewerkschaftsfreiheit in dieser Ausgabe). Dennoch dürfte sich die Rahmenlage für kommende Kämpfe verbessern, wenn die „verfassungsrechtlich vorgesehene Tarifpluralität" an Gewicht gewinnt. Ob damit, wie Kritiker befürchten, eine Abkehr vom Prinzip der Industriegewerkschaft und die Zersplitterung der Belegschaften in Klientel- und Statusgruppen einhergeht, ist keineswegs ausgemacht. Schließlich ist es Aufgabe der Gewerkschaften und nicht der Gerichte, die Einigkeit und Schlagkraft der Belegschaft zu befördern.

André Eisenstein

Keine Arbeit ohne Lohn!



Gegen „Gratisarbeit"

In Cerro al Lambro bei Mailand kam es am 12. Februar zu einer Blockade des internationalen Logistikkonzerns GLS. Die ArbeiterInnen versperrten den ankommenden Lastwagen die Zufahrt. Der Grund des Arbeitskampfes war, dass in der Firma unzumutbare Arbeitsbedingungen herrschen. Die geleisteten Überstunden werden nicht anerkannt und somit wird unbezahlte Arbeit geleistet. Für einen Monat mit 280 Arbeitsstunden bekommt ein/e Arbeiter/in1.000 Euro. Dem Arbeitgeber wird außerdem vorgeworfen, dass er die Lohnsteuer für Überstunden nicht an den Fiskus zahle.

Der Geschäftsführer ließ die Streikaktion der Basisgewerkschaft Slai Cobas durch die Polizei auseinandertreiben, aber keine StreikbrecherInnen fanden sich, um die nun angelieferten Waren auszuladen. Das besondere an dieser Aktion war, dass die Belegschaft sich nicht in „Italiener" und „Migranten" spalten ließ. Wie der Konflikt weiter verläuft, ist noch unklar, aber die Stimmung unter den ArbeiterInnen und UnterstützerInnen ist weiterhin kämpferisch. (WK)

Arbeiten im Paradies

Durch Informationsmaterial der FAU zu unbezahlten Probeschichten kam es im vergangenen September zum Kontakt zwischen der FAU Halle und einem jungen Jobber. Dieser erzählte von seiner unbezahlten Tätigkeit im Hallenser Imbiss „Zum Paradies" im August 2009. Nach gemeinsamer Beratung setzte er sich mit einem Fachanwalt in Verbindung. Mit dessen Hilfe wurde die Inhaberin der Gaststätte verklagt. Es kam zu mehreren Gerichtsterminen. In der ersten Verhandlung wurde vom Richter festgelegt, dass die Firma die geleisteten drei Wochen Arbeit voll entlohnen muss. Bei einem weiteren Gerichtstermin wurde dem Jobber bestätigt, dass seine Entlassung einer Kündigungsfrist unterliegt. Dass heißt, dass die Gaststättenbetreiberin auch für den September- und Oktoberlohn aufkommen muss, weil der Vertrag ein dreimonatiges Arbeitsverhältnis festschreibt. Diesen Beschluss wollte die Ex-Chefin nicht akzeptieren und verweigerte die Zahlung. Der Anwalt des Klägers beantragte eine Zwangsvollstreckung bei der Schuldnerin. Nach diesem Antrag überwies die Frau die ersten Monatsraten.

Danach heuerte der Betroffene im Programmkino CAPITOL an. Hier sollte er sein Können in einer Probeschicht als Kellner unter Beweis stellen. Diese absolvierte er ohne Probleme, aber auf seinen Lohn oder einen weiteren Arbeitseinsatz wartet er vergebens. Die FAU Halle wird den Geprellten weiterhin unterstützen. (WK)

Mehr auf www.keine-arbeit-ohne-lohn.de



Anzeige

Ruhrgebiet 1920: Die Märzrevolution

Über eine der größten proletarische Erhebungen der deutschen Geschichte

Der schon am 13. März 1920 unternommene Versuch konservativer und präfaschistischer Kräfte, die Weimarer Republik durch Einsetzen eines autoritären Regimes in Berlin frühzeitig abzuschaffen, ging als „Kapp-Putsch" in die Geschichte ein. Der daraufhin ausgerufene Generalstreik, der einzige politische Generalstreik Deutschlands, brachte dem Putsch nach zwei Tagen das Ende. Im Ruhrgebiet kam es währenddessen zu einem Aufstand der Arbeiterschaft von enormem Ausmaß, der erst Wochen später durch den massiven Einsatz von Reichswehr und Freikorps niedergeschlagen werden konnte. Noch während des Aufstands versuchte die Arbeiterschaft, das Leben im Ruhrgebiet selbst neu zu gestalten.



Ruhrarmisten an einer Straßensperre

Die Novemberrevolution von 1918 brachte den Menschen besonders im Ruhrgebiet nur verhältnismäßig geringe Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Vor allem im Bergbau standen im Rahmen der zunehmend entstehenden „Sozialpartnerschaft" die weitreichenden Zugeständnisse der großen Zentralgewerkschaften der Armut einer bei härtester Arbeit notleidenden Arbeiterschaft gegenüber. Die Enttäuschung darüber führte dazu, dass einerseits die Zentralgewerkschaften viele Mitglieder verloren, und dass andererseits, wie in Hamborn und Mülheim, die Syndikalisten großen Zulauf bekamen. Es entstand eine starke Streikbewegung, die viele wilde Streiks und auch neue Aktionsformen hervorbrachte. Dem Kontrollverlust über die äußerst heterogene Masse der Arbeiterschaft versuchte die Reichsregierung mit militärischer Gewalt beizukommen. So waren die Menschen vom offenen Kampf und dem Hass auf das Militär geprägt, als am 13. März 1920 die Nachricht vom Rechts-Putsch eintraf.

In den Städten des Reviers reagierte die Arbeiterschaft auf den Putsch zunächst mit der Bildung von Aktionsausschüssen/Vollzugsräten, um die örtlichen Behörden zu kontrollieren. In diesen meist aus Funktionären der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zusammengesetzten Gremien bestand Einigkeit darüber, daß der Putsch mit dem jetzt durchzuführenden Generalstreik abgewehrt werden müsse. Darüber hinaus gab es jedoch sehr unterschiedliche Zielsetzungen: Einigkeit bestand nur insofern, dem rechtsradikalen Putsch die Unterstützung zu versagen. Reichspräsident Friedrich Ebert und der regierenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) lag an dem Erhalt der Weimarer Republik. Dem schlossen sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) sowie die Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (AfA) und der Deutsche Beamtenbund an. USP und KPD forderten dagegen den Rücktritt der Ebert-Noske-Regierung und die Machtübernahme durch die Arbeiterschaft, die „Diktatur des Proletariats". Auch die FAUD machte ihren in der Streikbewegung stark gewachsenen Einfluss geltend und trieb insbesondere die sofortige Sozialisierung und Übernahme der Betriebe voran.

In vielen Städten kam es zu verstärkten Auseinandersetzungen der Arbeiterschaft mit der Polizei, den Einwohner- und Sicherheitswehren. Es entstanden bewaffnete Arbeiterwehren, die die Einwohnerwehren und die Polizei entwaffneten.

Kampf der Roten Ruhr-Armee

Am 14. März entsandte der für das Ruhrgebiet zuständige Befehlshaber der Reichswehr, General von Watter, Teile des Freikorps Lichtschlag in die Stadt Wetter, um dort eine vermeindlich ausgerufene Räterepublik und einhergehende Plünderungen zu stoppen. Der Führer der etwa 130 in Wetter eintreffenden Soldaten erklärte sich, wie viele andere militärische Verbände auch, für die Putschisten. Es kam zum ersten Kampf mit der örtlichen Arbeiterwehr, viele Menschen aus der Umgebung kamen zur Hilfe und die Soldaten wurden in kürzester Zeit entwaffnet.

Ähnlich verlief es am nächsten Tag in Herdecke und Kamen. Eine spontan in Hagen entstehende zentrale militärische Leitung der Arbeiterschaft entsandte Kompanien Bewaffneter den Truppen entgegen: Die Rote Ruhrarmee.

Die Putschisten in Berlin kapitulierten am 17. März und die Regierung forderte noch am selben Tag den Abbruch des Generalstreiks. Da dies den Verzicht auf den weiteren bewaffneten Kampf bedeutet hätte und keine wirtschaftlichen und politischen Zugeständnisse gemacht wurden, kamen die Streikenden dieser Aufforderung nicht nach. Stattdessen traten bis zum 29. März mehr als 330.000 Menschen in den Streik und die auf 80.000 bis 120.000 Menschen stetig gewachsene Rote Ruhr-Armee spaltete sich in mehrere Gruppen auf, die bis zum 23. März ein Gebiet noch über die Grenzen des Ruhrgebiets hinaus „eroberte"und Militär und Polizei entwaffnete und vertrieb.

Verhandlungen und „weißer Terror"

Inzwischen waren aus dem gesamten Reich Truppen in Richtung Ruhrgebiet unterwegs. Teile der Reichstagsfraktion bestanden auf einer Verhandlungslösung dieser Situation, also wurden Vertreter der am Aufstand beteiligten Gruppen zu einer Konferenz nach Bielefeld eingeladen, um über Möglichkeiten der Beendigung des bewaffneten Kampfes zu verhandeln. Am 24. März wurde mit Vertretern einiger Gruppen ein Abkommen getroffen, das zunächst einen Waffenstillstand beinhaltete, weiterhin die Pflicht zur Waffenabgabe der Arbeiterschaft, das Versprechen zur Auflösung der Putschtruppen, Garantien für die Inangriffnahme der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe sowie die Pflicht zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände im Revier bis zum 31.3. Hier begann die niemals einheitliche Bewegung zu zerbrechen. Während z.B. die Hagener Zentrale auf der Einhaltung des Abkommens bestand, wollte man in Mülheim den Kampf mit allen Mitteln fortsetzen. In der Kürze der Zeit war eine Einigung und somit eine Einhaltung des Bielefelder Abkommens nicht möglich.



Mitglieder der Ruhrarmee beim Sammeln

Unter den auf Befehl der Reichsregierung am 1. April Einmarschierenden waren dann auch die Freikorps und Reichswehreinheiten, die kurz zuvor in Berlin den Putsch unterstützt hatten. Die Militärs gingen mit äußerster Brutalität vor, darunter besonders die Freikorps. Durch das Erschießen „Flüchtiger", durch Standgerichte, Verstümmelungen und Ermordungen kamen weit mehr Menschen ums Leben als in den gesamten vorherigen Kämpfen: Der „weiße Terror".

Bis zum 19. April war das gesamte Gebiet wieder in der Hand der Regierungstruppen.

Hinter der Front begann erst die Arbeit

Das Besondere dieses Aufstandes sind die Versuche, das Leben nach der Vertreibung des Militärs und der Polizei selbst neu zu organisieren.

Zunächst seien hier die Aktionsausschüsse und Vollzugsräte genannt: Zu deren selbst gestellten Aufgaben gehörte die Übernahme der lokalen Verwaltung, die Bewaffnung der Arbeiterschaft, die Entwaffnung der reaktionären Bürger und in den ersten Tagen auch die Verhaftung und Vernehmung der bekannten Mitglieder der Einwohnerwehren und Freikorps, die sich besonders brutal am Kampf gegen die Arbeiterschaft beteiligt hatten. Des weiteren musste die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die Entlohnung der Vollzugsräte und der Arbeiterwehren und vieles mehr organisiert werden.

Schon zu Beginn der Kämpfe hatten die Aktionsausschüsse in einigen Städten wichtige Hoheitsrechte der Verwaltung übernommen. Dies erforderte nicht nur Fachwissen, vor allem trafen hier verschiedene Vorstellungen aufeinander. Der Mülheimer Vollzugsrat bezeichnete es als seine Aufgabe, den alten reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren. Die Vertreter der Betriebsbelegschaften wurden aufgerufen, nur solche GenossInnen in den Vollzugsrat zu wählen, welche in den Unterkommissionen ihre Posten ausfüllen könnten und sich durchzusetzen verständen. Die große Zahl der Kommissionen, welche der Vollzugsrat gründete (unter anderem Kommissionen für die städtischen Betriebe, die Schulen, Polizeifragen, Wohnungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen) zeigt, dass er seine Aufgaben darin sah, das gesamte gesellschaftliche Leben neu zu gestalten.



Rotarmist mit Krankenschwestern

Die Löhnung der Mitglieder der Vollzugsräte erfolgte in der Regel über die Stadtkassen. In Mühlheim und Oberhausen mussten die Unternehmenskassen für die aus ihren Betrieben stammenden Vollzugsräte aufkommen.

Der Hagener Aktionsausschuss besetzte einige Räume des Rathauses und leitete die Beschlagnahmung von Gütern wie Lebensmittel, Autos, Benzin, Waffen und Munition ein, ordnete

Hausdurchsuchungen an und verhaftete und verhörte stadtbekannte Einwohner, die nachweislich in Kontakt zum Militär standen. Zwar sollte auch weiterhin die politische Kraft vom Aktionsausschuss ausgehen, doch war dieser vermutlich von der Übernahme der Verwaltung überfordert und überliess diese bald wieder den ursprüglichen Beamten. Ähnliche Übereinkünfte gab es auch an anderen Orten, so dass die Verwaltung insgesamt, um einige bekannte reaktionäre Beamte erleichtert, unter der politischen Kontrolle der Arbeiterschaft bzw. ihrer Beauftragten unbeirrt weiter arbeitete.

Die Versorgungslage war schon vor dem Putsch im Ruhrgebiet sehr schwierig. In allen Städten gab es Nahrungsmittelrationierungen. Durch einen Boykott der Lebensmittellieferungen ins Ruhrgebiet verschärfte sich die Situation noch weiter. Neben der Beschlagnahmung hatten einige Aktions- und Vollzugsausschüsse die Idee, in Holland und Belgien Kohlen gegen Lebensmittel zu tauschen.

Vielerorts wurden alle ab dem 9. November 1918 politisch Inhaftierten freigelassen und aus den Kassen der Betriebe, in denen sie zur Zeit der Verhaftung gearbeitet hatten, für die Haftzeit und den Verdienstausfall entschädigt. In Duisburg und Essen gab es Ansätze zu Gefängnisreformen, die den nicht politischen Gefangenen zu Gute kommen und ihnen durch die Mitarbeit in Gefangenenräten Mitsprache erlauben sollten.

Aus Elberfeld wird über einen bemerkenswerten Versuch einer Justizreform berichtet: Man ließ das Amts- und Landgericht schließen, um zunächst über eine neue Rechtsordnung zu beschließen. Ein daraufhin in einer großen öffentlichen Versammlung gewählter „Volksbeauftragter für die Sozialisierung der Justiz" veröffentlichte Folgendes: „Der Erziehungsgedanke hat an die Stelle des Strafgedankens zu treten. Die gedankenlose Einsperrung armer, schwacher Menschen, die den rechten Weg nicht kannten oder sich darauf nicht halten konnten, in Zuchthäusern und Gefängnissen widerspricht der Menschenwürde, ebenso die Todesstrafe." Trotz seiner Wahl beugte der Beauftragte sich dem unter anderem seiner fehlenden Parteizugehörigkeit wegen eingelegten Widerspruch des Aktionsausschusses.



Rote Armee in Dortmund

Die Rote Ruhr-Armee war von den herkömmlichen Militär- und Polizeiformationen in vielen Punkten sehr verschieden: Anfänglich war sie aufgebaut aus Gruppen von Menschen aus ihren Stadtteilen und Betrieben heraus. Ohne Kadaver-Gehorsam war es jederzeit erlaubt, unter Zurücklassen der Waffe die Front zu verlassen. Aus Mülheim wird davon berichtet, dass es zwar eine Art Hierarchie gab, jedoch eine gleiche Löhnung für alle. In Gelsenkirchen wurden die Führenden von den Mannschaften gewählt. Eine wirkliche zentrale Leitung gab es nicht.

Übernahme der Betriebe sofort oder später?

Zwei Tendenzen unterschiedlicher Vorstellungen wurden im Laufe des Aufstands deutlich:

Während USP und KPD glaubten, grundlegende Eingriffe in die Führung der Betriebe erst dann

verantworten zu können, wenn der endgültige militärische Sieg des Aufstands errungen sei, waren die Anarchosyndikalisten der FAUD gegenteiliger Ansicht. Genau diese beiden Positionen standen sich 16 Jahre später in der spanischen Revolution gegenüber, und genau wie dort fanden sich Beispiele, wie erfolgreich die Strategie der Anarchosyndikalisten auch in größerem Maßstab sein konnte. Gegenüber der Befürchtungen seitens USP und KPD, dass sofortige Veränderungen in den Betrieben die Fortführung der Produktion gefährden und dass Sozialisierungen den Kampf der bewaffneten Arbeiterschaft schwächen würde stand das Beispiel der FAUD, das etwas anderes zeigte: Nachdem in Mülheim und Hamborn die Leitung der Thyssen-Werke durch die Betriebsräte übernommen worden waren, vermutete ein Mitglied der Thyssen-Familie, dass dies, da alles so reibungslos verlaufen war und die Produktion eben nicht einbrach, von langer Hand geplant gewesen sein musste.



Freiwillige Arbeiter die sich spontan der Ruhrarmee gegen den Kapp-Putsch anschlossen

Ein großer Unterschied zwischen den Ereignissen im Ruhrgebiet von 1920 und der Revolution in Spanien 1936 ist die kulturelle Basis, auf der beides stattfand. So fehlte in Deutschland im Vergleich jene „Übung" in Fragen der Selbstverwaltung, Solidarität und Utopie. Die meisten ArbeiterInnen-Organisationen, -Parteien, -Kultur und -Sportvereine führten die Traditionen von Hierarchie und dem Vertrauen auf Führung von oben weiter. Die Gefahr solcher Traditionen für eine Gesellschaft zeigte sich nicht zuletzt mit dem Ende der Weimarer Republik und dem Aufschwung des Nationalsozialismus.

(Nico Katanek)

Zum weiterlesen & hören:

Fittkau, Ludger/
Schlüter, Angelika:
Ruhrkampf 1920 – Die vergessene Revolution. Ein politischer Reiseführer
Verlag: Klartext
ISBN: 978-3-88474-256-3

Erhard Lucas:
Märzrevolution 1920
3 Bände
Verlag: Roter Stern Frankfurt am Main 1973–1978
ISBN 3878770758,
ISBN 3878770642,
ISBN 3878770855

Zu Beziehen über www.syndikat-a.de:

Die Grenzgänger &
Frank Baier:
Lieder der Märzrevolution von 1920

Broschüre:
FAU Duisburg (Hg.): *März 1920 – Die vergessene Revolution im Ruhrgebiet*

Anzeige



Unsere Leser und Leserinnen fordern wir an dieser Stelle noch einmal auf, sich an den derzeit laufenden Protestmöglichkeiten und an den anstehenden Aktionen zu beteiligen. Aktuelle Informationen finden sich wie immer auf fau.org, oder auf den Seiten der Anarchosyndikalistischen Jugend.
Es wird nach wie vor dringend Geld benötigt, um die Anwaltskosten und die Solidaritätskampagne finanzieren zu können.
Spendet bitte an:
Freie ArbeiterInnen-Union
Konto-Nr.: 961 522 01
Postbank Hamburg
(BLZ 200 100 20)
Stichwort: BELGRAD 6

Vorlage für einen englischen Protestbrief auf der Seite der polnischen ZSP-IAA http://asi.zsp.net.pl/free-the-anarchists/emailpage/

Die beiden vorherigen Artikel zum Thema, in der *DA 197* und *196*, finden sich auf direkteaktion.org unter der Rubrik *Globales*.

Belgrade 6 vorläufig frei!

Der erste Prozesstag endet mit einem Teilerfolg


Bild: Carlos Martin
Viel Interesse, wenig Plätze

Am 17. Februar fand in Belgrad der Auftakt des Prozesses gegen die Belgrade 6 statt. Fünf der sechs Angeklagten sind Mitglieder der Anarchosyndikalistischen Initiative (ASI-IAA). Ihnen wird vorgeworfen, im August 2009 einen Brandsatz auf die griechische Botschaft in Belgrad geworfen zu haben. Die Anklage lautete auf „Internationalen Terrorismus", worauf bis zu 15 Jahre Haft stehen. Zum Prozess angereist waren auch zahlreiche internationale BeobachterInnen aus Mitgliedssektionen der IAA wie der CNT (Spanien), der SolFed (Großbritanien), der ZSP (Polen) und der FAU sowie aus libertären Zusammenhängen außerhalb der IAA, so zum Beispiel aus dem Umfeld der osteuropäischen, libertären Zeitschrift „Abolishing the borders from below".

Zunächst die positive Nachricht: Am Ende des Verhandlungstages konnten alle sechs Inhaftierten das Gefängnis verlassen. Auch wurde die Anklage wegen internationalem Terrorismus fallen gelassen. Bis zum Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wegen welchem Delikt nun gegen die sechs verhandelt werden soll.

Geprägt war der Prozessauftakt von einer massiven Polizeipräsenz. Es gab keinen ausreichenden Platz in dem viel zu kleinen Verhandlungssaal, so dass die meisten der angereisten Beobachter vor dem Saal warten mussten.

Drei internationale BeobachterInnen, die versucht hatten, ein kleines Plakat mit der Aufschrift „Anarchismus ist kein Terrorismus" an der Tür zum Gerichtssaal mit Klebestreifen zu befestigen, wurden festgenommen. Ihnen wird „Störung des Gerichts" vorgeworfen. Um eine „Flucht" zu verhindern, wurden ihre Reisepässe eingezogen und ihnen untersagt, Serbien zu verlassen.

Während des Prozesses erklärten die Anwälte der Gefangenen, dass diese massiv psychisch und physisch unter Druck gesetzt worden seien. Mindestens ein Gefangener wurde gefoltert und dadurch gezwungen, ein Geständnis zu unterschreiben. Dieser Genosse erlitt in den knapp sechs Monaten Haft mehr als dreißig epileptische Anfälle – mehr als in seinem gesamten vorherigen Leben.

Die Staatsanwaltschaft wird ihre Beweisführung voraussichtlich über die durch physische und psychische Folter erzwungenen Aussagen konstruieren. Nach derzeitigen Informationsstand haben bisher zwei der Betroffenen solche Aussagen gegenüber der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder dem Richter gemacht. Die Angaben scheinen sich jedoch erheblich zu widersprechen. Der nächste Prozesstag ist der 23. März. Es bleibt abzuwarten, ob die serbische Justiz mit ihrer Strategie der Kriminalisierung von libertären AktivistInnen schlussendlich Erfolg haben wird. Auch wenn die Freilassung der Belgrade 6 ein Erfolg der internationalen Kampagne darstellt, darf nicht vergessen werden, dass ihnen der serbische Staat schon zum jetzigen Zeitpunkt über fünf Monate die Freiheit genommen hat.

Rudolf Mühland

„Die Gewerkschaft hat uns ein würdiges Leben ermöglicht"

Der Kampf der mexikanischen ElektrizitätsarbeiterInnen dauert an

„Was hier in Mexiko passiert, ist schlimm, aber es ist kein Einzelfall. Gewerkschafter auf der ganzen Welt werden aufgrund ihrer Arbeit entlassen, kriminalisiert und eingesperrt", erklärt Antonio Almazen, ehemaliger Sekretär für auswärtige Beziehungen der Gewerkschaft der Mexikanischen ElektrizitätsarbeiterInnen (SME). Seit das staatliche Stromunternehmen Luz y Fuerza im Oktober vergangenen Jahres per Dekret geschlossen wurde, kommt der pensionierte Gewerkschafter wieder jeden Tag in das Hauptquartier der SME in Mexiko-Stadt. Hier werden nun T-Shirts gedruckt, Demonstrationen organisiert und Versammlungen abgehalten. Im alten Theater des Gebäudes kochen ehemalige Arbeiterinnen und Arbeiter jeden Tag für rund 2000 Menschen. Vor dem Gebäude werden Flugblätter verteilt und Devotionalien verkauft, eine Kinderbetreuung ist eingerichtet und ein medizinischer Dienst versorgt Notfälle. Einige der Gewerkschafter schlafen sogar in den Büros und Gängen des Gebäudes. „Ich bin hier groß geworden", lacht Almazen, der seit 40 Jahren Mitglied der SME ist, „und hier werde ich auch alt. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen werden."

Gegen die Schließung des Unternehmens geht die Gewerkschaft mittlerweile gerichtlich vor. „Die haben einfach auf die Verfassung geschissen und den Laden dicht gemacht. Das ist nicht legal. Wir sind im Recht", stellt Almazen klar. Neben dem juristischen Weg wirbt die SME aber auch für mehr Solidarität in der Bevölkerung. Vor allem aus dem Ausland kam bisher viel Unterstützung. Ab dem 16. März ruft die SME nun gemeinsam mit anderen Gewerkschaften zum Streik und zu zivilem Ungehorsam auf. Beispielsweise werden bereits Flugblätter an die Haushalte verteilt, in denen dazu aufgerufen wird, die Stromrechnungen bis auf Weiteres nicht mehr zu bezahlen.

Schon jetzt hat die SME eine Mahnwache auf dem zentralen Platz in Mexiko-Stadt, dem Zócalo, eingerichtet, den sie bis zur Beendigung des Konfliktes besetzt halten wollen. Von hier aus sind zahlreiche Aktionen und Kundgebungen geplant. Wer durch die Schließung des Unternehmens Probleme mit seiner häuslichen Stromversorgung hat, bekommt hier ebenfalls Hilfe. Klagen über die momentane Versorgungssituation scheint es reichlich zu geben. Anfang Februar gab es im ganzen Land wetterbedingte Stromausfälle, die zahlreiche Haushalte bis zu drei Wochen im Dunkeln sitzen ließ. Eine Panne, die laut SME mit qualifiziertem Personal nicht passiert wäre.

In den mexikanischen Medien wird die unabhängige Gewerkschaft hingegen stets als korrupt und geldgierig dargestellt. Die hohen Löhne und Renten seien verantwortlich für die Pleite des Stromunternehmens. Für Antonio Almazen ist das ein Skandal: „Wir haben keine überhöhten Löhne bekommen. Die Gewerkschaft hat uns ein würdiges Leben ermöglicht und das auch als Rentner."

Luz y Fuerza arbeitet seit der Entlassung von 44.000 Arbeiterinnen und Arbeitern nun mit Subunternehmern zusammen, die ungelernte und schlecht bezahlte Arbeitskräfte aus Mexiko und Mittelamerika beschäftigen.

Widerstand gegen Korporativismus und Neoliberalismus

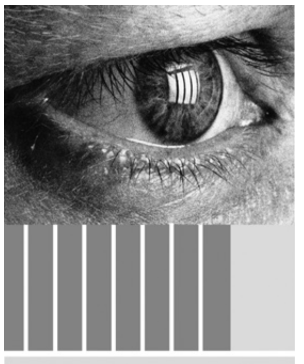
Die Geschichte der mexikanischen Gewerkschaften ist seit fast hundert Jahren von einem starken Korporativismus geprägt. Lange Zeit mussten Gewerkschaftsmitglieder auch in die Partei der institutionalisierten Revolution (PRI) eintreten, die Mexiko 70 Jahre lang regierte. Unabhängige Gewerkschaften waren hingegen immer die Ausnahme. „Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 begannen sich einige Gewerkschaften zu demokratisieren. In diesem Prozess spielte die SME eine wichtige Rolle", erklärt Dolores González Saravia, Direktorin des Menschenrechtszentrums Serapaz in Mexiko Stadt, die besondere Stellung der Gewerkschaft. Insbesondere in der Debatte um Privatisierungen im öffentlichen Sektor ist die SME seither diskursführend.


Bild: Julia Hoffmann
Mampf im Gewerkschaftshaus

Für Dolores González Saravia ist somit klar: „Die Schließung des Unternehmens ist als ein direkter Schlag gegen die SME zu werten." Im Gegensatz zu unternehmerfreundlichen Gewerkschaften habe die SME stets gute Verträge für ihre Mitglieder ausgehandelt und verfüge über einen sehr hohen Organisationsgrad im Unternehmen. Der neoliberalen Politik von Präsident Felipe Calderón stehe eine starke Gewerkschaft daher eher im Wege. Die Absicht der Regierung, die Energieversorgung des Landes in absehbarer Zeit zu privatisieren, sei ein offenes Geheimnis.

Julia Hoffmann

Anzeige



Zukunft Mensch

Damit ein Gefangener sein Leben nach der Haft ohne Straftaten führen kann, braucht er heute Hilfe. Bitte spenden Sie Menschen in Haft die »Direkte Aktion« zum Selbstkostenpreis von 5 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Kennwort: »DA« Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400 Telefon 030-6 11 21 89 Telefax 030-61 62 98 99 E-Mail: freiabos@bln.de www.freiabos.de

Foto: Martin Langer
Freiabonnements für Gefangene

Sind wir nicht alle ein bisschen Tabak?

Der Arbeitskampf einiger Tausend in der türkischen Tabakindustrie Beschäftigter weitet sich zu einem landesweiten Politikum aus – mit globalen Auswirkungen

Die Ausgangslage hätte für einen Streik kaum ungünstiger sein können: Nachdem bereits 2006 der Löwenanteil des türkischen Tabakmonopolunternehmens Tekel an British American Tobacco („Lucky Strike") veräußert wurde, beschloss die konservative Regierung Erdogan nun die Abwicklung des restlichen noch in staatlicher Hand befindlichen Bereichs. Betroffen sind knapp 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, denen eine vorübergehende Herabstufung in Kleinstlöhne und anschließende Entlassung in Aussicht gestellt werden. Anfang Dezember 2009 beschlossen sie zu streiken und errichteten in der Hauptstadt Ankara ein Zeltlager vor der Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is, wo man sich zunächst nur mäßig für ihr Anliegen interessierte.

Zähigkeit fordert Respekt

Wenn die Betriebsschließung beschlossene Sache ist, wiegt das ökonomische Druckmittel wenig in den Händen der Streikenden. Dass es der Protestbewegung gelungen ist, trotzdem mit Verve zu kämpfen, bezeugt die vielfältige und gesamtgesellschaftliche Dimension, die ein Streik annehmen kann, wenn er erfindungsreich, hartnäckig und gut organisiert durchgeführt wird.

Mit ihrem bald zur Zeltstadt angewachsenen Protestcamp weckten die Tekel-ArbeiterInnen nicht nur Medieninteresse, sondern landesweite Aufmerksamkeit weit über ihre Branche hinaus. Denn ihr Schicksal stellt keinen exotischen Sonderfall in einem ökonomischen Randbereich dar, sondern spiegelt die wirtschaftspolitische Entwicklung in der Türkei des letzten Jahrzehnts wieder, die von umfangreichen Privatisierungsmaßnahmen mit tiefgreifenden, sozialen Konsequenzen bestimmt ist. Der Umbau des kemalistischen Wirtschaftssystems, das auf staatlichem Monopol in zentralen Sektoren wie Energie und Infrastruktur fußte, und die Schaffung eines Niedriglohnsektors sind in vollem Gange. Der Streik bei Tekel trägt von daher Symbolcharakter. Nicht nur in der Türkei, auch im Ausland wird er zunehmend als Widerstand gegen Privatisierungspolitik und verschlechterte soziale Bedingungen wahrgenommen.

Von Woche zu Woche zeigten sich mehr und mehr Belegschaften solidarisch, eine Gewerkschaft nach der anderen erklärte ihre Unterstützung, und ein Ende ist noch nicht absehbar. 80.000 TeilnehmerInnen einer Demonstration für die streikenden TabakarbeiterInnen am 17. Januar in Ankara offenbarten eine überraschend starke Mobilisierungskraft.

Wir sind Tekel

Hinzu kommt die politische Dimension. Schnell wurde die kemalistische Opposition auf die Bewegung aufmerksam. Sie ist sichtlich bemüht, den Arbeitskampf von Tekel in ein politisches Votum der Straße gegen Erdogan umzudeuten. Wenn der Beistand von parteipolitischer Seite auch die Gefahr der Vereinnahmung birgt, so hat er doch mit dazu beigetragen, dem Protest weitere Schärfe zu verleihen.

Die Regierung reagiert bisher mit einem Wechselspiel aus Repressalien, Hinhalten und dem Signalisieren von Gesprächsbereitschaft. Gerade zu Beginn wurde gegen die Proteste mit Knüppeln und Tränengas vorgegangen, Demonstrationen verboten und der Streik für illegal erklärt. Zwischenzeitlich stellte sie dann ein gewisses Entgegenkommen in Aussicht, um nun wieder mit der Räumung der Zeltstadt zu drohen.

Umgekehrt formiert sich der Widerstand immer breiter. Scheiterte im Januar noch die Absicht, die wichtigsten Gewerkschaften für die Idee eines solidarischen Generalstreiks zu gewinnen, organisierten schließlich die sechs größten Dachverbände am 4. Februar einen türkeiweiten Streik mit überwältigender Beteiligung. In der jüngeren Geschichte hatte es keine derartig massive Streikbewegung mehr gegeben. Bemerkenswert ist, dass in der Öffentlichkeit über einen Generalstreik diskutiert wird.

Kräftemessen

Währenddessen verschärfen die Tekel-AktivistInnen ihre Gangart. Per Urabstimmung beschlossen sie die Fortsetzung der Proteste, bis wenigstens die Übernahme der Tekel-Beschäftigten in andere staatliche Betriebe zu unveränderten Konditionen garantiert wird. Seit dem 19. Januar befinden sich 130 KollegInnen sogar im Hungerstreik.

Mittlerweile stößt der Streik auf internationales Echo. Der weltweite Dachverband von Nahrungsmittelgewerkschaften IUF organisiert ebenso Spendenmittel wie die deutsche NGG. In Berlin und München haben sich Solidaritätskomitees gebildet, in beiden Städten wurden bereits Kundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung des Streiks bei Tekel abgehalten, weitere sind angekündigt.

Aber reicht das? In seiner politischen Dimension erinnert der Tekel-Widerstand an den britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85, wenngleich damals Hunderttausende Kumpel streikten. Doch auch damals ging es um totale Privatisierung und Sozialabbau, auch damals wurde der Streik zum Symbol eines breiten Protestes gegen die konservative Regierung und erlebte gewaltige internationale Solidarität. Und dennoch scheiterten die Bergleute und mit ihnen die ganze Arbeiterklasse – nicht nur in Großbritannien. Denn dort war es dabei geblieben, über den Generalstreik bloß zu diskutieren.

Matthias Seiffert

100 Jahre in den Archiven

Ein Interview mit dem Vorsitzenden der CNT-Stiftung

In diesem Jahr wird die spanische Confederación National de Trabajo (CNT-IAA) 100 Jahre alt. Die Organisation wird ihren dreistelligen Geburtstag, den CeNTenario, in den nächsten 12 Monaten mit Veranstaltungen, Partys, Konzerten, Ausstellungen und Vorträgen in ganz Spanien zelebrieren. Beteiligt an vielen dieser Aktivitäten ist die Stiftung der CNT, die Fundación Anselmo Lorenzo (FAL). Die Redaktion Globales der Direkten Aktion nahm den CNT-Geburtstag zum Anlass, ein Interview mit dem Vorsitzenden der Stiftung über die Aufgaben der FAL im Generellen und im Rahmen der Feierlichkeiten im Besonderen zu führen.
Manuel Vicent ist von Beruf Historiker und Archivar. Seit 1978 ist er in der CNT organisiert, heute im Allgemeinen Syndikat de la Plana in Castelló (Levante). Er ist ebenfalls Mitglied der Iberischen Anarchistischen Föderation (FAI) und hatte im Laufe der Jahre in beiden Organisationen verschiedene Ämter inne. Seit fünf Jahren ist er Vorsitzender der FAL.



Zunächst mal das Grundlegende, du bist der Vorsitzende der FAL, welche Funktion hat die FAL im Allgemeinen und was sind deine konkreten Aufgaben innerhalb der Stiftung?

Manuel: Die FAL gründet sich auf die Beschlüsse der CNT und es gibt einen Stiftungsrat, der dafür Sorge tragen muss, dass gegen diese Beschlüsse nicht verstoßen wird. Der Rat der FAL setzt sich aus dem Vorsitzenden und weiteren vier Vorstandsmitgliedern, inklusive dem vom Nationalkomitee delegierten Sekretär, zusammen. Er muss über die Dokumente der CNT wachen, vor allem über die historischen Dokumente, und sie schützen und erhalten. Der Stiftungsvorsitzende und der Delegierte des Nationalkomitees, die beide von der CNT gewählt werden, ernennen die vier Vorstandsmitglieder des Stiftungsrates im Konsens. Außerdem muss er die notwendigen Entscheidungen treffen, damit sowohl die Anfragen von Seiten der CNT-Syndikate als auch jene von öffentlichen und privaten Institutionen sowie Einzelpersonen bearbeitet werden, ob sie bestimmte Dokumente bekommen oder nicht, zu welchen Bedingungen, wenn Verträge abgeschlossen werden, wie das geschieht. Die Arbeit des Rates tragen wir alle gemeinsam. Jeder hat zwar praktisch seinen Aufgabenbereich, aber die Entscheidungen fällen wir gemeinsam, im Konsens. Der Vorsitzende wird auf zwei Jahre gewählt und kann nach den aktuellen Statuten zweimal wiedergewählt werden.

Die FAL bietet außerdem Stipendiatenstellen an, diese fallen ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des Vorsitzenden. Die Stipendien der FAL sind die einzigen vergüteten Aufgaben innerhalb der CNT. Man muss in der CNT aktiv sein, um ein Stipendium erhalten zu können. Auch um Präsident oder Mitglied des Rates der FAL zu werden, muss man CNT-Mitglied sein. Die Mitglieder der FAL müssen aber nicht der CNT angehören. Die Aufgabe des Mitgliedes ist es, unterstützend tätig zu sein, vor allem finanziell, damit die Stiftung funktionieren kann.

Mit welchen Institutionen arbeitet die FAL zusammen, wo gibt es Probleme in der Zusammenarbeit?

Manuel: Es gibt sehr viele Literaturvertriebe und andere Organisationen, die sich an die Stiftung wenden, um in ihren Beständen zu recherchieren. Aber wir haben keine kontinuierliche Verbindung zu irgendeiner Organisation. In Einzelfällen hatten wir Kontakt zu anderen gewerkschaftlichen oder politischen Stiftungen, vor allem was die Rückgabe des historischen Erbes an Dokumenten der CNT angeht, die in Salamanca aufbewahrt wird, nein, beschlagnahmt ist. Wir unterhalten Kontakte zu nahe stehenden Zeitschriften, wie der historischen Zeitschrift „Germinal", der FAI, was Dokumente betrifft, oder Fragen zu Filmen, weil viele Filme nicht nur der CNT gehören.

Mit dem Staat, dem Kulturministerium, haben wir wenig Kontakte. Wir haben von Anfang an danach gestrebt, dass die Stiftung eigenständig arbeiten kann. Ganz am Anfang, als die Stiftung keinen Groschen hatte, wurden ein paar Jahre lang Subventionen des Kulturministeriums in Anspruch genommen, um die Stiftung mit der notwendigen Infrastruktur ausstatten zu können. Das haben wir verworfen, weil es mehr geschadet als genutzt hat und weil uns klar war, dass wir jede Autonomie gegenüber dem Staatsapparat verlieren, wenn wir anfangen, von solchen Sachen abzuhängen. Du musst in ein Spiel einsteigen, das wirklich weder mit dem spanischen Syndikalismus noch mit dem Anarchismus zu tun hat. Die Stiftung soll sich also über die Gelder der CNT tragen und über die Beiträge und Spenden ihrer eigenen Mitglieder.

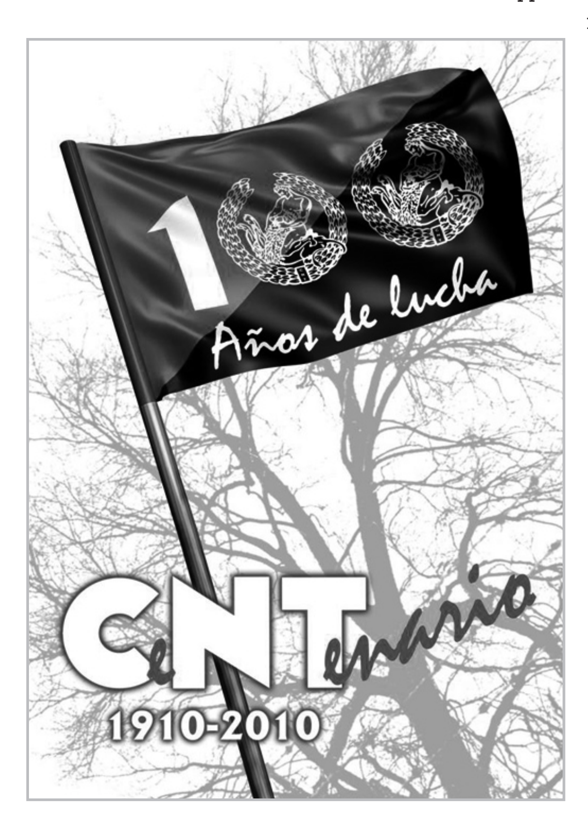
Große Teile des historischen CNT-Dokumente lagern immer noch im Archiv für Internationale Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam. Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen der CNT und dem IISG?

Manuel: Wir unterhalten als Stiftung keine direkten Beziehungen zum IISG. Den Kontakt hat immer die CNT als Organisation unterhalten, weil ihr die Archive gehören. Würde die CNT beschließen, sie nach Spanien zu holen, wären wir die Verwalter dieser Dokumente. Aber wir haben aktuell schon die Verantwortung für die Mikrofilme, die es von den Dokumenten gibt.

Das Ministerium hat uns bei verschiedenen Gelegenheiten bedrängt, die Archive nach Spanien zu holen. So gab es vor vier Jahren ein Gespräch mit dem Ministerium und dem Staatsarchiv. Sie wollten die Archive im Dokumentationszentrum des Historischen Gedächtnisses hinterlegen, das sie in Salamanca gegründet haben und wo sich auch viele andere Dokumente der CNT befinden. Das alles zu einem Zeitpunkt, in dem uns von seiten des Staates das historische Immobilienerbe noch nicht zurückerstattet worden war, das die CNT bis zum Ende des Bürgerkrieges besessen hatte. Die CNT bekräftigte ihre Forderung, dass alles, was uns gehört hat und sie jetzt in ihrer Macht haben, zurückgegeben werden soll. Von den Dokumenten bis zu den Immobilien und Konten, die am Kriegsende beschlagnahmt wurden. Vieles davon befindet sich noch immer in den Hände des Staates. Solange diese Abrechnung noch aussteht, werden wir nicht anfangen, mit dem Staat zu reden. Deshalb hat die CNT beschlossen, dass die Archive in Amsterdam bleiben, bis die CNT als Organisation denkt, dass sie nach Spanien kommen sollen. Sie waren dort immer gut aufgehoben.

Sind diese Dokumente in Amsterdam öffentlich zugänglich?

Manuel: Also, im Moment sind viele dieser Dokumente, die es in Amsterdam gibt, öffentlich zugänglich. Wer sie einsehen will, muss eben nur nach Amsterdam fahren. Die Mikrofilmkopien, die wir hier haben, erlauben es aber, dass jeder, der sie hier in Spanien einsehen will, zur FAL gehen kann. Es gibt ein Betrachtungsgerät für Mikrofilme, mit dem man von den Dokumenten, die man braucht, Kopien anfertigen kann. Es gibt aber auch eine ganze Reihe Dokumente, die nicht öffentlich zugänglich sind, weil die Organisation sie noch nicht für öffentlich erklärt hat. Aber das sind Sachen, die jünger als 40 Jahre sind. Folglich ist praktisch der gesamte Rest öffentlich zugänglich. Wir arbeiten gerade an dessen Katalogisierung und Inventarisierung. Solange der Bestand noch nicht vollständig katalogisiert und inventarisiert ist, ist es ziemlich schwierig, auf verschiedene Dokumente zuzugreifen, weil du zwar weißt, dass du sie hast, aber du weißt eben nicht genau wo.



Die FAL verwaltet ja nicht nur die alten Dokumente, sondern veröffentlicht nicht nur nebenbei auch regelmäßig eigene Bücher. Welche Kriterien gibt es dafür?

Manuel: Für uns ist es am wichtigsten, Bücher über die Geschichte des Anarchismus, des Syndikalismus und über anarchistische Theorie zu veröffentlichen. Das sind die Texte, die in der Stiftung Priorität haben. Wir machen auch literarische Veröffentlichungen, aber im Fall von Literatur bezahlt die Stiftung einen geringeren Anteil. Wir streben vor allem an, dass die Stiftung der Verbreitung der Ideen dient.

Welche Möglichkeiten haben SyndikalistInnen, die nicht in Spanien wohnen, die Infrastruktur der FAL zu nutzen?

Manuel: Unser Ziel war anfangs, dass die FAL für die Syndikate hier in Spanien arbeitet. Aber na ja, wir sind schon auch in anderen Richtungen offen. Die Beziehung zur IAA ist recht intensiv. Wir verwahren ihre Archive.

Syndikate der FAU könnten unter Umständen durch die Bildung einer „FAL-Delegation" partizipieren. Unsere Idee ist es, dass es in den Lokalen der CNT eine Außenstelle der Stiftung in Form der Delegationen gibt. Jeder Forscher, der in den Beständen der Stiftung suchen will, kann dies dann über die Syndikate tun. Im Fall der FAU könnte das genauso laufen. Wenn unsere Dokumente inventarisiert und katalogisiert sind und wir sie auf unserem Server haben und man sie einfach abfragen kann, könnte man auch in Deutschland ins Gewerkschaftslokal kommen und die Dokumente abfragen. Es wäre so, als wenn wir der Server dieser Dokumente wären und der Rest sie ebenso direkt zur Verfügung stellen würde, so dass die Leute nicht direkt nach Madrid kommen müssten. Man kann solche Sachen dann über das Gewerkschaftslokal abwickeln. Es ist wichtig, dass die Stiftung nicht nur in Madrid präsent ist und die Beziehung zwischen ihr und den Syndikaten direkter wird.

Die CNT feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen. Welche Rolle spielt die FAL im Rahmen der Feierlichkeiten?

Manuel: Die Stiftung arbeitet als eine Gruppe unter vielen in der CeNTenario-Kommission der CNT mit. Es gibt GenossInnen, die es gerne gesehen hätten, wenn der gesamte CeNTenario von der FAL koordiniert worden wäre, aber die Entscheidung der CNT war es in diesem Fall, eine Kommission zu gründen, in der die FAL mitarbeitet. Die Stiftung hat momentan einen Delegierten in der Kommission, der sich vor allem um all das kümmert, was die Stiftung organisieren und vorantreiben muss. Hauptsächlich koordinieren wir die Ausstellungen im Rahmen des CeNTenario, da es sich um historische und dokumentarische Ausstellungen handelt. Außerdem wurde von uns auch ein Comicbuch zum CeNTenario veröffentlicht, über Durruti.

Wir beteiligen uns auch an der Veröffentlichung von „Hundert Jahre, hundert Fotos". In diesem Buch werden hundert Fotografien aus der Geschichte der CNT, mit Kommentaren von hundert Personen zu finden sein.

Welche Aktivitäten werden im Lokal der FAL in Madrid statt finden?

Manuel: Unser Stiftungslokal in Madrid ist momentan geschlossen, weil wir renovieren müssen. Das, was im Moment im Lokal ist, wird danach auf mehrere Räume verteilt. Wir haben dann eine Bibliothek auf zwei Etagen mit einer Galerie. Es wird einen Multifunktionssaal geben, der für Ausstellungen, Konferenzen und Veranstaltungen genutzt werden kann. Und dann natürlich der wichtigste Teil der Stiftung neben der Bibliothek: das Dokumentenmagazin. Denn auch wenn wir eine Reihe anderer Aktivitäten entfalten können, ist und bleibt das das Wichtigste. Wenn diese Bauarbeiten innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen sind, ist eine ganze Veranstaltungsreihe im Rahmen des CeNTenario angedacht.

Zuletzt: Welches der Bücher, die die FAL veröffentlicht hat, sollte deiner Meinung nach auch in Deutschland heraus gegeben werden?

Manuel: Im letzten Jahr haben wir ein Buch herausgegeben, das „Soziologie und Anarchismus" heißt. Es ist ein wichtiges Buch, weil es ein Werk ist, das aus dem akademischen Bereich kommt und folglich in solchen Kreisen Anerkennung finden könnte. Für uns ist es wichtig, dass man anfängt, den Anarchismus in akademischen Kreisen zu akzeptieren. Dort spricht man wirklich wenig über den Anarchismus. Weder im Fachbereich Geschichte noch irgendwo anders. Ich hatte meine Erfahrungen an der Uni hier in Castelló gemacht, als ich dort gelehrt habe. Es ist es ein Tabu, in diesem Land über die anarchistische Bewegung zu sprechen, weil es eine Bewegung war, die traditionell immer viel Zuspruch und Rückhalt in der spanischen Bevölkerung gefunden hat. Sie haben Angst, dass sie wieder unter den Leuten Fuß fasst. Dieses Buch finde ich deshalb wichtig.

Vielen Dank für das Interview.

Interview: Florian Wagener
Übersetzung: Daniel Colm

Selbsterforscht

Seit 2008 organisieren sich CNT-nahe WissenschaftlerInnen aus ganz Spanien und Lateinamerika im Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstverwaltung (Spanisch: *Instituto de Ciencias Económicas y de la Autogestión/ICEA*). Das Institut ist kein Teil der CNT-Struktur, positioniert sich aber theoretisch und praktisch an deren Seite. Die dort organisierten HistorikerInnen, JuristInnen, PhilosophInnen, PsychologInnen, ÖkonomInnen, SoziologInnen und PolitologInnen haben es sich zur Aufgabe gemacht, libertäre Kollektive und CNT-Syndikate in ihren jeweiligen Fachgebieten zu schulen und generell das Studium der auf Arbeiterselbstverwaltung basierenden Alternativen zum Kapitalismus zu vertiefen. In diesem Zusammenhang organisiert ICEA auch Veranstaltungen und Kongresse. So wird zum Beispiel an den Wochenenden des April 2010 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Alternativen zum Kapitalismus: Zur Debatte der Selbstverwaltung" im Rahmen des CeNTenario statt finden. (FW)



Das Programm der Veranstaltungsreihe (auch auf Deutsch): http://www.autogestion2010.info/
ICEA: http://iceautogestion.org/

Anzeige



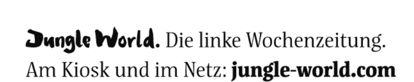
ANARCHISMUS 2.0 Bestandsaufnahme und Ausblick · Eine anarchafeministische Bewegung ist nötig · Sozial bewegte Reise in den Osten: Eine @ndere »Wende«-Geschichte · Die Aufgabe der »Kultur« im neoanarchistischen Verständnis · Thesen zum Anarchismus · Das Projekt A in Neustadt an der Weinstraße · Internet: Die Netze denen, die drin wohnen! **ANTIFA** »Dresden Nazifrei!« – Bündnis fordert Staatsanwaltschaft heraus **ARGENTINIEN** Eine Obdachlosen-Kooperative in Buenos Aires: »Traum-RecyclerInnen« **URANBERGBAU** Portugal: Stadt verzichtet auf Uran-Millionen – Kein Uranbergbau im Alentejo **PERMAKULTUR** Hoffnung für Kleinbauern am Kilimanjaro **FEMINISMUS** Schweiz: Feministische Arbeitshefte zur Politik – »Olympe«: Das Essen kocht sich nicht selbst **GENO** »You never eat alone« – Dörfliches Genossenschaftshaus fördert Gemeinschaftsgefühl **ANTIZIGANISMUS** Theresa Winterstein und die Verfolgung einer Würzburger Sinti-Familie: Dieselben Augen, dieselbe Seele **KINDERARBEIT** Kinder arbeiten – so oder so **u.v.m.**

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
Probelesen: www.contraste.org

Kritik organisieren.



Die linke Wochenzeitung.
Am Kiosk und im Netz: **jungle-world.com**



Anzeige

(Noch) keine Haft für FAU-Sekretäre

Ein erster Versuch der Babylon-Bosse, die FAU Berlin handlungsunfähig zu machen, ist gescheitert. Eine Woche nach Bestätigung der Skandal-Verfügung Anfang Januar hatte die Kino-Leitung bei Gericht ein „empfindliches Ordnungsgeld [bis zu 250.000 Euro] oder ersatzweise Ordnungshaft [bis zu 6 Monaten]" für die Sekretäre beantragt, weil sie dagegen verstoßen habe. Dies lehnte das Berliner Landgericht Ende Februar ab. Die FAU-Gegner stellten zeitgleich einen erneuten Antrag und fordern nun ein noch höheres Strafmaß. Begründung: Das Wort „Gewerkschaft" müsse auch aus der Satzung gestrichen werden. FAU-Sekretäre sind somit weiterhin von Haft bedroht, nur weil sie es wagen würden, irgendwie mit dem Wort „Gewerkschaft" zu hantieren.

Déjà-vu im Arbeitskampf



Multitasking – ein großes Schlagwort der flexibilisierten Arbeitswelt. Die Bosse selbst scheinen dazu nicht in der Lage. Sobald sie es mit mehr als einer Gewerkschaft zu tun haben, rennen sie vor Gericht. Wie 2007 die Deutsche Bahn (im Falle der GDL), so 2010 die Lufthansa. Am 22.2. traten 4.000 der 4.500 Hanse-Piloten in den Streik, v.a. um dem Lohndumping durch Tochtergesellschaften zu begegnen. Besonders interessant und ungewöhnlich: die Forderung, den deutschen Konzerntarif auch auf die Lufthansa-Strukturen im Ausland auszuweiten, womit nationale Tarifschranken durchbrochen würden.

Aufgerufen hatte die Pilotenvereinigung Cockpit (VC), und die fand sich noch am selben Tag vor dem Arbeitsgericht wieder. Lufthansa klagte auf „Unverhältnismäßigkeit" des Streiks und zielte auf eine Einstweilige Verfügung. Dazu kam es nicht. Beide Parteien einigten sich auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen, der Streik wurde vorzeitig abgebrochen. Anfang März werden wir sehen wie es weitergeht. Pikant: mit den Flugbegleitern (UFO) und dem Bodenpersonal (ver.di) drohen indessen zwei weitere Gewerkschaften mit Streik. Der Schein der Einigung sollte aber nicht trügen: Die Zustimmung zum Vergleich seitens VC dürfte erfolgt sein, weil die Richterin sicherlich klargestellt hat, zu welchen Ungunsten ein Richterspruch ausschlagen würde. Und bei festgestellter Unverhältnismäßigkeit droht der VC eine Schadensersatzklage in Millionenhöhe. Einstweilige Verfügungen sind offensichtlich ein effektives Mittel der Unternehmer. Babylon lässt grüßen. (HM)




Demonstration für die Verteidigung der Gewerkschaftsfreiheit am 20. Februar 2010 in Berlin

Ein Dorn im Auge

Unerwünscht, aber hartnäckig: FAU Berlin mitten im Kampf für Gewerkschaftsfreiheit

„Eine kleine schlagkräftige Gewerkschaft ist vom deutschen Gesetzgeber nicht gewünscht." Deutlicher konnte die Aussage des Richters nicht sein, als am 16. Februar vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg erneut darüber verhandelt wurde, ob der FAU Berlin der Boykott als Arbeitskampfmittel im Konflikt mit dem Berliner Kino Babylon Mitte verboten bleibt. Was vor einem Jahr als Auseinandersetzung um Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen begann, hat sich mittlerweile zu einem handfesten Streit um die Gewerkschaftsfreiheit ausgewachsen.

Deutscher Sonderweg

Dies mag manche verwundern, da theoretisch jeder in diesem Land das Recht hat, sich frei und unbehindert gewerkschaftlich zu organisieren. Dies beinhaltet logischerweise auch die Bildung von Gewerkschaften. So sehen es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 23) und deren direkte Übersetzung im Grundgesetz (Art. 9) ebenso vor wie die für Deutschland verbindliche Europäische Sozialcharta und nicht zuletzt die auch von der BRD unterzeichneten ILO-Konventionen. Wenn, ja wenn nicht gerade diese BRD eine Meisterin darin wäre, sich zu jedem Grundrecht auch einen Weg geschaffen zu haben, dieses wieder auszuhebeln.

Laut Grundgesetz darf der Staat einige Rechte und Grundrechte per Gesetz einschränken: Zum Beispiel findet das Recht auf freie Meinungsäußerung seine Schranke im Schutz des Persönlichkeitsrechts; und das Recht auf den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb setzt eine Vertrauenswürdigkeit der Person voraus. So weit so gut.

Nun wurde der FAU Berlin allerdings auferlegt, sie müsse zunächst erstmal ihre Tariffähigkeit feststellen lassen, um sich so ihre Eintrittskarte in die deutsche Gewerkschaftslandschaft zu erklagen, bevor sie in einen Arbeitskampf um einen Haustarifvertrag trete. Ein Prozess, der sich lange zieht und gerade im Zuge eines bereits laufenden Konfliktes eben diesem leicht das Genick bricht. Das Verbot des Boykotts der FAU Berlin aufgrund nicht geklärter Tariffähigkeit wurde seinerzeit vom Arbeitsgericht damit begründet, Rechtssicherheit für den Arbeitgeber zu garantieren. Dieser Auffassung folgte auch das Landesarbeitsgericht – mit dem Verweis, die FAU Berlin sei nun gehalten, sich um ihre Rechtssicherheit mittels Feststellungsverfahren selbst zu kümmern.

Hier wird es nun interessant: Denn ein Grundrecht ist eben nicht erst einzuklagen, um in seinen Genuss zu kommen. Noch nie hat man wohl von einer frisch gebackenen Journalistin gehört, die sich vor Einreichen des ersten Artikels erst einmal die Pressefreiheit einklagen musste. Selbst das nachrangige Recht auf „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb" mussten sich die Herren Grossman und Hackel vor Eröffnung des Babylon Mitte wohl kaum erst vor Gericht erstreiten. Worum es in den FAU-Verfahren geht, ist also etwas anderes: nämlich um den Kern der bundesdeutschen Rechtslage in puncto Gewerkschaften und *deren* Rechtssicherheit.

Gegen den Trend

So ist in Deutschland der relativ große Freiraum, den das Gesetz der Regelung von Arbeitsbeziehungen theoretisch lässt, zu guten Teilen nicht weiteren gesetzlichen Regelungen unterworfen, sondern einem seit den 1950ern etablierten Richterrecht. Man muss nicht in den 50ern geboren sein, um sich denken zu können, welch Geistes Kind diese Einschränkungen sind. Zudem hat sich in ähnlicher Weise die Regierung Kohl in den 1980ern dagegen gestemmt, europäische Standards in deutsches Recht aufzunehmen. Dass sich an dieser Frage im Verfahren zu einer einstweiligen Verfügung kein Richter die Finger verbrennen möchte, ist klar, verfassungsrechtlich aber bedenklich. Denn so wird auf Kosten der abhängig Beschäftigten, die sich mit einer gänzlich veränderten Arbeitswelt konfrontiert sehen, die Frage nach *ihrem* Recht auf selbstbestimmte Organisierung wie eine heiße Kartoffel munter von einer Instanz zur nächsten geworfen.

Und dabei geht es nicht nur um die grundsätzliche Frage, dass es eigentlich allein Angelegenheit der Beschäftigten selbst ist, wie und wo sie sich organisieren. Vielmehr wird hier verzweifelt versucht, an einem überkommenen Modell der Regelung von Arbeitsbeziehungen festzuhalten. Denn gerade angesichts der zunehmenden Tarifflucht der Arbeitgeber in der Fläche, und angesichts zunehmender Handlungsunfähigkeit der Zentralgewerkschaften durch die z.T. gewollte Passivität der Basis, bleibt den abhängig Beschäftigten eigentlich keine andere Wahl, als sich ihrer eigenen Deklassierung vor Ort und im zähen Kampf von Betrieb zu Betrieb entgegenzustellen. Und hier zieht gerade das häufig vorgebrachte Argument nicht, eine Liberalisierung der Rechtsprechung öffne gerade den sog. „gelben" Gewerkschaften Tür und Tor. Dies zeigt sich nicht nur in den Erfolgen der Basisgewerkschaften in Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien. Sondern selbst neo-konservative Theoretiker, die wohl kaum anarchosyndikalistischer Sympathien verdächtig sind, sehen in gewerkschaftlichen Zentralapparaten mit streng vertikalem Aufbau den Garant für niedrige Forderungen der Belegschaften (siehe hierzu den Hintergrund auf S. [12-13]).

In der Geschichte der Bundesrepublik wird überaus deutlich, dass der Gesetzgeber geradezu traditionell kein Interesse an schlagkräftigen Gewerkschaften hat, seien sie nun groß oder klein. Seit einigen Jahren, im Zuge des selbstbewussteren Auftretens der Spartengewerkschaften, werden nun sogar, etwa in FDP-Kreisen, weitergehende Überlegungen zur weiteren Einschränkung des bereits kümmerlichen Streikrechts angestellt. Gerade deshalb ist jetzt eine breite Mobilisierung für die Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland sinnvoll. Nicht nur für die FAU.

Lars Röhm

„Denen muss in den Arsch getreten werden!"

FAU Berlin erhält Unterstützung von Solidaritätskomitee

„Hier ist etwas passiert, das eine Gefahr bedeutet für die gesamte Vertretungsstruktur in Deutschland. Und kleiner sollten wir es auch nicht halten," forderte die Potsdamer Historikerin Renate Hürtgen die ZuhörerInnen in der Volksbühne energisch auf. Zusammen mit Juristen, Gewerkschaftern, BürgerrechtlerInnen und SozialwissenschaftlerInnen diskutierte die FAU Berlin am 30. Januar auf einer Podiumsveranstaltung mit dem Titel „Neue Formen von Arbeit und kollektiver Organisierung".

Das vorangegangene De-facto-Gewerkschaftsverbot gegen die FAU Berlin durch das Berliner Landgericht gab dabei genügend Anlass zur Sorge. Die PodiumsteilnehmerInnen stellten heraus, dass sich die Gewerkschaften dem Wandel der Arbeitswelt anpassen müssten und daher zwangsläufig mehr Basisorientierung brauchten. Dass genau diese Eigenschaft der FAU Berlin nun zum Verhängnis wurde, bezeichnete der Politologe Jochen Gester als „einen gerichtlichen Versuch, das Koalitionsrecht nicht zu schützen, sondern es zu verhöhnen."

Aber welche gemeinsamen Strategien lassen sich entwickeln? Gibt es überhaupt ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung der Gewerkschaftsfreiheit? Oder wird diese in Zeiten der Krise eher als Gefahr wahrgenommen? Am Ende der Veranstaltung war jedenfalls klar, dass es den Wunsch nach einer konkreten Zusammenarbeit gibt – das gemeinsame Interesse überwog die Differenzen.

Gut zwei Wochen darauf gründete sich das „Solidaritätskomitee für gewerkschaftliche Freiheit". Das Komitee verfasste einen Appell „Für die Verteidigung des Koalitionsrechts – Aufhebung des Verbots gewerkschaftlicher Betätigung für die FAU Berlin", mit Erstunterzeichnungen von 45 aktiven GewerkschafterInnen und Betriebsräten, z.T. aus namhaften deutschen Großbetrieben sowie von BürgerrechtlerInnen, u.a. aus der ehemaligen DDR.

Innerhalb einer Woche unterschrieben über 200 Einzelpersonen aus ganz Deutschland den Appell, darunter auch die gekündigte Berliner Kassiererin Emmely und der emeritierte Professor und Gewerkschaftsexperte Bodo Zeuner. Weitere Unterstützung aus dem europäischen Ausland ist bereits angekündigt.

Die Unterzeichnenden setzen sich für das Recht ein, sich in Gewerkschaften eigener Wahl zusammenschließen und betätigen zu können. „Die aktuelle Arbeitsrechtsprechung erweist sich immer mehr als Versuch, dieses grundlegende Recht einzuschränken, seine Ausübung zu erschweren und letztlich zu vereiteln", heißt es in dem Appell.

Julia Hoffmann

Der Appell findet sich in voller Länge auf: http://labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/fau.html
Kontakt zum Komitee: koalitionsfreiheit@googlegroups.com



29. Januar: Mitglieder der IWW Philadelphia protestierten mit einem Picket vor dem deutschen Konsulat gegen das de facto-Gewerkschaftsverbot. Dem Botschafter wurde eine Protestnote übergeben.



Stockholm, 4. Januar: Kundgebung vor der deutschen Botschaft



Wien, 29. Januar: Ein Dutzend Mitglieder der Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) protestierte vor der deutschen Botschaft gegen das de facto-Gewerkschaftsverbot.



Paris, 11. Februar: Einige Dutzend Mitglieder der CNT-F protestierten vor der deutschen Botschaft mit einer Kundgebung und einem Livekonzert von Fred Alpi



Dhaka (Bangladesh), 30. Januar: Die TextilarbeiterInnengewerkschaft National Garment Workers Federation hielt in einem ihrer zentralen Büros eine Protestversammlung ab.



Zaragoza, 29. Januar: Mitglieder der CNT veranstalteten vor dem deutschen Konsulat eine Solikundgebung für die FAU Berlin.



Lissabon, 14. Februar: Die portugiesische AIT-SP protestierte in der Innenstadt gegen das de facto-Gewerkschaftsverbot.


Madrid, 30. Januar: Kundgebung der CNT Madrid vor der deutschen Botschaft mit rund 50 TeilnehmerInnen. Neben der CNT Madrid nahmen auch Delegierte eines an diesem Tag stattfindenden landesweiten CNT-Plenums teil.

Andere Länder, andere Sitten

Gewerkschaftsfreiheit im europäischen Vergleich



Plakat der Göteborger SAC zum de facto-Gewerkschaftsverbot

Während sich die deutschen Gerichte in Berlin weiterhin weigern, die FAU Berlin als Gewerkschaft anzuerkennen, herrschen in anderen EU-Staaten andere Bedingungen, die viel eher die Möglichkeit der Gründung von selbstorganisierten oder minoritären Gewerkschaften erlauben und ihnen viel weitergehende Betätigung erlauben. Anlässlich der Berliner Urteile dokumentieren wir an dieser Stelle die Rahmenbedingungen für den Aufbau von Gewerkschaften in Frankreich, Italien, Polen und Spanien.

Frankreich

In Frankreich können Gewerkschaften einfach gegründet werden – es genügt, die Satzung und die Namen der Vertreter bei der zuständigen Stelle zu hinterlegen. So gibt es eine Vielzahl von Richtungs-, darunter auch Basisgewerkschaften (CNT, SUD, etc.).

Einen Haken aber hat's: die Repräsentativität. Gewerkschaften können nur auf den Ebenen Kollektivverträge abschließen, wo sie auch „repräsentativ" sind. Und hier greifen die Bosse neu gegründete Syndikate an; juristisch oft erfolglos, ist ein solches Verfahren dennoch kraftraubend. Aber um legal zu streiken, müssen sich nur zwei KollegInnen zusammentun, das geht auch ohne Gewerkschaft. Ob so auch das nötige Kräfteverhältnis aufgebaut wird, sei dahingestellt.

Einen Sonderfall bildet der Öffentliche Dienst, die Gewerkschaftsbastion schlechthin. Hier gilt u.a., dass nur die „repräsentativen" das Recht haben, zum Streik aufzurufen – das müssen sie seit 2008 fünf Tage vor Beginn des Streiks tun. Während dieser Karenz sind Verhandlungen zu führen.

(AE)

Italien

Derzeit ist es in Italien noch ein grundgesetzlich verankertes Recht, Gewerkschaften zu gründen. Nach Artikel 39 der italienischen Verfassung darf an die Gründung einer Gewerkschaft keine andere Bedingung gestellt werden als die offizielle Registrierung. Dazu genügt es – ähnlich wie im deutschen Vereinsrecht, Gründungsakte und Statut bei einem Notar zu hinterlegen. An die weitere Form einer Gewerkschaft dürfen keine weiteren Anforderungen gestellt werden. Sprich: Eine Gewerkschaft kann im Prinzip jeder gründen, egal wie minoritär und/oder klein diese Gewerkschaft letztlich sein wird.

Bei den unterschiedlichen Tarifverträgen sieht es allerdings schon etwas komplizierter aus: Solche können auf nationaler (für die Branche), lokaler oder Betriebsebene ausgehandelt werden. Die heute wichtigste Form ist dabei der Branchentarif auf nationaler Ebene. Dieser wird – oftmals unter Vermittlung des Staates – zwischen den Arbeitgeberverbänden einer Branche und den entsprechenden Branchengewerkschaften ausgehandelt. Auf betrieblicher Ebene ist auch der einzelne Arbeitgeber tariffähig und kann mit im Betrieb vertretenen Gewerkschaften oder aber nicht gewerkschaftlich organisierten Koalitionen von Arbeitnehmern Haustarifverträge aushandeln.

Ähnlich wie in Deutschland haben Tarifverträge in Italien Gesetzesrang. Auf betrieblicher Ebene wird die Repräsentativität – das heißt die Möglichkeit zu verhandeln – über die so genannten Rappresentanze Sindacali Unitarie (RSU) als Gremium der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften geregelt. Um diese Repräsentativität zu erlangen, gilt derzeit eine Hürde von 5% der Abteilung im Betrieb.

Grundsätzlich ist es in Italien immer möglich gewesen, eigenständige Gewerkschaften aufzubauen, auch wenn der historische Block der Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL, die ihrerseits jeweils die großen Parteien (Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten) repräsentieren, nicht viel Platz ließen. In den Siebzigern kam es zu einer langsamen Aufweichung dieses Blockes, z.T. durch korporatistische Gewerkschaftsorganisationen. Diese Tendenz sollte sich erst Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre ändern, als durch die Entstehung der COBAS neben der USI erstmals wirklich kämpferische Basisstrukturen entstanden.

Die Italienische Rechtssprechung verschärft sich derzeit jedoch verstärkt zu Ungunsten der Basisgewerkschaften. Und mit Auslaufen des landesweiten Branchentarifs der MetallarbeiterInnen könnte es das erste mal dazu kommen, dass Regierung , Arbeitgeber und Gewerkschaften (ohne Beteiligung der Metallgewerkschaft CGIL) einen landesweiten Branchentarifvertrag aushandeln, der nur noch eine Minderheit der Beschäftigten repräsentiert. Auch soll in Zukunft das aus dem Faschismus übernommene Prinzip wieder eingeführt werden, nachdem in einem Unternehmen, wenn dies sich in der Krise befindet, geltende Tarifverträge unterlaufen werden können.

(LR)

Polen

In Polen ist das Recht auf die Führung von Streiks und anderen Arbeitskämpfen wie in der BRD auf Gewerkschaften beschränkt. Aktuell gibt es in Polen etwa 200 landesweit tätige Gewerkschaften, darunter die beiden anarchosyndikalistischen Gewerkschaften IP und ZSP. Andere sind den drei großen Verbänden Solidarnosc, OPZZ und FZZ angeschlossen, denen etwa drei Viertel aller polnischen Gewerkschaftsmitglieder angehören. Daneben gibt es weitere Organisationen, die teilweise auf einzelne Betriebe beschränkt sind.

Um eine neue Gewerkschaft zu gründen, gründet man entweder eine ganz neue Organisation oder eine Betriebskommission einer bestehenden Gewerkschaft. Im ersten Fall müssen mindestens 10 Leute gemeinsam eine Satzung beschließen, einen Vorstand wählen und die Gewerkschaft bei Gericht registrieren. Im zweiten Fall müssen sich mindestens 10 Leute aus einem Betrieb zusammentun und einer Gewerkschaft beitreten. Seit 2004 können auch 10 Leute aus verschiedenen Betrieben eine überbetriebliche Kommission gründen, die dann in Betrieben, wo mindestens eines ihrer Mitglieder arbeitet, gewerkschaftlich tätig werden darf. Je nach Anzahl ihrer Mitglieder im Betrieb kann eine Gewerkschaft eine Zahl von Mitgliedern benennen, die Kündigungsschutz genießen. Wenn sie nicht „repräsentativ" ist, d.h. wenn ihr nicht mindestens 10% der Belegschaft im Betrieb angehören oder sie in der trilateralen Kommission von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften sitzt (d.h. einem der drei großen Verbände angehört), ist der Kündigungsschutz allerdings auf ein einziges Mitglied beschränkt.

(JP)

Spanien

In Spanien wird die Gewerkschaftsfreiheit von der Verfassung garantiert und untergeordnete Gesetze, vor allem durch das LOLS (Grundgesetz der Gewerkschaftsfreiheit) spezifiziert. Laut dem LOLS bedarf es zur Gründung einer Gewerkschaft lediglich des Einreichens der Statuten, die bestimmte formale Standards erfüllen müssen. Nach Prüfung der Statuten erhält die Gewerkschaft die Anerkennung. Das Gesetz garantiert außerdem, dass weder die Unternehmen noch ihre Betriebsräte die Bildung einer Betriebsgruppe verhindern können. So schützt es die Gewerkschaftsdelegierten vor Sanktionen. Diejenigen Gewerkschaften, die wie die anarchosyndikalistische CNT die Mitarbeit in Betriebsräten ablehnen, berufen sich auf dieses Gesetz. Nichtsdestotrotz nutzen die Unternehmer jeden Vorwand, der sich ihnen bietet, um Gewerkschaftsdelegierte zu feuern. Deshalb sollten alle gewerkschaftlichen Aktionen dokumentiert werden, um im Fall der Kündigung nachweisen zu können, dass die Kündigung eine rein repressive Maßnahme war.

Praktisch alle Gewerkschaften in Spanien gründen ihre Aktivität in Betrieben auf die Betriebsratswahlen. Stellt eine Gewerkschaft bei allen Betriebsratswahlen auf nationaler Ebene über 10% der Delegierten, gilt sie dort als repräsentativ. Mit diesem Status sind beachtliche wirtschaftliche Subventionen durch den Staat und das Recht auf landesweite Kollektivverhandlungen verbunden. Die in diesem Sinne repräsentativen Gewerkschaften sind die kommunistische CCOO und die sozialdemokratische UGT, die als Transmissionsriemen der jeweiligen Parteien fungierten. Diese Gewerkschaften erhalten neben anderen wirtschaftlichen Hilfen hohe Bildungszuschüsse, um Weiterbildungen für Erwerbslose zu organisieren.

In Spanien erhalten, von wenigen Ausnahmen wie der CNT oder der SAT abgesehen, alle Gewerkschaften Subventionen.

(HO)

British Airways versucht, Streik zu verhindern

In Großbritannien versucht die Britisch Airways (BA), einen Streik des Kabinenpersonals gerichtlich verbieten zu lassen. Nachdem das Unternehmen unter anderem beschlossen hatte, die Einstiegslöhne zu senken, Gehälter für zwei Jahre einzufrieren, den Arbeitsdruck zu erhöhen und die Belegschaft zu verkleinern, führte die Gewerkschaft Unite eine Urabstimmung über den Streik durch, in der sich bei 80% Beteiligung 90% für die Arbeitsniederlegung aussprachen. Der Konzern zog dagegen vor Gericht und erreichte die Verhinderung des Streiks durch Anfechtung der Urabstimmung. Nach dem Urteil veränderte BA erneut einseitig die Arbeitsbedingungen und verstieß so gegen die Arbeitsverträge und Vereinbarungen. Gleichzeitig werden ArbeiterInnen Gespräche mit der Presse über die Einzelheiten untersagt. Nachdem die Gewerkschaft dagegen erfolgreich vor Gericht gezogen war und eine neue Urabstimmung ankündigte, erklärte die Fluggesellschaft, den Betrieb mit dem massiven Einsatz von Streikbrechern zu gewährleisten. Unite hat deshalb die Pilotengewerkschaft aufgefordert, Flüge, die von Streikbrechercrews betreut werden, zu verweigern. Die erneute Urabstimmung am 22.2.2010 ergab wieder eine breite Zustimmung von 79% für den Streik. Wann der Arbeitskampf statt finden wird, steht noch nicht fest. (DD/DC)



Athen, 29. Januar: Rund 60 Menschen protestierten vor der deutschen Botschaft gegen das de facto-Gewerkschaftsverbot. Im Umfeld der Kundgebung standen zahlreiche Sondereinsatzkräfte der Polizei bereit.



Barcelona, 29. Januar: Mehr als 50 Menschen folgten dem Aufruf der CNT Barcelona und versammelten sich vor dem deutschen Konsulat, um Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland zu fordern.



Göteborg, 30. Januar: Im Rahmen des Göteborger Filmfestivals protestierten Mitglieder der SAC mit einer Kundgebung und Flyeraktionen gegen das de facto-Gewerkschaftsverbot der FAU Berlin.


Kiew, 30. Januar: Mitglieder der Gewerkschaft Pryama diya (Direkte Aktion) veranstalteten vor der deutschen Botschaft eine Kundgebung.

Union Dynamite

Ohne Kontrollverluste keine starke Gewerkschaftsbewegung. Zum Mythos der zentralen Einheitsgewerkschaft

Viele BeobachterInnen der FAU scheinen zwischen den Stühlen zu sitzen. Dass eine gewisse Hemmschwelle existiert, sich mit der von einem faktischen Gewerkschaftsverbot betroffenen FAU Berlin zu solidarisieren, dürfte einigen nicht entgangen sein. Wird einerseits das konkrete Anliegen der FAU Berlin und ihrer Betriebsgruppe im Kino Babylon Mitte anerkannt, so wird andererseits das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verteidigt. Ein Erfolg der FAU Berlin würde entweder auf juristischer Ebene den gelben Gewerkschaften Tür und Tor öffnen oder aber die Spaltung der organisierten Arbeiterschaft vorantreiben, lässt sich immer wieder z.B. von GewerkschafterInnen und VertreterInnen der Linkspartei vernehmen.

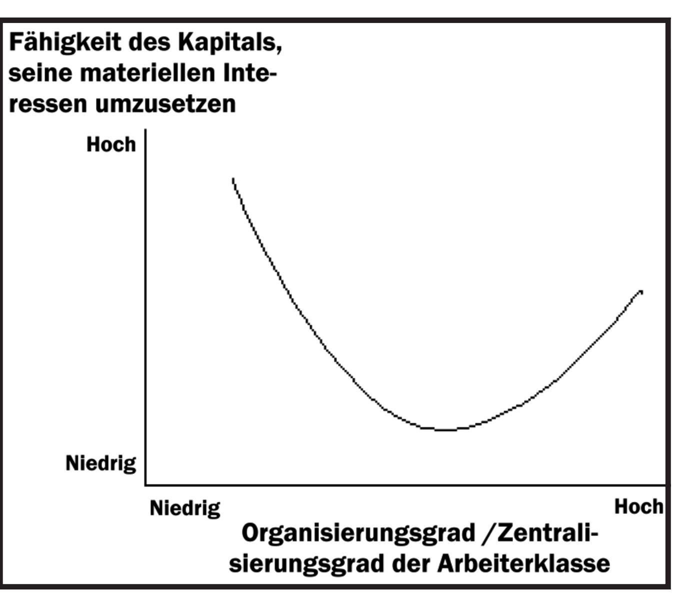
Höchste Zeit also, ein paar Dinge klarzustellen: Selbstredend ist die FAU keine gelbe Gewerkschaft, ebenso wenig ist sie eine Richtungs-[1] oder Spartengewerkschaft. Auch der Syndikalismus strebt gewissermaßen eine Einheit der Arbeiterklasse an, auch wenn er heute aus einer Position der Marginalität agiert. In der Differenz zu den etablierten Gewerkschaften geht es grundlegend um die Form der Organisation, ihre Methoden, aber auch ihre Ziele. Auf den Vorwurf, die FAU sei juristischer Wegbereiter der Gelben, muss hier nicht groß eingegangen werden. Das dezentrale Repräsentationsmodell der Selbstorganisation lässt sich in keiner Weise mit dem zentralistischen Stellvertretungsprinzip des DGB aber auch der Christlichen vergleichen. Letzteres aber bildet die Grundlage der momentanen Rechtsprechung, in die die FAU gar nicht einzuordnen ist.[2] Im durch Zähigkeit herbeigeführten Falle, die FAU Berlin käme zur juristischen Anerkennung als tariffähige Gewerkschaft, müssten ohnehin neue Denkstrukturen etabliert und andere Kriterien der Gerichte entwickelt werden, in denen dem syndikalistischen Modell ein Alleinstellungsmerkmal zugerechnet wird, das im Kontrast zu *allen* etablierten Gewerkschaften steht.

Der Trugschluss der Einheit

Der Vorwurf der Aufspaltung verdient es, ernster genommen werden, zumal er historisch-emotional stark aufgeladen scheint. Immer wieder wird ins Feld geführt, die Einheitsgewerkschaft sei eine Konsequenz aus der Erfahrung mit dem Faschismus. Es ist wahr, dass viele GewerkschafterInnen im Nachkriegsdeutschland (angefangen bei den Buchenwald-Überlebenden), die Einheitsgewerkschaft in diesem Sinne vorantrieben. Allerdings ist die dahinterliegende Grundannahme, das Versagen der deutschen Arbeiterbewegung sei ein Resultat ihrer Zerstrittenheit gewesen, eben nur eine *Annahme*, die angezweifelt werden kann, ja muss. Vor allem scheint sie im Gewerkschaftsbereich fragwürdig, da der sozialdemokratische ADGB schon während der Weimarer Republik die Dominanz besaß und tendenziell so etwas wie eine Einheitsgewerkschaft darstellte.[3] Auch zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern, wie Spanien und Frankreich, wo dem Faschismus konsequenter entgegengetreten wurde, dass dies kaum die Frage einer einheitlichen Organisierung ist.

Jenes Deutungsmuster ist typisch für die deutsche Gewerkschaftsdebatte. Wie Rudolf Rocker einst feststellte, ist der Gedanke der Einheitsorganisation ein zutiefst mechanischer, der stumpf auf den Aspekt der Quantität pocht. Das innere Wesen, die Funktion der Organisation und ihre sozialen und kulturellen Auswirkungen werden ausgeblendet.[4] In diesem Sinne scheint die Frage berechtigt, ob es nicht vielmehr zentralistische und autoritäre Organisationsformen waren, die die Weimarer Arbeiterklasse passiv gemacht, sie diszipliniert, gar nationalisiert und somit eine faschistische Entwicklung begünstigt haben.[5] Im Bezug auf die heutige Einheitsgewerkschaft stellt sich dementsprechend die Frage: Begünstigt die DGB-Struktur wirklich eine kämpferische bzw. widerständige Kultur? Wohl kaum. Nicht wenige würden wohl sagen, er fördert eine Kultur des Stillhaltens und nationaler Borniertheit.[6]

Syndikalisten haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kultur einer Bewegung stark von ihren sozialen Organisationsformen abhängt. Sie warnten vor dem degenerativen Potenzial, das der zentralistischen Stellvertretung innewohne und zur Erstarrung von Bewegung führen würde. Dem wurden dezentrale, föderalistische Basisstrukturen entgegenhalten, die dynamische Prozesse und eine lebendige Vielfalt zulassen würden. Im Sinne von Émile Pouget könnten handelnde Minderheiten so Impulse setzen und würden nicht ständig von trägen Mehrheiten und entfremdeten Funktionären nivelliert werden. Auch die Rationalität einer Organisation und ihres Apparates ist nicht zu unterschätzen. Sie ergibt sich aus ihren Strategien und Methoden sowie – mit steigender Macht – aus ihrem Funktionswandel, zumal sich mit letzterem intern neue Interessengruppen herausbilden.[7] Unsere Fragen müssen deshalb lauten: Wie entstehen Basisdynamiken, wie eine vitale Kultur des Kampfes, und wie kann es vermieden werden, dass sich Gewerkschaften zu Disziplinierungsmaschinen entwickeln?



Grafik nach Erik Olin Wright, in Anlehnung an das Calmfors-Driffill-Modell

Lernen von den Neoliberalen

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es seit den 1980ern einen kleinen Trend, Gewerkschaften nicht nur als soziale Akteure, sondern auch Institutionen zu betrachten, die sich auf die Abläufe der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes auswirken. Damit geht die Frage einher, wie Gewerkschaften beschaffen sein müssen, damit die Wirtschaft am besten funktioniert, was unter neoliberalen Vorzeichen ja meist identisch damit ist, wie das Unternehmerinteresse am besten bedient wird. Die Frage lässt sich für uns natürlich einfach umdrehen.

Lange Zeit wurden die hierbei entwickelten Positionen von dem Paradigma neoliberaler Politiker überschattet, man müsse Gewerkschaftsmacht per se zerschlagen. In den letzten Jahren hat die Debatte aber wieder Auftrieb bekommen, so dass 2006 sogar die OECD ihren Standpunkt revidierte. Demnach gibt es verschiedene Gewerkschaftssettings, die zum „Erfolg" führen können; auch mächtige Zentralgewerkschaften können ein Standortvorteil für die Wirtschaft sein. Seit der Krise fühlen sich die VertreterInnen dieser Position bestätigt: Nirgends wurde so wenig Rabatz gemacht wie etwa in Deutschland oder Österreich.

Bereits 1988 legten die Sozialwissenschaftler Calmfors und Driffil eine Arbeit vor, die immer wieder aufgegriffen wird.[8] Sie kam zu dem Ergebnis, dass unterschiedliche, ja diametral erscheinende Gewerkschaftsstrukturen und -konzepte ähnliche Ergebnisse zeitigen können. Im Zentrum ihrer Analyse stehen dabei die Lohnverhandlungssysteme, wobei sie zwischen den Polen dezentral und zentralistisch unterscheiden. Sie stellten damals fest, dass zentralisierte Gewerkschaften, gerade auch in Verbindung mit korporatistischer bzw. sozialpartnerschaftlicher Einbindung, im Endeffekt fast ebenso zurückhaltend wirken wie eine zerstückelte Arbeitnehmerschaft (z.B. in Form von Betriebsgewerkschaften oder gar individualisierten Vertragssystemen).

Erklärt wird das u.a. folgendermaßen: Betriebsgewerkschaften spürten unmittelbar die Auswirkungen ihrer singulären Lohnpolitik, wenn z.B. das eigene Unternehmen aufgrund höherer Löhne auf dem Markt ins Hintertreffen gerät und dies dann Kündigungen zur Folge habe. Betriebsgewerkschaften, deren Macht durch die Grenzen des Produktwettbewerbs beschnitten sei, würden so tendenziell im Sinne des Betriebswohls handeln. Flächengewerkschaften unterlägen dieser Zwickmühle prinzipiell nicht, weil sie koordinierte, simultane Lohnverhandlungen durchführen können, wodurch die Konkurrenzsituation durchbrochen werde. Allerdings würden Zentralapparate wiederum dazu neigen, die gesamtwirtschaftliche Situation zu berücksichtigen. Im Kalkül der Gewerkschaftsspitzen würde eine negative Wirtschaftsentwicklung auch ihr Massenklientel betreffen. Eine offensive Lohnpolitik hätte demnach, gerade in der internationalen Konkurrenz, Massenentlassungen zur Folge. Zurückhaltung sei somit die Folge; die Flächengewerkschaft simuliere quasi die Lohnsetzungsprozesse von Werksvereinen. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von der „Endogenisierung" der negativen Wirtschaftseffekte. Eine Zentralgewerkschaft mit hohem Organisationsgrad und vermeintlich hoher Gewerkschaftsmacht bedeutet also nicht automatisch Kampfesdrang, eher im Gegenteil.

Am meisten unter Druck wiederum geraten die Interessen der Unternehmer zum einen durch Spartengewerkschaften – negative Effekte auf die Wirtschaft können ihnen egal sein, weil sie ihr meist privilegiertes Klientel nur marginal betreffen –, zum anderen durch tendenziell dezentrale Gewerkschaftsstrukturen, in denen dennoch Solidarität bzw. Koordination stattfindet. Letztere Feststellung ist für uns interessant, denn sie deckt sich mit Überlegungen aus dem Syndikalismus.

Das Gebot der Dynamik

Man mag sich natürlich fragen, ob die Internalisierung bestimmter Logiken derart stark mit der Struktur zusammenhängt, wie es die Statistiken anzeigen, oder ob sich nicht durch politische Interventionen ein anderer Kurs und ein anderes Bewusstsein herbeiführen ließe. Die Frage ist berechtigt, soll hier aber nicht behandelt werden. Jenseits der Frage nach der Rationalität einer Gewerkschaft stellt sich vor allem die Frage nach Basisinitiative und gewerkschaftlicher Dynamik.

Es gibt gute Gründe zu behaupten, dass die Zentralstrukturen in der Gewerkschaftsbewegung zu einer regelrechten Disziplinierung der Arbeiterklasse geführt haben. Das ist im Übrigen keine neue Erkenntnis. Ein Ziel des Korporatismus bzw. der Sozialpartnerschaft war es durchaus, Klassendynamiken in kontrollierbare Bahnen zu lenken.[9] Nicht umsonst wurde die Rolle des DGB in seiner Gründungszeit als „Bollwerk gegen Kommunismus und Radikalismus" definiert. Oder man betrachte die Erfahrung aus Großbritannien. Dort zog Maggie Thatcher den britischen Gewerkschaften u.a. dadurch den Zahn, dass sie die Lohnverhandlungssysteme zentralisieren ließ und somit das basisnahe System der „shop stewards" brach.[10] Die Thatcher-Regierung war sich sehr wohl der Bedeutung dezentraler Dynamiken bewusst. Auch die Erfahrungen aus anderen Ländern heute sind uns bekannt, wo relativ basisnahe Strukturen dazu führen, dass Betriebsaktionen schnell vom Zaun gebrochen werden und somit eine Kultur der direkten Aktion ihren Schatten wirft.[11]

Sicherlich, dezentralen Basisstrukturen wohnen auch Schwächen inne. Sie mögen oftmals organisatorisch nicht so effektiv sein, die Koordination mag schwieriger sein als bei einem weisungsbefugten Apparat, sie mögen Probleme der Kontinuität aufweisen, und auch scheint es gerade heute schwieriger, eine solche Bewegung zusammenzuhalten. Mittel- und langfristig überwiegen jedoch die Vorteile. Eine lebendige und kämpferische Kultur selbstbewusster GewerkschafterInnen ist ein höheres Gut als kurzfristig ein paar Prozente mehr in der Lohntüte.[12] Dass Menschen an den historischen Schnittstellen in Zeiten von Krisen oder der Reaktion emanzipativ und handlungsfähig sein müssen, das ist es, was uns die Erfahrungen von 1914 und 1933 gelehrt haben sollten, und nicht etwa einen mechanistischen Einheitsfetisch.

In eigener Sache

Der FAU Berlin die Gewerkschaftsfreiheit mit Argumenten aus dem Einheitsgedanken in Abrede zu stellen, ist abstrakt und in gewisser Weise auch menschenverachtend. Betrachten wir die Situation im Babylon: Die zuständige Zentralgewerkschaft wollte dort nichts unternehmen, dafür aber einige Beschäftigte, die sich – z.T. notgedrungen – in der FAU organisierten. Hätten sie es nicht getan, hätte sich bis heute dort nichts verändert, wäre das Babylon immer noch tariffrei. Die Legitimität der FAU-Betriebsgruppe als tarifliche und gewerkschaftliche Akteurin zu leugnen, bedeutet ganz konkret, den Beschäftigten selbst das Recht abzusprechen, einen Kollektivvertrag zu erkämpfen. Sollen sie wirklich warten, bis sich ein Gewerkschaftsfunktionär erbarmt, etwas für sie zu tun? Soll das wirklich nur über die zentralgewerkschaftliche Stellvertretung gestattet sein? Wo bleibt da ihre individuelle Gewerkschaftsfreiheit, wenn ihnen die Gewerkschaft (hier ver.di) quasi vorgeschrieben wird?

Wenn GewerkschafterInnen im DGB aktiv sind, wenn sie meinen, ihn von innen heraus demokratisieren zu können, dann ist das ihr gutes Recht. Wenn Menschen aber Zweifel an der Machbarkeit einer solchen Umgestaltung haben, wenn es ihnen zuwider ist, einer Organisation anzugehören, die sie als entmündigend begreifen, dann ist es ebenso ihr Recht, sich schon heute gewerkschaftlich so zu organisieren, wie sie es wünschen. Das ist eine einfache moralische Frage, die keiner komplexen Abhandlungen bedarf. Der, wenn oftmals auch gut gemeinte Monopolanspruch von manchen DGB-GewerkschafterInnen, ist allein deshalb nicht akzeptabel.[13]

Auch eine Angst vor dem Gewerkschaftspluralismus muss nicht sein. Es ist bezeichnend, dass gerade die Unternehmer sich vor Dauerstreiks fürchten, sollte das BAG von der Tarifeinheit abrücken (siehe dazu Kommentar auf S. 6). Sicher, eine klassenkämpferische Bewegung kann – zumindest langfristig – an keinem Gewerkschaftsmodell Interesse haben, das die Belegschaften spaltet. Wenn die etablierten Gewerkschaften aber in eine Starre verfallen sind, kann die Konstellation verschiedener Gewerkschaften regelrecht subversiv wirken.[14] Hierzu kann auch die FAU einen Beitrag leisten. Die Angst vor eine Abwärtsspirale in den Arbeitsverhältnissen aufgrund gewerkschaftlicher Zersplitterung ist momentan irrational: Weniger Gegenwehr als jetzt ist kaum vorstellbar.

Und nicht zu vergessen: Jede Spirale lässt sich auch umdrehen. Ein Gewerkschaftspluralismus ermöglicht nämlich auch ebenso die Perspektive, sich auf die Erfolge anderer Gewerkschaften positiv zu beziehen und die Standards wieder nach oben zu schrauben. An einem guten Stück Kontrollverlust kommt eine Bewegung nicht vorbei, wenn sie lebendig sein möchte.

Holger Marcks

Anmerkungen

[1] Der Synd. versteht sich als autonome Selbstorganisation der Arbeiterklasse (ökonom. u. polit.) und nicht als gewerksch. Flügel einer polit. Bewegung.

[2] Das Konstrukt der flächenbezogenen Tariffähigkeit soll z.B. vermeiden, dass Gewerksch. dort Tarifverträge abschließen, wo sie über keine Repräsentativität verfügen. Das aber ist prinzipiell und satzungsgemäß in der FAU ohnehin ausgeschlossen.

[3] Prozentual hatte der ADGB in der Weimarer Endphase einen ähnlichen Organisierungsgrad wie der DGB heute. Gleiches gilt für die Christlichen. Die RGO wiederum organisierte in ihren Bereichen nie mehr als 1% der Beschäftigten.

[4] Polemisch gesprochen: Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) war auch eine Arbeitereinheitsorganisation. Über ihr antifaschistisches Potenzial muss hier nichts gesagt werden. Auch würde niemand den Arbeiterkammern in Österreich (in denen alle ArbeitnehmerInnen zwangsvereinigt sind) ein widerständiges Potenzial attestieren.

[5] Zur Vorgeschichte siehe „Wer hat uns verraten", *DA Nr. 197*.

[6] V.a. im Hinblick auf Korporatismus u. Sozialpartnerschaft. Siehe dazu unten.

[7] Siehe „Hansen ist überall", *DA Nr. 189*.

[8] Calmfors & Driffill, „Bargaining structure...", *Economic Policy*, Nr. 6 (1988), S. 14–61.

[9] An die Stelle des Klassenkonflikts soll das nationale Interesse treten. Voraussetzung ist ein Repräsentationsmonopol der Verbände, die Ergebnisse von oben durchsetzen. Der Neo-Korporatismus heute denkt ähnlich, wenn auch in einem anderen polit. Kontext als die faschist. Korporatismen. Die Grundannahme, dass es einen Klassenkonflikt gibt, der entdynamisiert werden muss, bleibt die gleiche.

[10] Direkte Interessenvertreter der Belegschaft, die eine tragende Rolle bei der Initiierung der dauernden Kämpfe spielten, die häufig auf Betriebsebene ausgetragen wurden.

[11] In Frankr. z.B. liegt die Verhandlungsebene häufig nah an der Basis und bei gewerk. Vertrauensleuten, weswegen es nicht selten in den Betrieben flackert. Exemplarisch dafür der Kampf bei Continental.

[12] Auch in Frankr. gibt es Befürworter der Zentralisierung nach dtsch. Vorbild. Kurzfristig dürfte das tatsächlich die Kämpfe effektiver gestalten, langfristig würde es eine kulturelle Negativwende verursachen.

[13] Überhaupt ein histor. Phänomen der dtsch. Sozialdemokratie, nichts neben sich gelten lassen zu können, alles immer vereinheitlichen zu müssen.

[14] Man beachte, was allein die GDL in der Gew.landschaft auslöste. Auch ver.di wäre ohne FAU-Konkurrenz niemals im Babylon tätig geworden.

Opposition in der Sesselgewerkschaft

Im Gespräch mit Mustafa Efe, oppositioneller Betriebsrat im Daimler-Werk Berlin-Marienfelde, über die Bemühungen zur Demokratisierung der IG Metall

Im Inneren des DGB formiert sich seit Jahren eine Opposition – gegen den Widerstand der Gewerkschaftsapparate. Die IG Metall etwa reagierte darauf mehrfach mit Ausschlussverfahren oder -drohungen gegen aktive Mitglieder, so 2002 in Mettingen, 2006 in Untertürkheim, 2009 in Marienfelde und 2010 in Sindelfingen. Allesamt Standorte des zweitgrößten deutschen Autobauers Daimler. Die GewerkschafterInnen kritisieren den Kurs der Betriebsratsmehrheit und treten gegen Intransparenz, Co-Management und Verzichtslogik ein: auf Betriebsversammlungen, in eigenen Publikationen, und notfalls mit eigenen Listen zur BR-Wahl. Oft sorgen sie unter dem Label „Alternative" für Wirbel. Außerdem beteiligen sie sich an dem konzernweiten ArbeiterInnenforum „Daimler-Koordination". Ohne die Betriebsöffentlichkeit, die die KollegInnen herstellen, wäre die ein' oder andere Reaktion der Daimler-Belegschaften in den letzten Jahren sicherlich ausgeblieben. Berlin-Marienfelde ist das älteste Werk des Konzerns. Heute arbeiten dort noch knapp 3.000 Menschen. Die DA sprach mit Mustafe Efe von der dortigen „Alternative".

Das IG-Metall-Ausschlussverfahren gegen Kandidaten der „Alternative"-Liste zu den Betriebsratswahlen bei Daimler Sindelfingen konnte bisher nicht abgewendet werden. Habt ihr in Marienfelde mit ähnlichen Problemen zu kämpfen?

Auf jeden Fall! Wir haben im Oktober 2009 beim Ortsvorstand der IG Metall einen Antrag gestellt auf eine zweite IG-Metall-Liste und haben das auch begründet. Denn es gibt ja innerhalb der Gewerkschaft zwei Linien: Das eine ist die sozialpartnerschaftliche, arbeitgeberfreundliche Linie, und das andere ist die kämpferische. Zum Beispiel zum Thema Krankenrückkehrgespräche: Die jetzige Betriebsratsmehrheit sagt Ja, und wir sagen Nein.

Zwei Wochen später kam der Beschluss: Der Ortsvorstand wird eine zweite Liste nicht als IGM-Liste anerkennen. Gleichzeitig haben sie mit einem Ausschlussverfahren gedroht, aber nichts Konkretes, einfach nur eine Drohung. Davon haben wir bisher nichts mehr gehört.



http://www.alternative-info.org

Transparent der Alternative für die Kolleginnen und Kollegen im Daimler Werk Untertürkheim, einer der alternativen IG-Metall-Gruppen bei Daimler, zum 1. Mai 2007

Das bedeutet aber nicht, dass damit alles erledigt ist. In Sindelfingen hat der Ortsvorstand in Stuttgart nun befürwortet, das Ausschlussverfahren einzuleiten. Ich gehe davon aus, dass sie die Sindelfinger Gruppe als schwächer einschätzen als in Berlin. Aber wenn sie das dort durchkriegen, ist es gut möglich, dass sie das „Problem" dann auch bei uns angehen werden.

Die „Alternative" in Marienfelde ist 2007 aus dem Protest gegen die Einführung des neuen Rahmentarifs ERA hervorgegangen. Wie lief das ab?

Richtig, unsere Gruppe ist ja nicht aus der Luft entstanden. Bei der Umsetzung von ERA haben wir, d.h. die kritischen, linken Betriebsräte und dann auch die Kollegen bemerkt, dass da was schief läuft: Die ganzen Versprechen – dass durch ERA keiner Geld verliert, dass die Angestellten und Arbeiter gleichgestellt werden –, die grundlegende Argumentation der IG Metall hat sich in der Umsetzung nicht bewahrheitet.

Wir haben dann z.B. im November 2006 einen spontanen Streik organisiert, an dem 350 Kollegen des Betriebs teilgenommen haben. Dann ist es öfter zu Auseinandersetzungen mit der jetzigen Betriebsratsmehrheit gekommen, die haben nämlich die Reklamationen und Eingruppierungsklagen abgebügelt – so wie sie auch eine Betriebsversammlung abgebügelt haben, die fast 1.000 KollegInnen gefordert hatten. Da haben wir drei Monate lang jede Woche vor Tor 1 eine Betriebsveranstaltung gemacht, an der sich insgesamt etwa 400 Kollegen beteiligt haben. Das heißt, wir sind rausgegangen und haben diskutiert.

Während dieser Auseinandersetzung ist ein Bewusstsein entstanden. Wir haben dann gesagt, es kann nicht sein, dass wir das zulassen, und so haben wir im Herbst 2007 angefangen, unsere erste „Alternative"-Zeitung zu schreiben. Seitdem sind wir in jeder Betriebsversammlung vertreten.

Gab und gibt es Unzufriedenheit im Betrieb, die sich auch umsetzt in Aktivität, an der Gewerkschaftsbasis?

Mit den Eingruppierungen waren die Kollegen sehr unzufrieden und haben gegenüber dem Betriebsrat ihren Unmut geäußert, dass da nichts gemacht wurde. Das war vor drei Jahren. Seitdem gibt es eine Ausgleichszahlung zwischen dem neuen und dem alten Lohn, die Summe, die die Kollegen normalerweise verloren haben. Der läuft 2011 aus, bis 2016 kriegen sie noch den Nominallohn. Da machen sich die KollegInnen schon Gedanken ... ERA ist zwar nicht vergessen, es wird aber nicht so oft angesprochen, zumindest hier in Berlin. Denn unser Standort ist, aus Sicht der Kollegen, längerfristig gefährdet.

Jetzt im Wahlkampf sagen wir, wir müssen in der Gewerkschaft bleiben und für unsere Positionen kämpfen ... und somit auch für eine kämpferische Gewerkschaft. Jede Stimme, die wir bekommen, bedeutet, dass die KollegInnen eine andere Gewerkschaft wollen. Zum Beispiel der letzte Tarifabschluss: für 99,9% der Kollegen enttäuschend. Jeder Kollege, der das hört, egal ob Mitglied oder nicht, fasst sich da an den Kopf: Wie kann man so einen Abschluss machen?! Es gibt zwar kein Verständnis, aber es gibt auch keine Bewegung, in der man sagt, wir boykottieren jetzt diesen Abschluss.

Inwieweit habt ihr denn, hat die „Alternative"-Basisbewegung Einfluss auf den Kurs der IG Metall? Schließlich ist das Verhalten einer Gewerkschaft als Organisation sehr oft entscheidend für Erfolg oder Misserfolg einer Bewegung.

Bisher sehr wenig, denk' ich mal. Wir sind noch nicht so stark. Unser Projekt „Alternative" ist aber nicht so gedacht, dass wir nur ein paar Sessel mehr besetzen, sondern wir wollen insgesamt diese undemokratische Struktur der Gewerkschaft durchbrechen. Daher sind oppositionelle Betriebsgruppen notwendig, um die KollegInnen einzubeziehen. Ansonsten haben wir gegen die Gewerkschaftsbürokratie keine Chance. Wir sind die Gewerkschaft, und nicht der Vorstand in Frankfurt. Wir, die Arbeiter. Das sollte eigentlich klar sein.

Vielen Dank für das Interview.

Interview und redaktionelle Bearbeitung: André Eisenstein

Die Beiträge auf dieser Seite sollen zur Vertiefung der Frage nach dem Verhältnis von Zentralgewerkschaft und Basisdynamiken dienen. Bemerkungen zur inneren Reformierbarkeit der DGB-Gewerkschaften gab es in der Direkten Aktion immer wieder. Mit dem Interview mit Mustafa Efe, das um die Probleme oppositioneller Betriebsratsarbeit kreist, wenden wir uns erneut dieser Frage zu – und lassen die Antwort offen. In einem weiteren Beitrag soll am Beispiel von ver.di und des Öffentlichen Dienstes plastisch dargestellt werden, welche Räume es für Basisdynamiken in DGB-Tarifstreiten gibt und welche Arbeitskampfkultur damit einhergeht.

Ausschlussverfahren in Sindelfingen

Im Mai 2009 hatten aktive IG-MetallerInnen bei Daimler Sindelfingen eine Arbeitsgruppe gebildet und angefangen, eine Betriebszeitung namens „Alternative" herauszugeben. Auf Drängen der Betriebsratsmehrheit wurden daraufhin UnterstützerInnen der Gruppe von allen Strukturen der Vertrauenskörperleitung ausgeschlossen. Als die Gruppe schließlich mit elf eigenen KandidatInnen eine eigenständige, oppositionelle Liste zu den Betriebsratswahlen aufstellte, leitete der Ortsvorstand der IG Metall im Februar ein Ausschlussverfahren gegen die KollegInnen ein. Die Gruppe bittet um Solidarität und ruft dazu auf, bei der IG Metall zu protestieren. Weitere Infos auf: www.labournet.de/branchen/auto/dc/sindel/



Ohne Substanz

Ver.dis Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst als Beispiel für gewerkschaftliche Statik

Alle Jahre wieder präsentiert die Bundestarifkommission der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine ganz besondere Überraschung. Weniger der Presse und den öffentlichen Arbeitgebern, sondern in erster Linie ihren eigenen Mitgliedern. Jüngstes Beispiel: die im Dezember aufgestellten Tarifforderungen im Bereich Bund und Kommunen. Offeriert werden Mitgliedern in aller Regel nicht Vorschläge, sondern fix und fertige Zielvorgaben, für die sie in den jeweils aktuellen Tarifauseinandersetzungen zu streiten haben. Wie ein zentralgewerkschaftlicher Tarifkonflikt aufgezogen wird, wo und wie Forderungen entwickelt und Entscheidungen getroffen werden, und wie es dabei um die Potentiale von Basisdynamiken bestellt ist, soll hier exemplarisch geschildert werden.

Nix zu melden

Tarifforderungen werden bei ver.di in Mitgliederversammlungen allenfalls diskutiert. Ungeachtet der Tatsache, ob dies tatsächlich allerorten im eigentlichen Wortsinne geschieht, werden sie am Ende nicht von der Basis in einem Abstimmungsverfahren, sondern von einer Kommission aufgestellt. Diese setzt sich aus hauptamtlichen FunktionärInnen und ehrenamtlichen Mitgliedern der betroffenen Fachbereiche bzw. Branchen des Öffentlichen Dienstes sowie den ver.di-Landesbezirken zusammen. Die Ehrenamtlichen werden nicht etwa gewählt, sondern von den Fachbereichsvorständen auf der Grundlage von Vorschlagslisten benannt.

Die Verhandlungsführung liegt beim Bundesvorstand. Dieser entscheidet letztendlich auch über die Anträge auf Arbeitskampfmaßnahmen, deren Art und Umfang, und genießt sogar Vetorecht, wenn Tarifforderungen oder Verhandlungsergebnisse gegen vorab aufgestellte tarifpolitische Grundsätze und Zielsetzungen verstoßen. Damit ist klar, wer die Tarifpolitik von A-Z bestimmt. Gewerkschaftliche Entscheidungsprozesse stellt man sich eigentlich anders vor.

Theater

Tatsächlich ins Spiel kommen die Mitglieder an der Basis immer erst dann, wenn es um die Mobilisierung anlässlich anstehender Verhandlungstermine geht. „Druck aufbauen", „Zeichen setzen" wird das dann genannt. Viele erfahren hier erstmals, dass sie sich überhaupt in einer Tarifauseinandersetzung befinden. Zumindest, wenn sie die Tagespresse nicht regelmäßig verfolgen. Erst dann tauchen in den Betrieben die Vertrauensleute auf, um Flugblätter auszuhängen oder zu verteilen.

Mancherorts werden tatsächlich Versammlungen durchgeführt, aber bei weitem nicht in allen Einrichtungen. Die überwiegende Zahl der Mitglieder wird mittels Flugblatt über bereits durchgeplante Aktionen informiert, vor allem dann, wenn es gilt, die markigen Parolen der GewerkschaftsführerInnen zu bejubeln, medial verwertbare Bilder zu produzieren, auf Demonstrationen und Protestkundgebungen, oder mit einem Warnstreik.

Am Ende steht vielleicht sogar wirklich die Urabstimmung und der Streik – alles auf Vorgabe von oben, nichts kommt von unten. Von einer „Streikbewegung" kann bei den Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst deshalb keine Rede sein.

Unzufriedene

Gewisse Spielräume für Eigeninitiative und Aktivitäten der Basis eröffnen sich in laufenden Tarifkämpfen lediglich auf betrieblicher Ebene. Diese sind von vornherein stark begrenzt, nicht nur durch die Auswahl zu bestreikender Einrichtungen, sondern auch dank der Weisungsbefugnisse, die die lokalen Streikleitungen inne haben. Arbeitskampfmaßnahmen werden dabei nicht, wie oft behauptet, allein von Unorganisierten unterlaufen, sondern auch von der eigenen Basis. Und zwar aus unterschiedlichen Gründen:

Während die einen den Anspruch erheben, sich mit ihrem Mitgliedsbeitrag die Garantie auf eine Leistung zu erkaufen, vergleichbar einer Versicherung, für die ansonsten nichts weiter zu tun ist, halten sich andere abseits, solange Arbeitskampfmaßnahmen derart ineffektiv laufen, wie es heute der Regelfall ist. Ihre Kritik richtet sich gegen den mangelnden Biss, die fehlende Konsequenz in der Durchführung. Ein Blick über den Tellerrand, etwa in benachbarte Länder, hat sie vor dem Hintergrund eigener, überwiegend frustrierender Erfahrungen eines besseren belehrt. Erst recht auf Distanz gehen sie dann, wenn sie bereits persönliche Bekanntschaft mit dem innergewerkschaftlichen Demokratieverständnis machen durften. Beispielsweise wenn es vorgezogen wird, desaströse Urabstimmungsergebnisse über die Annahme von Tarifergebnissen auf Betriebsebene besser unter Verschluss zu halten. Wer wundert sich da noch über chronischen Mitgliederschwund?

Budenzauber

Ver.di versucht, diesem Problem mittlerweile auf ganz eigene Weise zu begegnen: Anlässlich der aktuellen Tarifrunde beispielsweise mit Fragebögen für den Bereich Krankenhäuser und Pflege, mit denen bei Mitgliedern und Unorganisierten der Eindruck erweckt werden sollte, sie könnten die Tarifforderungen nun mitbestimmen. Während sich ver.di über Rückläufe von bis zu einem Drittel in manchen Betrieben freute, ließ die Mehrheit die Bögen einfach unbeachtet. Der Grund: Fragen nach tarifpolitischen Zielen waren nicht offen formuliert, sondern im Detail bereits vorgegeben. „Nur Abnicken" lautete also auch diesmal die Devise.

Nandor Pouget (GGB-Hannover)

Zum Kontrast: grève reconductible

Im Öffentlichen Dienst in Frankreich hat sich seit 1995 eine neue Streikform etabliert, die „grève reconductible". Hier entscheiden tagtäglich in Vollversammlungen die ArbeiterInnen selbst, Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierte, über die Fortführung oder Beendigung des Streiks. Die Form der Streikführung ist bei den Betriebsleitungen und der Politik gefürchtet, da sich ihre Dynamik nur schwer eindämmen lässt. Bei Streikaktionen in den letzten Jahren kam es so immer wieder vor, dass die Gewerkschaftsspitzen zu befristeten Streiks aufriefen, die von der Basis selbst einfach – und oftmals weit – über die Frist hinaus weitergeführt wurden.

„Sich fügen heißt lügen“

Verschiedene Perspektiven auf den anarchistischen Klassiker: Erich Mühsam (1878–1934)

Die Geschichte libertärer Ideen und Kämpfe vor und im Ersten Weltkrieg, der revolutionären Phase 1918/1919 und der Weimarer Republik spiegeln sich in der Biografie und im Werk des anarchistischen Schriftstellers Erich Mühsam in faszinierender Weise wider. Mit seiner in Politik, Literatur und Lyrik gelebten Konsequenz, seiner Unbeirrbarkeit ist er immer Bezugspunkt für viele Menschen gewesen. Auf dieser Seite präsentieren wir euch die Perspektiven von drei kritischen Kulturschaffenden auf Mühsam und sein Werk. Doch zunächst ein kurzer Abriss über sein Leben …

Geboren wurde Erich Kurt Mühsam am 6. April 1878 in Berlin, wuchs jedoch in Lübeck auf, wo sein Vater eine Apotheke betrieb. Um ja nicht in der vom Antisemitismus durchdrungenen Gesellschaft des deutschen Kaisertums als jüdische Familie „negativ“ aufzufallen, versuchte Erich Mühsams Vater, alle Eckpfeiler preußischer Ideologie – Gehorsam, Fleiß, Pflichtgefühl – mit brutaler Gewalt in der Erziehung seiner Kinder durchzusetzen. Trotz Ausschlusses von einem Lübecker Gymnasium wegen „sozialistischer Umtriebe“, machte Erich daher ebenfalls eine Ausbildung



In der Mühsam-Ausstellung im Buddenbrookshaus in Lübeck sind viele Originale zu sehen. Das Bild zeigt ein Foto Mühsams aus dem KZ Oranienburg, in dem er von der SS ermordet wurde.

zum Apotheker. Doch kaum hatte er diese qualvolle Zeit hinter sich gebracht, flüchtete er sich von der Provinz nach Berlin, um in den Kreisen der literarischen Bohème einen neuen Lebensmittelpunkt zu finden. Die Freundschaft mit Gustav Landauer eröffnete ihm einen neuen politischen wie auch literarischen Horizont, es entstanden die ersten Gedichte und Lieder. Das Studium Proudhons, Bakunins und Kropotkins schärfte Mühsams politische Artikulation, die allerdings immer mehr war als bloße Rezeption der Klassiker. 1903 schuf er mit „Die Homosexualität. Ein Beitrag zur Sittengeschichte unserer Zeit“ ein Werk, dessen Bedeutung im Kampf gegen die Unterdrückung schwuler und lesbischer Menschen kaum überschätzt werden kann. Allein, dass ein kulturell angesehener, heterosexueller Mann sich theoretisch und politisch solidarisch mit Schwulen und Lesben erklärte, erregte in ganz Europa aufsehen. Zeitgleich unterstützte er auch den proletarischen Feminismus tatkräftig.

1909 zog Mühsam nach München und wurde dort zu einem wichtigen Bezugspunkt der literarischen Avantgarde (zu seinem Freundeskreis zählte u.a. Heinrich Mann) und der libertären und revolutionären Szene. So gründete er die Gruppe „Tat“, die in erster Linie im Milieu der Obdachlosen, Bettler, Diebe und Prostituierten politisch agierte und agitierte; dieses „Subproleten“ stellten für Mühsam, aufgrund der ihrer ökonomischen Situation entspringenden Opposition zu Bourgeoisie und Staat, eine Basis für eine antistaatliche sozialistische Revolution dar. Dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs versuchte Mühsam durch die Organisierung von Streiks sowie der Gründung eines „Internationalen Bundes der Kriegsgegner“ zu beantworten. Dies führte noch im Jahr 1918 dazu, dass Mühsam verhaftet wurde. Mit Ausbruch der Revolution wurde er jedoch wenige Monate später befreit und avancierte zum populärsten Sprecher und Verfechter der Räterepublik. Als diese im Frühjahr 1919 zerschlagen wurde, verurteilte die Weimarer Justiz Mühsam zu 15 Jahren Haft.

1924 wurde Mühsam schließlich amnestiert. Er ging wieder nach Berlin, um sich dort in der Roten Hilfe zu engagieren, und sich literarisch gegen den erstarkenden Nationalsozialismus zu stellen. Dies führte dazu, dass Mühsam sofort nach der Machtübernahme durch die Nazis verhaftet wurde. Monatelange Folter und Isolationshaft folgten. Schließlich ermordete ihn die SS am 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg. In Mühsams letzten Briefen und Gedichten ist dokumentiert, dass auch die Nazis bis zuletzt seinen kämpferischen Willen nicht brechen konnten.

(MM)

Das Selbstbewusstsein aller Refractaires

Zur Rolle des Sonderlings

In Zeiten, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse stabil, die Mächtigen unbedroht sind, bleibt Menschen wie Erich Mühsam nur die Rolle des Sonderlings, Spinners, Kaffeehausliteraten. Wenn das Proletariat nicht über gesicherte Arbeitsplätze und gerechten Lohn hinaus will, muss man halt in Nischen seine Sehnsüchte nach Rausch, künstlerischem Experiment, nicht normierter Sexualität, Lebensreform und herrschaftsfreien Momenten ausleben. Der liberale Teil des Bürgertums belächelt diese Spezies, findet sie liebenswürdig-unrealistisch, aber irgendwie auch so interessant wie die Figuren in der Oper La Bohème. Der autoritäre Teil des Bürgertums bringt diese repressive Toleranz nicht auf, sieht in ihnen schlechte Vorbilder der Jugend, Verderber von Sitte, Moral und Arbeitsethos.

Das wäre die Stellung von Erich Mühsam und – in Frankreich – von Jules Vallès gewesen, wäre ihnen zu Lebzeiten nicht die Möglichkeit der großen Veränderung begegnet: die Münchner Räterepublik und die Pariser Commune. Nicht, dass sie in diesen kurzen Episoden mit dem Proletariat verschmelzen würden (da bleibt genug Trennendes), aber sie werden wichtige Aktivisten, also richtig bedrohlich. Die Erfahrung, dass sie sich nach vergeblichem Anlauf als ehern darstellen, hat Erich Mühsam zu einer sehr klugen, jede Realpolitik schmähenden Bilanz geführt: „Immer, wenn man mich einen Don Quichote nannte, wusste ich, dass ich auf dem richtigen Weg bin.“ Das sei, so sehr es ihnen auch materiell dreckig gehen mag, das Selbstbewusstsein aller Refractaires.

Thomas Ebermann

Thomas Ebermann, politisch aktiv gewesen im KB, bei den Grünen, in der Radikalen Linken, heute Publizist und Leiter einer literarischen Reihe

Musikalische Neuinterpretation

Frank Spilker, Sänger der Hamburger Band „Die Sterne“



Du hast für die „Erich-Mühsam-Abende“ mit Harry Rowohlt und Thomas Ebermann Lieder und Gedichte von Erich Mühsam musikalisch neu interpretiert. Was hat Dich an seiner Person und an seinem Werk interessiert?

Frank Spilker: Erich Mühsam ist einer von uns. Ein anarchistischer, manchmal unklarer Geist, der schriftstellernd in der Berliner Bohème der 1910er Jahre herumschwirrt und später in der Vossischen Zeitung alles sehr genau beschreibt. Diese Berichte, die „unpolitischen Erinnerungen“ sind eigentlich die Hauptquelle des Abends und es ist erstaunlich, wie oft sich hier wirklich auffällige Parallelen zu Phänomenen unserer Zeit finden. Dadurch wächst einem Erich Mühsam im Laufe des Abends immer mehr ans Herz. Die existierenden Vertonungen von Mühsam-Texten lassen diese immer sehr verstaubt klingen. Dadurch, dass man plötzlich einen Text der 20er Jahre im Gewand einer 70er-Jahre-Disconummer vorträgt, ergibt sich oft auch eine überraschende Vertrautheit.

Inwiefern hältst Du die Denkansätze von Erich Mühsam heute noch für zeitgemäß?

Frank Spilker: Bei unserem Abend geht es gar nicht so sehr darum, den Menschen Mühsam und sein Verhalten zu bewerten. Ihn also entweder als Vorbild zu überhöhen oder seine Fehler, die teilweise ja auch offen daliegen, zu brandmarken. Was passiert, ist, dass dieser Mensch mit all seinen Vorzügen und Schwächen einem so verteufelt nahe kommt und damit auch die Zeit, in der er gelebt hat. Eine grausame Zeit des Sterbens und der Verrohung. Wie man sich treu bleibt, kann man jedenfalls eher von ihm lernen als wie man durchkommt; denn das hat er nicht geschafft.

kpf

„Ein Freund derjenigen, die auf der Suche nach Alternativen sind“

Lutz Schulenburg (Verleger, Edition Nautilus) zu Erich Mühsam

Kpf. : Wie würdest Du das Wirken von Erich Mühsam nachzeichnen? In Eurem Verlag, der Edition Nautilus, sind von Erich Mühsam die „Unpolitischen Erinnerungen“ erschienen....

Lutz Schulenburg: „... Ja, wir haben sogar das Buch „Von Eisner bis Leviné“ herausgegeben, eine Schrift von Erich Mühsam über seine Teilnahme an der Münchner Räterepublik, und zwar schon 1976. Insofern gehörte auch Erich Mühsam zum weitläufigen Typus des Aufbruchs der Jugend zur Jahrhundertwende, die sich ja auch aus den engen Grenzen der Geschäftigkeit herauskatapultiert haben. Und die suchende und schöpferische Unruhe dieser Jahre, die Freude am Experiment und an der Neuerung in den Künsten gegen die vorgefertigten Bahnen, haben natürlich nicht nur Erich Mühsam geprägt, sondern auch das europäische Kunstverständnis der Avantgarde zur Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg. Neuerungen in der Literatur und Kunst und Verhaltensweisen haben sich damals in größeren Zusammenhängen offenbart.

Diese Jahre haben aus dem Lübecker Apothekersohn den Literaten gemacht, den Kritiker der Spießigkeit der bürgerlichen Gesellschaft und einen Freund der Künste, einen Freund derjenigen, die auf der Suche nach Alternativen sind. Insofern kann man in Mühsam den Typus des Künstlers sehen, der sich nicht allein mit einer künstlerischen Kleinproduktion zufrieden gibt, sondern sich als revolutionärer Kämpfer sieht, als einer von denjenigen, für die Solidarität gilt, Solidarität mit allen, die mit der Welt, wie sie ist, nicht einverstanden sind. Für ihn galt das als selbstverständlich. Mühsam repräsentierte alles, was laue Köpfe und träge Herzen verdächtigte. Er war, was natürlich Rassisten und Nationalisten hassen: ein mittelloser Dichter, Spötter, Anarchist, Jude, Internationalist, Kämpfer der Räterepublik, Freund von Vagabunden, Herumtreibern, Müßiggängern, Trinkern, Chansonniers, Bohèmeleuten. Kurz, er war ein mutiger Mensch – dieser Typus zwischen Künstler und Gesellschaftsveränderer, der sich nicht damit zufrieden gibt, was ist.

Für die Nazis war Mühsam das Hass-Objekt an sich. Auch wenn sich das pathetisch anhört: Er war mutig bis zum Schluss, in dieser schlimmen und tödlichen Situation. Leute mit spiritueller Ader könnten ihn auch zum Heiligen der Gefängnisse ernennen.“



Mühsams Bücher hatten einen großen Einfluss auf die libertären Bewegungen seiner Zeit. Bereits 1932 waren viele seiner Werke in 14 verschiedene Sprachen übersetzt worden. (Foto von der Mühsam Ausstellung im Buddenbrookhaus)

kpf

Anzeige

Gentechnikfilz stoppen!
Aufruf unterschreiben!
Auf www.gentech-weg.de.vu steht ein offensiver Aufruf, alle Äcker mit Gentechnik zu verhindern.
3.Aufl.
Organisierte Unverantwortlichkeit
Broschüre zum Filz zwischen Behörden, Konzernen, Forschung und Lobbyisten verteilen.
Und dann: Aktionen vorbereiten!
Upps – ein Genfeld! Was jetzt?!
Gentechnik
www.biotech-seilschaften.de.vu

Anzeige

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Ausgabe 1/10 u.a.:
◆ Joachim Hirsch: »Krise?! War da was?«, Überlegungen zum andauernden Problem
◆ Anton Kobel: »Danke, Schlecker!« ... für dieses Lehrstück in kapitalistischer Widersprüchlichkeit
◆ Werner Sauerborn: »Das politische Streikrecht«, wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen
○ Ich möchte ein Probeexemplar
Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express



ABONNEMENT
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

Ich will folgendes Abo haben:
□ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
□ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
□ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
□ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 15,-)
□ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 30,-)

WiederverkäuferInnen:
Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):
□ Broschüre: Gender und Arbeit
□ 

Broschüre: Die Lebensgeschichte eines anarchistischen Diebes
□ lars sjunnesson ostberlin
Comic: Ostberlin

Meine Anschrift
Vor- und Nachname
Straße/Postfach
PLZ, Ort

Geld:
Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.
Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Einfach brillant

Ein charmanter Comic über die Ideenwelt und Praxis des Anarchismus

LeserInnen der *DA* den Comic-Zeichner Findus vorzustellen, erübrigt sich von selbst. Denn kaum eine Ausgabe kommt ohne seine Illustrationen aus. Auch aus der libertär-gewaltfreien Zeitung Graswurzelrevolution sind seine Cartoons nicht mehr wegzudenken. Dass er den Stift zu schwingen weiß, hat Findus in der Vergangenheit bewiesen. Im Verlag Graswurzelrevolution ist jetzt ein ganz besonderes Kleinod aus seiner Feder erschienen.

Fundierte Kostbarkeit

Findus' „Kleine Geschichte des Anarchismus" hat Format und eignet sich hervorragend als Einstieg in die Theorie und Praxis des Anarchismus. Dessen Spielarten und Erscheinungen, dessen Geschichte und Einflüsse auf die verschiedensten sozialen Bewegungen finden hier ihre Entsprechung. Es zeugt von Können, eine so traditionsreiche Idee in zeichnerischer Form, nur ergänzt durch kurze Erläuterungen, auf einem beschränkten Raum von nur 58 Buchseiten nachzuskizzieren. Ein Meisterwerk!

Besonders sympathisch lässt den Band aber noch etwas ganz anderes erscheinen: Findus hebt bekannte Persönlichkeiten nicht sonderlich hervor. Dank zeichnerischen Geschicks stellt er sie auf einen Platz neben die eigentlichen ProtagonistInnen von Basisbewegungen, Menschen also, wie Du und ich es sind. Dass Anarchismus keine Frage des Alters ist, es nie zu spät sein kann, sich für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen, macht der Zeichner in seiner Rahmenhandlung deutlich.

Gewinnende Ausstrahlung

Der Comic-Stil hat erfrischend positive Ausstrahlung, er versprüht Witz und Charme. Findus setzt einen klaren Kontrapunkt zum finster-fiesen Antlitz eines von der bürgerlichen Öffentlichkeit immer wieder kolportierten Anarchismus. Sein Band dürfte deshalb sehr viel, wenn nicht sogar mehr als andere Veröffentlichungen dazu beitragen, den Anarchismus in einem sympathischen und ernstzunehmenderen Licht erscheinen zu lassen. Kurzum: Dieser Comic ist Feuerwerk! Er ist das ultimative Geschenk, vor allem gegen sich unter Mitmenschen hartnäckig haltende Vorurteile...

Anarr

Buchdaten:
Findus: *Kleine Geschichte des Anarchismus. Ein schwarz-roter Leitfaden*
Comic
Paperback, 58 Seiten



Einfach Empfehlenswert

Verlag Graswurzelrevolution, 2009
ISBN 978-3-939045-11-3
7,80 Euro

Beißend echt

Poesie kann so wirklich sein

Gewiss, Gedichte sind nicht jedermanns Sache. Herz, Schmerz und dies und das. Was nicht schlecht sein muss, wenn sie gut sind. Dennoch: Es gibt wohl kein Genre der Literatur, das mehr belächelt wird, mit weiter verbreiteteren Vorurteilen zu kämpfen hat. Dass sich auch Perlen darunter finden, lässt sich nur im Tauchgang erkunden. Sich-Einlassen heißt das Zauberwort.

Radikale Ehrlichkeit

Einen Zugang zu lyrischen Werken finden LeserInnen wohl nur dann, wenn sie die eigene Lebenswirklichkeit berühren. Oder die Phantasie beflügeln. Das Pathos, in den WortschmiedInnen mitunter verfallen, nervt, steigert die Distanz, macht AutorInnen einsam. Auch oder gerade dann, wenn sie mit politisch-emanzipatorischen Inhalten daher kommen. Gelungene Gegenbeweise gibt es wenige –einen davon hat Jens Grünberg mit „Fremd in der Welt der Vernutzung" angetreten.

Grünberg ist kein Schöngeist, rührt nicht in der Seichtheit an der Oberfläche. Seine Worte wirken wie Pfeilspitzen, visieren die Wirklichkeit an, zielgenau, trefflich. Sie formen sich zu Bildern, sind echt, ungeschminkt im Ausdruck, ungezügelt, geziemende Antwort auf die Welt, in der wir leben. Wer kennt ihn nicht, den Alltag, der uns täglich ins Gesicht speit, an den Zeiger der Uhr kettet, uns ins Räderwerk der Lohnarbeit stößt? Wem ist sie nicht ein Gräuel, die bürgerliche Vorgartenidylle, in die sich saturierte Einfaltspinsel Krieg und Verderben allenfalls per Knopfdruck wie einen Unterhaltungsfilm auf die allabendliche Mattscheibe beamen? Wie stellt sich jemand dem Unfassbaren, den Massenvernichtungen durch die Nazis, der Shoah, an den Orten des Grauens?

Pointierung

Grünbergs Antworten sind Annäherungen, ausdrucksstarke Beschreibungen seines Empfindens. Sie machen wach, entglasen künstlich aufgebaute Distanzen wie Schaufensterscheiben. Leichte Unterhaltung ist nicht sein Ding. Denn er ist wütend.

Nur selten erscheint ein Text noch etwas ungelenk, ist der Fluss im Buche durch Wiederholungen gestört. Ein Umstand, der bei ihrer Entstehungszeit in 23 Jahren und ihrer Fülle mehr als entschuldbar ist. Der Stärke an Aussagekraft tut das keinerlei Abbruch. Ihre Wirkung verfehlen Grünbergs Gedichte nie, auch nicht nach dem dritten Lesen. Fazit: schenken lassen, kaufen, lesen!

Anarr

Buchdaten:
Jens Grünberg: *Fremd in der Welt der Vernutzung*
Gedichte
Wiesenburg Verlag, 2009
Gebunden, 168 Seiten
EUR 16,80
ISBN 978-3-940756-55-8



Lyrik zum Anbeißen

Pessimistische Texte in der Revolte

Ein Interview mit Jojo Gallardo, Mitglied der französichen Band Les Herlments d'Leo

„Wir sind eine Gruppe mit Einflüssen aus der französischen Liedtradition, den großen Klassikern Brassens, Brel, Gainsbourg, vermischt mit allem, was uns so in die Hände fällt, von traditioneller Musik aus der Bretagne über rumänische Zigeunermusik bis zum amerikanischen Hip-Hop. All das mischen wir mit einer großen Dosis Energie. Als wir jung waren, nannte man das Punk, jetzt sagt man dazu Rock. Wenn man uns zu Beginn unserer Band nach unserem Stil fragte, antworteten wir Java, Punk, Chanson. Wir sind acht Musiker, die klassische Rockbesetzung plus Blechbläser, Akkordeon und Geige, was uns viele Möglichkeiten gibt", *so stellt Jojo Gallardo den Stil der Les Hurlements d'Léo vor. Die Band aus der libertären Szene von Bordeaux war Anfang des Jahres auf Tournee in Deutschland mit ihrer neuen Doppel-CD „13 Ans De Caravaning" im Gepäck. Die Bandmitglieder kommen aus verschiedenen Stilrichtungen und einige sind noch in anderen Formationen aktiv. Laulo Bousquet forciert seine Solo-Karriere als Kebous und Jojo sowie Pépito Renou spielen noch bei Les Touffes Krétiennes .*

Wie findet Ihr musikalisch zusammen?

Jojo: Zunächst verbindet uns eine gemeinsame Leidenschaft für Musik überhaupt. Ich gehe davon aus, dass es prinzipiell keine Musik gibt, die ich nicht mag. In jedem Musikstil gibt es Dinge, die ich mag oder nicht. Grundsätzlich haben die beiden Sänger, die die Gruppe gegründet haben, die Têtes Raides, Mano Solo, Mano Negra und ähnliche Gruppen gehört, die zwar vom Chanson her kamen, aber aus dem alternativen Milieu der 1980er Jahre, einer sehr aktiven Szene. Andererseits gab es viele Wechsel, für die Älteren ging es eher um Einflüsse aus dem Hip Hop, Reggae und elektronischer Musik, für die Jüngeren um Funk, Soul, Jazz."



Musik gegen gesellschaftliche Blindheit

Die Songs der Band sind pure Energie, animieren beim ersten Hören sofort zum Tanzen, sind sozusagen der Soundtrack für Festivitäten, oder?

Jojo: Um es ganz kurz zusammenzufassen, sie enthalten pessimistische Gedanken über das Leben, vor allem über die Liebe, die Gesellschaft, eben über die Welt, in der wir leben. In Frankreich gibt man uns oft das weniger zuvorkommende Etikett ‚festlich' ... Es stimmt wohl schon, das wird uns inzwischen auch bewusst, dass wir ein Paradox zu Ohren bringen, weil unsere Texte eher traurig sind. Wenn ich pessimistisch sagte, meine ich, dass wir sauer sind, in der Revolte, in Bezug auf manche Themen sogar hasserfüllt. Und wenn wir traurige Dinge erzählen, haben wir Lust, sie herauszuschreien.

Wenn die Leute mit euch „feiern", ist das vielleicht ein „Feiern" oder ein „Fest" in der tiefen ernsten Bedeutung dieses Begriffs?

Jojo: Ja, in dem Sinn, dass es eine kleine Pause während des Tragens der Lebenslast ermöglicht.

Dann ist der Bandname „Les Hurlements d'Léo" programmatisch zu verstehen, in dem Sinne, dass Ihr Eure Trauer herausschreit?

Jojo: Anfangs noch nicht, denn den Namen haben wir von einem Titel der Négresses Vertes her genommen, einer Rockgruppe, durch die viele ältere Bands beeinflusst sind. Diese Band hat einen sehr schwarzen Humor. Und dieses Chanson erzählt die Geschichte von Léo, einem mittelmäßigen Geiger, dem beide Arme abgenommen werden und der schließlich Selbstmord begeht, indem er sich vor einen Zug wirft. Sehr ‚fröhlich'... Zuerst haben wir den Namen übernommen, weil er gut klang. Dann wurde uns bewusst, dass das Lied die Geschichte einer verlorenen Seele in einer Gesellschaft erzählt, die die Unangepasstheit nicht akzeptiert. Uns wurde klar, dass das ein Thema ist, welches uns als Mitglieder dieser Gesellschaft am Herzen liegt.

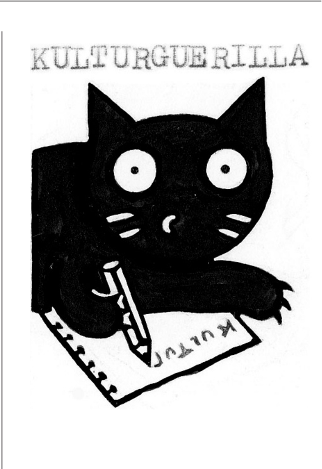
Apropos gesellschaftliche Realität, wie empfindet Ihr die Chancen für eine aktuelle gesellschaftliche Revolte in Frankreich?

Jojo: Wenn ich von heute aus auf das zurückblicke, was 2009 passierte, waren wir noch nie so weit weg von einer Revolte. Wenn die Leute von ihrer betäubenden Arbeit nach Hause kommen, schalten sie lieber ihr Gehirn aus und sehen fern, und beim Fernsehen erfährt man Lügen und denkt, die Gesellschaft funktioniere so oder so. Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Auch wenn ich ein wenig schematisiere, will ich damit sagen, dass die Gewerkschaften heute keinerlei Glaubwürdigkeit mehr besitzen. Letztes Jahr waren sie zu nichts fähig. Im Moment der entscheidenden sozialen Konflikte waren sie nicht da. Und nachdem 2 Millionen Menschen im Januar 2009 zu der sehr erfolgreichen großen Demonstration gegen die Regierungspolitik gekommen waren, haben sie sich damit begnügt, eine zweite Demonstration erst zwei Monate später zu veranstalten, zu der dann natürlich nur noch die Hälfte der Leute erschien. Sie hätten aus dem Erfolg der ersten eine starke Position der Regierung gegenüber beziehen können. Stattdessen haben sie das schleifen lassen nach dem Motto, ‚wir können ja in zwei Monaten noch mal eine machen, dann sehen wir ...'.

Was die Perspektive des sozialen Widerstandes betrifft, macht sich Jojo keine Illusionen:

Jojo: In Frankreich ist die Linke eine Baustelle. Wenn in den Medien von der Linken die Rede ist, geht es immer darum, wer gerade auf wen eingedroschen hat. Nie geht es um ein Programm, um Grundlegendes, um die Wirtschaft und den Kapitalismus. Die Leute aus militant-alternativen Kreisen rudern seit Jahren und haben dabei den Eindruck, dass dies wenig bringt. Andererseits sage ich mir, dass wir vielleicht noch nicht tief genug gefallen sind, um auf Grund zu stoßen. Ob es dann nicht zu spät sein wird? Die Geschichte ist leider eine ewige Wiederkehr. Aber Hoffnungsschimmer – ja, überall gibt es kleine Initiativen, in Frankreich, Deutschland, den Staaten, Lateinamerika, die etwas verändern. Die Hoffnung ist weltweit, wenn es überhaupt eine gibt.

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel



Textproben Jens Grünberg:

In der U-Bahn
Leiber sitzen auf Bänken
sehen nichts
stumpfe Augen
müde Angesichter
abweisend
ausgelaugt
vom Neonlicht gespenstisch erhellt
eine kleine Pause
im Überlebenskampf

Machtprobe
Nach diesen sieben Jahren,
in denen Ihr Hunger
gelitten habt,
so sagte Gott,
werden für Euch nun
sieben fette Jahre anbrechen.

Da mussten selbst die
Manager der multinationalen
Konzerne
aber lachen:
Kommt darauf an,
wenn Sie,
lieber Herr Gott,
für die Hungernden zahlen,
gern.

Toilettenkacker
Toilettenkacker
sitzt und kackt,
die Zeit vergeht langsam,
sehr langsam,
der Rauch der Zigarette
erstickt nahezu den Raum.
Die Zeit vergeht weiterhin
langsam
Draußen sind Schritte
sowie Maschinengeräusche
zu vernehmen
Der Toilettenkacker
sitzt auf der Brille,
wartet,
raucht,
Zeit vergeht kaum.
Es ist ein langer Weg
bis zum Feierabend.
Toilettenkacker:
So ist
Dein Leben
eine Fäkalie!

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Vom Widerstand zur Revolution

Des letzten Rätsels Lösung: Résistance. Der innerfranzösische Widerstand gegen die Nazi-Besatzung

Es war eine Tragödie griechischen Ausmaßes, die in den 1930ern mit dem Faschismus über Europa hereingebrochen ist. Hunderttausende mussten vor der „nationalen Revolution" flüchten. Der Blitzkrieg der Nazi-Armeen ließ die Zahl der Flüchtlinge nochmals in die Höhe schnellen. So war denn die Fluchthilfe der erste Schwerpunkt des antifaschistischen Widerstands nach der französischen Niederlage im Sommer 1940. Besonders in der Anfangszeit waren es eigenständige Gruppen, die in einem losen, aber zielführenden Netzwerk der „Résistance" agierten.

Eine dieser Gruppen war das „Réseau Ponzan", benannt nach einem Mitglied der anarchosyndikalistischen CNT. Für ihn und seine GenossInnen war der Kampf gegen den Faschismus auch nach dem anti-franquistischen Rückzug von 1939 noch nicht beendet. Die Gruppe hilft Tausenden Flüchtlingen in beiden Richtungen über die französisch-spanische Grenze. Später schließt sie sich auch formell der Résistance an und arbeitet direkt mit den Alliierten zusammen. Ponzan, der sich bereits an der sozialen Revolution in Aragonien beteiligt hatte, wird schließlich verhaftet und findet in einem Massaker den Tod.

Innerer Widerstand regte sich auch im besetzten, nördlichen Teil Frankreichs. Noch im Jahr des deutschen Sieges, 1940, kommt es in Paris zu Demonstrationen von Erwerbslosen und zu Lohnstreiks. Das Nazi-Regime verhaftet daraufhin 63 GewerkschafterInnen und richtet sie 1941 hin. Die illegalen Gewerkschaftsstrukturen aber bestehen weiter. So fieberten bspw. die ArbeiterInnen in Paris und Marseille der militärischen Befreiung Ende August mit teils bewaffneten Generalstreiks und Sabotageakten entgegen. Bereits zwei Wochen zuvor, am 11. August 1944, hatten die Eisenbahner im Pariser Umland einen Streik begonnen, der sich schnell ausbreitete.

Im Verlauf der deutschen Besatzung war die Résistance, seit 1943 mit starken Zentralisierungstendenzen, auf etwa 800.000 Menschen angewachsen. Jenseits des Rheins wird diese Auseinandersetzung mit dem Nazi- und Vichy-Regime auch als „Bürgerkrieg" begriffen. Stand anfangs die Fluchthilfe im Vordergrund, wurde diese mit der Zeit zum schlichten Bestandteil einer ganzen Logistik. Zu dieser Struktur gehörte, neben dem Radio, auch eine Untergrund-Presse mit mehr als 1.000 Zeitungen. Ab 1942, mit dem Pflichtarbeitsdienst für die deutsche Kriegswirtschaft, sammelten sich ArbeiterInnen und Aufständische in unzugänglichen Regionen, dem Maquis, und bewaffneten sich.



Widerstandsgruppe der Résistance

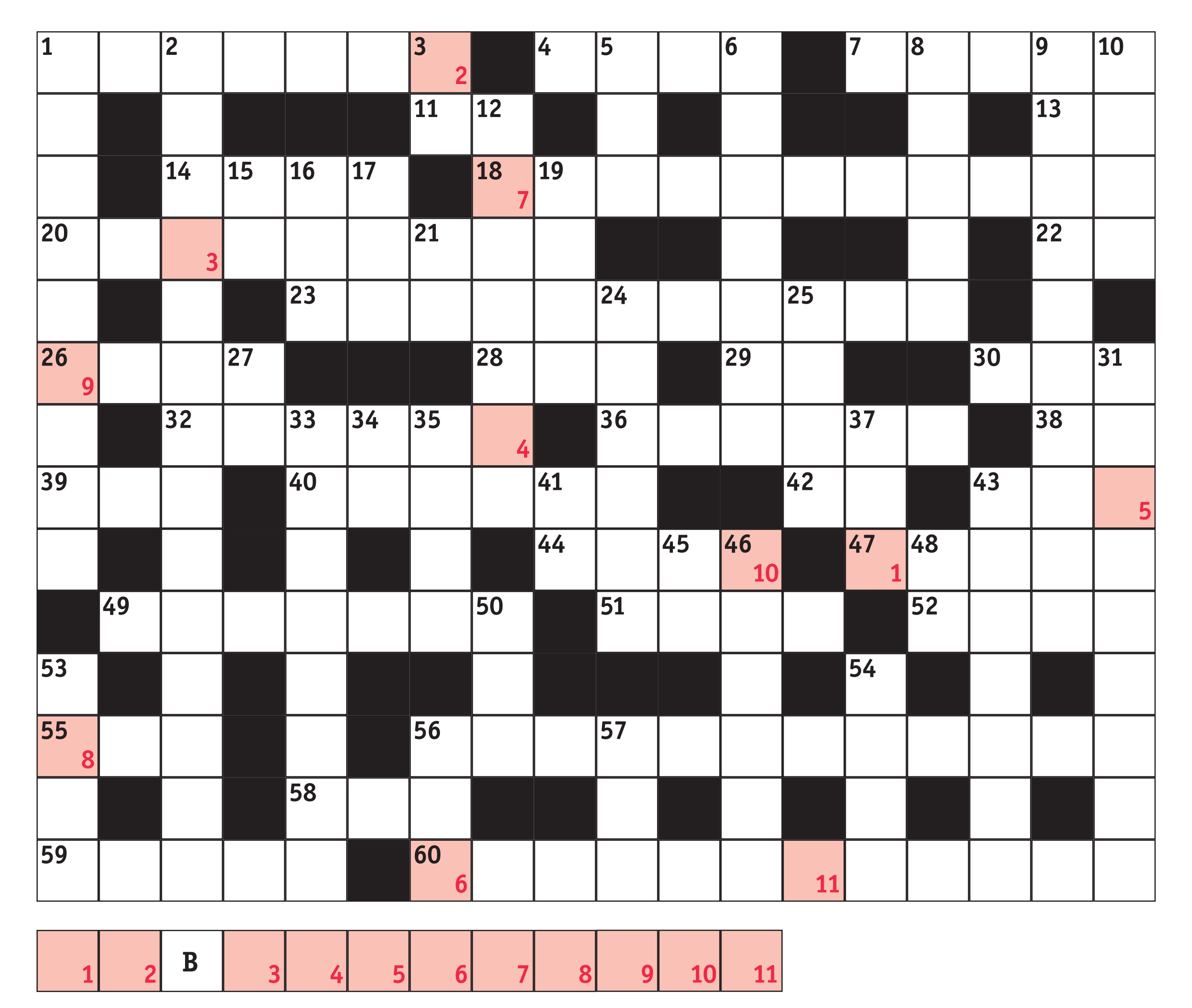
Die Résistance diente, wenn auch in ihrer Bedeutung durchaus umstritten, den alliierten Streitkräften zur Aufklärung und für Guerilla-Aktionen. Sabotage spielte hier eine wichtige Rolle; allein im ersten Quartal 1944 legten ArbeiterInnen über 800 Lokomotiven lahm.

Die Hoffnung vieler Aktivisten, vom Widerstand zur Revolution überzugehen, zerstob 1944 jedoch angesichts der militärischen und politischen Realitäten. Das vom Conseil national de la Résistance ausgearbeitete Programm für die IV. Republik bildete, unter Federführung de Gaulle's, die Grundlage eines fordistisch fundierten Nachkriegskonsenses in Frankreich. So wird das Streikrecht als Grundrecht in der Verfassung verankert, Betriebsräte und Sozialversicherung werden aufgebaut, das Frauenwahlrecht eingeführt und Monopolunternehmen verstaatlicht. Während die Résistance zum Staatsmythos avancierte, machten sich nicht wenige der wirklich beteiligten, die verbliebenen AnarchosyndikalistInnen, an den Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft in Frankreich – nach dem großen spanischen Vorbild CNT benannt. Heute übrigens steht der Präsident Sarkozy unter dem Verdacht, diesen Nachkriegskonsens aufgekündigt zu haben, etwa mit der Einschränkung des Streikrechts im Öffentlichen Dienst (2003). Wenn sich dagegen auch massenhaft Protest regte, der Widerstand blieb seltsam ratlos.

André Eisenstein

Die Direkte Aktion berichtete: „Hommage an das spanische Exil", *DA* Nr. 192, und „Ankerlos" und „Horizontaler Weitblick", *DA* Nr. 177.

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 64



Waagerecht

1. französischer Frühsozialist und Feminist (1772–1837), Vorname: Charles 4. glühende Schmelzmasse eines Vulkans 7. Mädchen, junge Frau 11. in der Musik: das um einen halben Ton erniedrigte A 13. Kfz-Kennzeichen für Hoyerswerda 14. kulturkritischer Spruch, den es in etlichen Variationen gibt, z.B. *Kultur ist nicht die Sahne auf der Torte, sondern die Hefe im ~* 18. Desinfektor 20. Internetforum für Probleme mit dem Beschäftigungssektor und den vor- und nachbereitenden Organisationen 22. französisch für „Wie geht's?": *Ça ~?* 23. Teil des vegetativen Nervensystems, einer der Lebensnerven 26. netter Anti-Nazi-Spruch: *„Nazis auf den ~, weil dort keiner wohnt"* 28. Kfz-Kennzeichen für Slowenien 29. Abk. für die als „Ermittlungsausschüsse" bekannten Rechtshilfegruppen 30. wer in Deutschland weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient, gilt als ~ 32. ehemaliger türkisch-osmanischer Titel für eine ranghohe (männliche) Person 36. Bindemittel für Mauerwerk 38. Abk. für vom russischen Unternehmen Tupolew produzierte Flugzeuge 39. nicht weit 40. medizinisches Fachwort für Übelkeit 42. Zusammenschluss mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften zur gemeinsamen Erledigung einer bestimmten öffentlichen Aufgabe <Abk.> 43. Luft- und Raumfahrttechnik <Abk.> 44. Unterbrechung, Halt <alte Schreibweise> 47. Bodenfläche, Grundstück 49. schwedisch-deutscher Schriftsteller, Stifter des „Alternativen Nobelpreises" (Jakob von ~, geb. 1944) 51. Gleichgültig 52. starke neofaschistische Partei in Norditalien: *~ Nord* 55. progressive Gesellenvereinigung, 1979 gegründet, die auch Frauen aufnimmt: *~ und Kelle* 56. Beseitigung eines Gegners (Wort wird oft im Zusammenhang mit Geheimdiensten und Paramilitärs verwendet) 58. eine Himmelsrichtung <Abk.> 59. Kopf der FAUD in Franken, beliebter Redner und Vorsitz im Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene, Vorname: Franz 60. im größten Automobilwerk der Daimler AG in dieser Stadt streikten im Dezember 2009 die ArbeiterInnen einige Tage lang gegen die geplante Verlagerung der Produktion.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. kleine, flache Schnapsflasche zum Einstecken 2. eine kapitalistische Tugend: die Identifizierung von Marktchancen, das Finden von Geschäftsideen und deren Umsetzung (neudeutsch *Entrepreneurship*) 3. ägyptischer Sonnengott 5. Bergweide 6. Werkstatt einer KünstlerIn, FotografIn usw. 8. Teil des Mittelmeeres 9. wer eine bürgerliche Ehe eingeht, kann es sinnvoll finden, eine solche Vereinbarung mit der PartnerIn abzuschließen 10. antikes Zupfinstrument 12. Zweifel, Ungläubigkeit 15. Kfz-Kennzeichen für Erfurt 16. in Mannheim ansässige Stiftung, die die deutsche Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und ihrer neueren Geschichte erforscht und dokumentiert; tendenziell konservativ <Abk.> 17. französische und englische Vorname (es gab einen berühmten Situationisten) 19. den After betreffend 21. Landescode und Top-Level-Domain für Sambia 24. Nachtschattengewächs mit meist roten Früchten; beliebte Wurfwaffe auf Demos 25. linker KPD-ler (1889-1956) der rätekommunistische Positionen vertrat und sich im Sommer 1926 mit der AAUE zum kurzlebigen Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen zusammenschloss; später Mitglied der SED, SPD und UAPD; Vorname: Iwan 27. eine große, etwas „völkische" Gruppierung innerhalb der Jugendbewegung zur Zeit der Weimarer Republik <Abk.> 31. Standort der Persching-II-Atomraketen 1982 bis 1990; hier fanden große Antikriegsdemonstrationen statt 33. nach einigen VulgärmarxistInnen eine schwere Krise, die das Ende des kapitalistischen Systems einläutet; leider kommt diese nicht von alleine 34. Ausruf 35. Berufsausbildungssystem in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit der parallelen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule: *~e Ausbildung* 37. Urmutter in der jüdisch-christlichen Mythologie 41. persönliches Fürwort 43. ein Briefkasten erlebt dies meist täglich, der Darm auch 45. örtliche Basisgliederung meiner Organisation (z.B. der FAU) <Abk.> 46. frei zu führendes Ruder oder Doppelruder 48. Regionalliga <Abk.> 50. die rumänische Währung <Plural> 54. berühmter Ausspruch eines römischen Diktators: *~, vidi, vici* (Ich kam, ich sah, ich siegte) 53. Anfang 2005 konstituierte politische Partei, die sich 2007 mit der PDS zur neuen Partei Die Linke vereinigte 56. Lotterieschein 57. ein Bindewort

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Gewinnerin #196: Sarah E. aus Freiburg
Gewinnerin #197: Andrea G. aus Alfter

Auflösung # 63 – *entfällt* –



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion:
da-schlussredaktion@fau.org

Verleger:
Direkte Aktion e.V.,
c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 199: 9. April 2010

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.